

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Herz und Kopf

Der Zugang von Menschen zur sozialistischen Idee ist sehr unterschiedlich. Manchen, die aus einem fortschrittlichen Elternhaus kamen, wurde sie „fast in die Wiege gelegt“. Andere haben sie sich mühsam erobern müssen. Wieder andere sind erst an dramatischen Wendepunkten ihres Lebens – z. B. als kriegsgefangene Soldaten der faschistischen Armee über sowjetische Umerziehungsschulen – auf sie gestoßen und haben sich gegen ein völlig konträres Milieu in ihrer Richtung durchgeschlagen.

Bisweilen hört man – besonders von Genossinnen und Genossen aus dem Westen –, die Betroffenen empfänden sich als „Kommunisten, allerdings mehr aus dem Bauch“. Solche Linken sind oft keine schlechten Mitstreiter „auf der Barrikade“, denn „Bauch“ steht bei ihnen für Herz und Gefühl, oder auch für Instinkt, ja, für Klasseninstinkt. Und ohne Herz, ohne eine tiefe emotionale Bindung geht im politischen Dasein von Revolutionären gar nichts. Wer nicht selbst brennt, kann andere nicht entflammen, heißt es. Solche „Bauch-Kommunisten“ haben in der Geschichte der Arbeiterbewegung oftmals Großes vollbracht. Man denke nur an Tschapajew, der von der Theorie des Marxismus keine Ahnung hatte und sich heldenmütig für die Sache schlug. Man müsse in alles, was man tue, seine ganze Seele hineinlegen – selbst, wenn es sich um das Flechten von Bastschuhen handle, hat Michail Kalinin einmal gesagt.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Instinkt ist natürlich noch kein Bewußtsein, sondern lediglich dessen Vorstufe. Das, was man erlebt und mit dem Herzen empfindet, muß durch das Gehirn verarbeitet und vom Verstand erfaßt werden. Die Maxime „Wissen ist Macht“ deutet die eigentliche Befreiung des Menschen an. Nur wer Einblick in die Gesetzmäßigkeiten von Natur und Gesellschaft besitzt, kann die Waffe der Bewußtheit einsetzen. Stehen den eher vom Gefühl her handelnden „Bauch-Kommunisten“ die kühl kalkulierenden „Kopf-Kommunisten“ gegenüber – jene, die alles von der Theorie her zu erfassen suchen und nüchtern analysieren? Tatsächlich nähern sich viele – besonders Studenten und Intellektuelle – dem Marxismus über das rationale Begreifen seiner Lehre, deren zwingende Logik sie in ihren Bann zieht. Ist das ein Mangel? Es erweist sich ohne Zweifel als Vorteil, wesentliche Elemente der marxistischen Weltanschauung schon zu kennen, bevor man sich in die Schlacht stürzt. Reine „Kopf-Kommunisten“ verharren jedoch in Einäugigkeit, wenn sie das Erfassen der Wirklichkeit nicht mit der unmittelbaren Teilnahme am Kampf der Arbeiterbewegung verbinden. Wer sein Verhältnis zur

sozialistischen Ideologie nur über die Beherrschung von Abstraktionen regeln möchte, leidet unter politischer Blutarmut und gerät schnell in Atemnot. Nicht selten sind solche Nur-Theoretiker wieder abgesprungen oder gar zu Renegaten geworden.

Was ist der Idealzustand? Sozialist oder Kommunist kann nur jemand sein, der Verstand und Gefühl harmonisch miteinander zu verbinden weiß. Zum „Bauch“ – der instinktiven Parteinahme – muß die im Kopf vor sich gehende Einsicht in Zusammenhänge, Hintergründe, Ursachen und Wirkungen kommen. Der Kampf des deutschen Proletariats hat immer wieder Menschen hervorgebracht, die diese Einheit zweier unverzichtbarer Komponenten verkörperten. Ein Beispiel ist der von den Faschisten hingerichtete Pädagoge Dr. Theodor Neubauer. Er war einer der kühlest Köpfe der kommunistischen Bewegung in Deutschland und zugleich ein glühender Volkstribun.

Ein großer Teil der Älteren, die früher DDR-Bürger waren, ist mit der marxistischen Lehre in Berührung gekommen. Noch gibt es – vor allem im Osten – eine beachtliche Zahl gebildeter Marxisten, auf denen die Verantwortung ruht, ihr Wissen an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Das ist indes kompliziert, bedenkt man, daß die ab Mitte der 80er in der DDR eingeschulten Jahrgänge heute in der Regel kaum Kenntnisse von der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse besitzen. In den meisten Bildungseinrichtungen der Bundesrepublik erfahren die dort Lernenden nichts oder kaum etwas von Marx, Engels und Lenin – jedenfalls nichts Positives. Um vom „Bauch-Kommunisten“ zum Marxist zu werden, der sich auf die Vorgänge hierzulande und in der Welt „seinen Reim“ machen kann, ist das Selbststudium derzeit der Königsweg. Noch gibt es aus Verlagen der DDR und der UdSSR stammende Gesamt- und Einzelausgaben der Klassiker in Buchhandlungen, Bibliotheken oder über das Internet. Wer sich selbst an die blauen oder braunen Bände herantasten will, steht vor der zunächst unlösbaren Frage: Womit beginnen? Das Kommunistische Manifest, Lenins „Staat und Revolution“, sein „Imperialismus“ und „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ wären mein Tip für ein „Anfangspensum“. Wer durch einen solchen „Cocktail“ auf den Geschmack gekommen ist, dürfte sich Appetit auch auf andere Arbeiten der Meister holen. Bei all dem aber soll kein blasser Studiosus herauskommen, sondern ein Mensch, in dem das Feuer des Klassenkampfes brennt. Denn Herz und Kopf gehören zusammen, wenn man der Sache dienen will.

Klaus Steiniger



### INHALT

Wie Frau Merkel „mehr Freiheit wagen“ will	Seite 2
Abgründe eines Koalitionsvertrages	Seite 3
Wie Götz Dieckmann im Oktober 1989 die Lage beurteilte	Seite 4
Sozialismus ist mehr als eine Vision	Seite 5
Kopfprämien auf Karl und Rosa	Seite 6
Was Herr Pils unter „Wirtschaftsrevolution“ versteht	Seite 7
Tucholsky: Die freie Wirtschaft „Großer Einklang“ von Rüstungsindustrie und Bundeswehr	Seite 8
Zur Rehabilitation des KgU-Terroristen Burianek	Seite 9
Bisky und eine sanfte Erinnerung an Mehring	Seite 10
Bergmann durch und durch: Gustav Sobottka	Seite 11
Zur Geschichte des Atheismus in der DDR (3)	Seite 12
Ein Schulamtsanwärter von 1946 erinnert sich	Seite 13
Ackermann-Biographie: Bedenkenswertes und Bedenkliches	Seite 14
Nie zurückgewichen	Seite 14
Washington entwickelt Pläne für eine Roboter-Armee	Seite 15
„Lieber stehend sterben als auf Knien leben!“	Seite 16
Kubanische Ärzte in Pakistan	Seite 16
Erinnerungen eines bulgarischen Interbrigadisten	Seite 17
Präsidenschaftswahlen in Chile	Seite 18
Als Victor Jara „Venceremos“ sang	Seite 19
Linker Wahlsieg in Bolivien	Seite 19
Die „Fünfte Kolonne“ der Vereinigten Staaten	Seite 20
Gab es 1944 in Frankreich eine revolutionäre Situation?	Seite 21
Neues aus Lettland	Seite 22
Irak: Heißt der Wahlsieger Iran?	Seite 22
DDR-Vermittler am Horn von Afrika	Seite 23
Heine-Ehrungen in Ost und West	Seite 24
„... könnte ich fast den Kommunisten meine Liebe zuwenden.“	Seite 24
Ein Leben für die Philosophie: Herbert Hörz	Seite 25
Brunos Hände oder der Blick über den Zaun	Seite 26
Helmut Sakowskis Weg	Seite 27
Der „Zug der Blinden“ und der Chemnitzer Brühl	Seite 28
Leserbriefe	Seite 29
Impressum / Anzeigen	Seite 32

Gut vier Monate nach Verkündung des sogenannten Regierungsprogramms der Koalition des verschärften Sozialabbaus zeigt sich das ganze Dilemma spätimperialistischer Wirtschaftspolitik. Aus der Fülle eklatanter Widersprüche dieser weitgehenden Bankrotterklärung seien drei hervorgehoben:

Während internationale Konzerne an der Börse zum Wohle ihrer Kapitaleigentümer nicht selten Orgien bei der Profitmaximierung feiern, beschließen sie zugleich die Beseitigung Zehntausender weiterer Arbeitsplätze. Obgleich alle Hartz-Machenschaften ohnehin verordnete Armut etablieren und Massenkaukraft dezimieren, wird künftig die bei den Wahlen von der SPD so heftig attackierte Merkel-Mehrwertsteuer ab 2007 nicht nur um zwei, sondern gleich um drei Prozent erhöht. Was für ein gesamtwirtschaftlicher Unsinn, wie selbst bislang auf Kapital-Apologik eingeschworene Ökonomen zugeben müssen.

Schließlich: Statt über eine international bereits praktizierte Vermögenssteuer und eine Wertschöpfungsabgabe die Staatseinnahmen sinnvoll zu erhöhen und einen tatsächlichen Bildungs- und Innovationsaufbruch auszulösen, werden mögliche Einnahmequellen strikt verschlossen. Man erklärt kontraproduktive Haushalte mit noch mehr Staatsverschuldung für legitim und sanktioniert antihumanitäre Ausgaben für Militäreinsätze. Eine demagogische Verklärung erfährt diese verfehlte Politik aber obendrein durch die Forderung der derzeitigen Bundeskanzlerin, zusammen mit „mehr Demokratie“ nun auch noch „mehr Freiheit zu wagen“. Da wird also auf der einen Seite eine zum Teil in langen Jahren erkämpfte Sozialpo-

## Wie Frau Merkel „mehr Freiheit wagen“ will

litik als nicht mehr finanzierbare Sozialromantik verpönt und immer rigoroser beseitigt, während man andererseits die Freiheit zur Aufhebung von Tarifverträgen und des Kündigungsschutzes, zur Ausdehnung der Arbeitszeit bei gleichzeitigem Lohnverzicht, für den beschleunigten Ausbau des Niedriglohnsektors, für zusätzliche Rentenkürzungen und die Erhebung von Studiengebühren ausweitet. Wo kann man sich in einer solchen Situation theoretisch und methodisch Rat holen? Ein Blick in das Manifest der Kommunistischen Partei und der damit verbundene „lebenslange geistige Genuß“ führen nicht nur zu immer neuen Erkenntnissen, sondern auch zu wirklich modernen Fragestellungen. Gibt es Freiheit ohne eine die Gesellschaft tragende soziale Gerechtigkeit und Solidarität? Was nützen pauschal deklarierte Freiheiten ohne rechtliche Ansprüche auf existenzsichernde Arbeit? Ist nicht ausbeutungsfreie schöpferische Arbeit einer der Gestaltungsräume freiheitlicher Selbstbestimmung? Was sind z.B. allgemeine Reisefreiheiten ohne finanzielle Absicherung wert?

Die Phrase „mehr Freiheit wagen“ stößt im Kapitalismus stets auf Granit, wenn Klüfte zwischen Arm und Reich tatsächlich überbrückt werden sollen. Dort, wo unter allen gesellschaftlichen Werten der Maximalprofit als höchstes Gut gilt, werden Ungleichheit und Armut zwangsläufig zementiert.

Unser linker Standpunkt ist modern und zukunftssträchtig: Eine gerechte Sozialpolitik als wesentlicher Bestandteil jeglicher Gesellschaftskonzeption erzeugt in Verbindung mit einsichtsvoller weltanschaulicher Motivation gar nicht hoch genug zu bewertende Antriebskräfte. Dabei ist jedoch offensichtlich: Werden sozialpolitische Fortschritte nicht von ständigen

erheblichen Produktivitätssteigerungen getragen und ökologisch fundamentiert, dann sind sie nicht von langer Dauer.

Historisch erfordert die Brechung der Profitdominanz die schrittweise Realisierung von Eigentumsverhältnissen, die dem Gemeinwohl zugute kommen. Hinzu-zufügen ist: Ohne gleiche Bildungschancen für alle und Förderung von Talenten unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gibt es keine beständige Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Indes ist zu beachten: Gleichmacherei und Vernachlässigung des Leistungsprinzips führen zu einer negativen Nivellierung und ziehen ebenfalls Deformationen nach sich.

Sozialpolitik ist immer reich an gesellschaftlichen Varianten und Alternativen. Ihr geht es um eine materielle und gesundheitliche Grundsicherung für sozial Schwache in der Gegenwart genauso wie um den gezielten Abbau enormer Staatsverschuldung zugunsten künftiger Generationen. Oder: Die schöpferische Nutzung territorialer Eigenheiten ist ebenso Trumpf wie die notwendige Förderung strukturschwacher Gebiete in Ost und West, vor allem durch neue Forschungs- und Entwicklungskapazitäten.

Mehr Freiheit wagen? Warum nicht? Zu fragen bleibt allerdings: Sind die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse dafür wirklich geeignet? Linke Opposition hat stets zweierlei im Auge: den Einsatz für mögliche sofortige Verbesserungen der Lage und die langfristige Perspektive grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen, wobei unrealistisches Anpeitschen der Entwicklung ebenso schädlich ist wie die Tendenz des Nachtrabs hinter dem objektiven Prozeß.

Prof. Dr. Harry Milke



Grafik: Karlheinz Effenberger



Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz". Der Satz steht im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, der die Überschrift trägt: „Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit“. Das Dokument zwingt zu vielen Fragen: Warum ist die Bundeswehr eigentlich eine „Armee im Einsatz“? Wo und gegen wen ist sie eingesetzt? Wann ist denn der „Verteidigungsfall“ eingetreten, den das Grundgesetz als einzigen Fall für den Einsatz der Bundeswehr vorsieht? Hatten nicht Kohl, Kinkel und Rüge Anfang der neunziger Jahre versichert, Deutschland sei nur noch von Freunden umgeben?

Wir beschäftigen uns hier mit dem Abschnitt, der die deutsche „Sicherheitspolitik“ behandelt. Die Unterzeichner des Papiers behaupten, diese diene dem Frieden der Welt (solches erklärten auch Wilhelm II. und Hitler), aber im Text ist nicht erkennbar, worin dieser deutsche Beitrag zum Weltfrieden bestehen soll. Dagegen ist eindeutig festgelegt, daß die Regierung auf Konflikte auch „mit dem Ausbau zu gemeinsamem militärischem Handeln“ im Rahmen der NATO und der EU reagieren will, also mit einem völkerrechtswidrigen Mittel. Schon damit wird auch für die große Koalition bewiesen: „Wir haben es erneut mit einem extrem kriegerischen Kapitalismus-Imperialismus zu tun, mit dem Erstarren der militärisch-industriellen Komplexe, mit anwachsenden Rüstungsetats und zunehmenden Rüstungsexporten seitens einer Reihe von kapitalistischen Industrieländern, mit immer neuen Kriegen um Rohstoffe und Einflußsphären.“ (Ekkehard Lieberam)

Das verschleiert der Koalitionsvertrag. Er spricht stattdessen allgemein von „Interessen“: „Nur gemeinsam können die Europäer ihre Interessen erfolgreich wahren.“ Wer sind diese „Europäer“? Um welche Interessen handelt es sich? (Hatten die Auftraggeber Hitlers die gleichen Interessen wie die deutschen Arbeiter, die vor Stalingrad zugrunde gingen?)

Es bleibt unverzichtbare Aufgabe für Linke (auch wenn Lothar Bisky manche von diesen nicht liebt), das „Geheimnis zu lüften, in dem Kriege geboren werden“, und rechtzeitig und umfassend eine wirkliche Gegenstrategie zu entwickeln. Die kritische Sicht auf den Koalitionsvertrag ist dabei unverzichtbar.

Die Passagen, die „Deutschland, die USA und die NATO“ betreffen, lassen Fürchterliches ahnen: „Gemeinsam mit den USA setzen wir (?) uns auch künftig für Frieden, Demokratie und Freiheit ein.“ Ausgerechnet die USA als peacekeeper? Wo in aller Welt schaffen die Vereinigten Staaten denn Frieden? Welche Freiheit exportieren sie mit Bomben und Raketen in alle Welt? Daran soll sich Deutschland beteiligen?

Und weiter heißt es: „Die NATO ist der stärkste Anker unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“ Und das nach der völkerrechtswidrigen Teilnahme Deutschlands an der Aggression gegen Jugoslawien!

# Abgründe eines Koalitionsvertrages

Zeigt sich nicht Tag für Tag, daß die NATO ein Verein ist, der Kriege führt und führen läßt, wenn und solange es bestimmten Rüstungs-, Erdöl- und anderen Monopolen Milliarden an Blutprofiten bringt?

Wenn „deutsche Interessen“ (auch) Interessen deutscher Bürger meint, können sie nicht mit, sondern nur gegen die USA- und NATO-Politik durchgesetzt werden.

Der Koalitionsvertrag spricht sich für Abrüstung aus und verlängert das bisherige „System der Kontrolle der Rüstungsexporte“, dessen Ergebnisse bekannt sind. Welcher Rüstungsgewinnler bekommt da das große Zittern, zumal ihm Zeilen später versichert wird: „Die Bundesregierung wird alle Möglichkeiten nutzen, um die europäische Rüstungskooperation unter Erhalt der Kernfähigkeiten der deutschen wehrtechnischen Industrie sowie deren internationale Wettbewerbsfähigkeit voranzutreiben.“

Die Rüstungshaie werden sich ob solcher Versprechen die Hände reiben. Die Steuerzahler auch? Noch immer gilt, was Schiller im „Wallenstein“ den Montecuccoli sagen läßt: „Zum Kriegführen braucht man erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld.“ Aber wessen Geld, Glück und Zukunft wird da buchstäblich verpulvert, Geld, das anderswo „gespart“ wird? Ändert sich etwas, wenn künftig „Ausgaben im Verteidigungshaushalt“ als „Investitionen“ abgebucht werden? Was bringt wem eine „Investition“ in Krieg und Tod?

Sind die Erfahrungen aus den dreißiger Jahren mit ihren tödlichen Wirkungen schon völlig vergessen? Wozu die geplanten neuen Rüstungen? Weshalb braucht Deutschland Eurofighter, Großtransportflugzeuge, Raketenabwehrsysteme, Marschflugkörper, Korvetten, Schützenpanzer, U-Boote, Laser- und Streubomben und einen Großflugplatz in Leipzig, von dem aus das „Teufelszeug“ (Willy Brandt) in alle Welt transportiert werden kann? Und was sagt der Koalitionsvertrag zum Thema Atomwaffen?

„Wir halten an dem langfristigen Ziel der Abschaffung der Kernwaffen fest. Wir setzen uns für nukleare Abrüstung und die Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsregimes ein.“ Ist nicht wenigstens diese hehre Absicht zu begrüßen?

Sind Fragen erlaubt? Der Atomwaffensperrvertrag existiert seit mehr als vierzig Jahren. Er ist von den Großmächten (und Israel) nicht erfüllt worden. Wie „langfristig“ wird denn das brüchige Werk noch halten? Ist nicht die Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages in New York am 27. Mai 2005 kläglich gescheitert? Und Deutschland hat keine eigene Verantwortung? Lagern nicht Atomwaffen in der BRD? Übrigens geht der Koalitionsvertrag von 2005 hinter das rotgrüne Koalitionspapier von 1998 zurück, in dem die Forderung nach Abzug der Atomwaffen von deutschem Boden immerhin klar formuliert war. 100 Jahre, nachdem Bertha von Suttner, die Verfasserin von „Die Waffen nieder!“, am 10. Dezember 1905 den ersten Friedensnobelpreis erhielt, 50 Jahre, nachdem Albert Einstein und Lord Bertrand Russell vor dem atomaren Selbstmord gewarnt haben, bekam Ende November 2005 Mohammed al-Baradei den Friedensnobelpreis. Es handelte sich um den Mann, der die Existenz irakischer Massenvernichtungswaffen, für Bush Kriegsgrund, verneint hatte. Al-Baradei bekannte: „Ich habe auch Angst vor dem Nukleararsenal demokratischer Staaten, denn solange diese Waffen existieren, gibt es keine Sicherheit vor den katastrophalen Konsequenzen aus Diebstahl, Sabotage oder Unfall.“ („Der Spiegel“, 49/2005) In diesem Urteil trifft er sich mit Oskar Lafontaine, der eine solche „Angst“ schon vor 20 Jahren öffentlich artikuliert. Wer seit langem Verlautbarungen (jetziger) Spitzenpolitiker der Linken verfolgt, kann am ehesten bei ihm Ansätze zu einer Friedensstrategie finden, die Ziele, Prinzipien und Methoden des Kampfes einschließt.

**Prof. Dr. Horst Schneider**

## Reime von Wolfgang Clausner

### Im Bundestag – Blick zum Präsidium

Behäbig blickt er von der Stirnwand nieder und eine jede Feder im Gefieder sieht aus, als wäre sie ein Bajonett.

Doch ist der Bundesaar, obwohl so fett, nicht Suppenhuhn, schon gar nicht Friedenstaube. Er schwingt sich wieder auf zu neuem Raube.

Ins Serbenland ist er schon eingefallen. Afghanistan spürt seine scharfen Krallen. Des Räubers Flug zu stoppen: höchste Zeit!

Man kürze Klauen ihm und Federkleid, stutz' ihm die Schwingen, daß er nie mehr fliege zum Unheilbringen uns in neue Kriege!

Vor Wahlen gläubig läßt belügen das Wahlvolk sich – und so betrogen.

Danach jedoch wird leis' gegrollt: „So haben wir das nicht gewollt!“

Es bot die Politik sich an zu allen Zeiten als Laufsteg für Hohlkörper-Eitelkeiten

Am 6. Oktober 1989 hielt Prof. Dr. Götz Dieckmann vor den Lehrern, Studenten und Mitarbeitern der Parteihochschule die Festrede zum 40. Jahrestag der DDR. Vor allem wegen der darin zum Ausdruck gebrachten Haltung wurde er am 15. November zum letzten Rektor der höchsten Bildungsstätte der Partei gewählt. Hier einige Auszüge:

Die DDR ist das Ergebnis nicht nur der ersten siegreichen sozialistischen Revolution auf deutschem Boden, sie ist vielmehr das Produkt der ersten siegreichen Revolution in der Geschichte des deutschen Volkes überhaupt. Die Gründung unseres Staates war die revolutionäre Entscheidung der Machtfrage – der Kernfrage jeder Revolution – zugunsten der fortschrittlichsten Klasse unseres Volkes, der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Das vor allem ist es, was die imperialistische Bourgeoisie am Vorabend unseres 40. Jahrestages zu einer wahren antikommunistischen Orgie, zu einem nationalistischen, chauvinistischen und neonazistischen Tobsuchtsanfall verleitet hat. Dem halten manche nicht stand. Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Sie geben sich her zu einer „Heim ins Reich“-Kampagne, die in fataler Weise an die Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges durch die deutschen Faschisten erinnert, und sie stiften dadurch, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht, schweren Schaden für das Ringen der Völker um die Abwendung der Gefahr eines vernichtenden Nuklearkrieges. Sie stellen sich gegen den Frieden und den sozialen Fortschritt. Nun wird mancher vielleicht meinen, ich machte es mir zu leicht. Wir müßten uns doch die Frage vorlegen, was wir versäumt haben, wenn Bürger unseres Landes, die durch unsere Schulen gegangen sind, zum Feind überlaufen. Das müssen wir in der Tat. Die erklärte politische Konzeption unserer Partei, in der Einheit von Kontinuität und Erneuerung voranzuschreiten, alles zu bewahren, was sich bewährt hat, aber ebenso entschlossen alles zu überwinden, was den Maßstäben von heute und morgen nicht mehr entspricht, greift natürlich – wie jeder versteht – weit über diese Frage hinaus. Aber nach meinem Verständnis schließt sie eben auch diese Probleme, die jeden bewegen, in sich ein. Wenn das Bewußtsein, auf der Seite der Sieger der Geschichte zu stehen, bei manchem Mitbürger abgenommen hat und seine Gewißheit, daß der Sozialismus die wissenschaftlich-technische Revolution besser und menschlicher als der Kapitalismus zu meistern vermag, unterlaufen wurde, so berührt das Kernfragen unseres Kampfes, denen wir nicht ausweichen. Aber es hieße dem Feind auf den Leim zu gehen, wenn wir nur uns befragten und die Wirkungen der systematischen Hetzkampagne des Gegners, eines regelrechten Medienkrieges, einer geschürten nationalistischen Psychose hintanstellen würden. Die Wahrheit erkennt, wer sich in Lenins Worte auf der Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR im Frühjahr 1917 hineinendkt: „... wenn in beiden

## Wie Götz Dieckmann im Oktober 1989 die Lage beurteilte

Ländern, in Deutschland wie in Rußland, die gesamte Staatsgewalt vollständig und ausschließlich in die Hände der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten übergeht, so wird die ganze Menschheit sofort erleichtert aufatmen, denn dann wird tatsächlich das rascheste Ende des Krieges, der dauerhafteste, wahrhaft demokratische Frieden zwischen allen Völkern und damit auch der Übergang aller Länder zum Sozialismus gesichert sein.“ (LW, 24/153) Diese weltgeschichtliche Verantwortung haben wir uns nicht ausgesucht. Sie ist uns durch unsere geostrategische Lage und eine Reihe anderer Faktoren übertragen und sie hat in der Nacht des Faschismus ihre grausige Bestätigung gefunden, bis sie schließlich im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in die Verpflichtung mündete, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgeht. Jawohl, Genossen, im Kern geht es dabei um die Frage, welche Klasse die Macht hat, und das haben nicht nur die Kommunisten, das hat auch die Bourgeoisie sehr gut verstanden. Von der Niederschlagung der Pariser Kommunarden mit Hilfe des deutschen Kaiserreiches über das Blutbad, in dem die Novemberrevolution erstickt wurde, vom Faschismus bis zum Globalangriff heute führt eine unselige Traditionslinie, in der wir den deutschen Imperialismus immer in der exponiertesten Linie finden. Es ist offenkundig für den BRD-Imperialismus eine noch größere Herausforderung, als wir das immer schon gewußt haben, wenn die DDR vierzig Jahre alt wird. Denn in der Tat hat unser Staat damit bereits größere Stabilität bewiesen, als die Ausbeuter es in ihren schlimmsten Träumen befürchteten. Weimarer Republik und „Drittes Reich“ währten 15 bzw. 12 Jahre. Das 1871 von Bismarck mit Blut und Eisen geschaffene Kaiserreich starb in seinem 47. Jahr. Die sozialistische DDR – so denken die Imperialisten – darf nicht das halbe Jahrhundert erreichen – das ist der Grundtenor von den Neonazis über CDU/CSU und FDP bis zu den Führern der SPD. Sie muß also als eine „Fehlkonstruktion der Geschichte“ diffamiert werden, und Schwierigkeiten, die der Sozialismus in

manchen Ländern hat, müssen dazu herhalten, dieser ideologischen Konterbande wenigstens einen Schein der Glaubwürdigkeit zu verleihen. ... Genossen! Ich bin für einen Sozialismus, in dem die Regale gefüllt sind und jeder seine wachsenden materiellen Bedürfnisse befriedigen kann. Wer sollte denn besser als die Kommunisten verstehen, daß – wie Marx es uns lehrt – der Mensch essen, sich kleiden und ein gutes Dach über dem Kopf haben muß, ehe er philosophiert. Aber ich trete als deutscher Kommunist ebenso mit allen Fasern meines Herzens dafür ein, daß niemals wieder der Name meines Volkes durch Faschismus, zügellosen Nationalismus und Chauvinismus geschändet wird. Das würde zur dritten – und dann endgültigen – Katastrophe führen. Deshalb werde ich, wie jeder von euch, meinen Staat, die sozialistische Deutsche Demokratische Republik, mit allem, was uns zu Gebote steht, verteidigen.

*Heute weiß ich, daß es schon zu spät war. Um es in den politischen Kategorien der Großen Französischen Revolution auszudrücken: Die „Bergpartei“ kämpfte nicht. Die „Gironde“ – nicht zuletzt aus den Reihen der SED selbst – entwarfente die Kampfgruppen und zerschlug die Betriebsparteiorganisationen. Schließlich wurde mit der Bildung der „Treuhand“ das Volkseigentum zur freien Disposition des westdeutschen Kapitals gestellt und der „Thermidor“ eingeläutet. Dabei muß man allerdings hinzufügen, daß unsere „Thermidorianer“ tiefer pflügten als die französischen zweihundert Jahre zuvor. Damals blieb trotz der schließlichen Restauration der Bourbonen die Substanz der Revolution in Gestalt bürgerlicher Eigentumsverhältnisse erhalten, und es blieb die Unwiderstehlichkeit des „Code Napoleon“. Deutschland dagegen hat zumeist die Revolutionen der Nachbarn versäumt, aber dafür die Konterrevolutionen mit besonderer „Gründlichkeit“ absolviert. Die Schande und vor allem die Schädigkeit unserer Niederlage sind es, die mich drücken. Denn wir haben damit der Generation unserer Nachfolger eine schwere Hypothek aufgebürdet.*

### Heft 24

der Zeitschrift  
– herausgegeben von  
Hans Heinz Holz  
und Domenico Losurdo –  
ist erschienen.

Zu bestellen bei.

# OPOS

THEMA:

## Gesellschaft

Dr. Dieter Kraft, Seestraße 35  
13353 Berlin, Tel./Fax 030/282 07 80

Sozialismus als Tagesaufgabe“ war ein November-Abend mit Gysi und Lafontaine in der Berliner Auferstehungskirche überschrieben (ND 7. 11. 05). Über alles Mögliche wurde da geplaudert, aber über eines war man sich einig: Was Sozialismus eigentlich ist, dafür habe heute jeder seine eigene Definition. Für Gysi ist er „eine Befreiungsideologie“; sie sei älter als der Marxismus, und der Versuch, sie zu verwirklichen, gescheitert. Für Lafontaine ist er „eine Philosophie des gesellschaftlichen Zusammenlebens“. Enteignung des Kapitals? Es habe sich doch gezeigt, daß Staatseigentum diktatorische Strukturen fördere. (Gysi) Und was ist, fragten die Leute von der WASG, mit der Privatisierung des Wassers in Berlin, mit der Aufkündigung der Lernmittelfreiheit, dem Lohnabbau bei den Busfahrern, der Gehaltskürzung oder Streichung von 1500 Stellen an der Charité – alles unter

Da wird immer noch über ein „strategisches Dreieck“ gefaselt – „Protest“, „Gestaltung“ (soll heißen: Mitregierung) und „über die gegenwärtige Gesellschaft hinausgehende Alternative“ (oder doch eher: Vision?) ... Man ist versucht, daran zu denken, wie Goethe sich über die Heilige Dreifaltigkeit amüsierte: „Mein Freund, die Kunst ist alt und neu. Es war die Art zu allen Zeiten, durch Drei und Eins und Eins und Drei Irrtum statt Wahrheit zu verbreiten ...“ (Faust I, Hexenküche) Was Sozialismus ist, steht seit Marx wissenschaftlich fest. Eine sozialistische Gesellschaft ist nicht denkbar ohne gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, ohne die politische Macht der Arbeiterklasse, die sie im Bündnis mit den werktätigen Bauern, der Intelligenz und anderen Schichten ausübt. Sie ist nicht denkbar ohne das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten,

im praktischen Kampf der Arbeiterklasse, im Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialisten – ob sie zur Zeit organisiert sind oder nicht – wachsen. Genosse Dieckmann vergleicht unsere Situation mit dem Tiefpunkt der Periode vor 150 Jahren, als selbst Marx und Engels nach der Auflösung des Bundes der Kommunisten „parteilos“ waren. Damals „drohten Kräfte die Oberhand zu gewinnen, die den bloßen Willen zur Haupttriebkraft erklärten und behaupteten, es bedürfe nur rücksichtsloser Entschlossenheit, um jederzeit eine neue – diesmal proletarische – Revolution ins Werk zu setzen“. (WBl. 3/2004, S. 12) Solch eine Haltung nennt man Voluntarismus; sie hat mit unserer materialistischen Geschichtsauffassung nichts gemein.

Man muß die Dinge nehmen, wie sie sind, nur: Wir dürfen sie nicht so lassen. Es ist unsere Pflicht, das heute Mögliche zu tun, um alle Kräfte im Kampf gegen Militarismus und sozialen Kahlschlag zusammenzuführen. Zugleich verschweigen wir nicht unser Ziel: die Errichtung einer Gesellschaftsordnung, in der es keine sozialen Wurzeln mehr für Militarismus und Sozialabbau gibt, und das ist nun einmal der Sozialismus.

Wollen wir die DDR zurückhaben? Ein bloßes Zurück gibt es in der Geschichte nicht. Wir wollen eine sozialistische Gesellschaft, in der unsere Erfahrungen – positive wie negative – berücksichtigt werden. Deshalb müssen wir diese weiter analysieren. Dazu gilt es, gegen das Meinungsmonopol der bürgerlichen Medien anzukämpfen, die nichts unversucht lassen, um die Wirklichkeit der DDR zu verfälschen. Vielleicht sollten wir den Artikel unseres tschechischen Genossen Vinklárék im Dezember-„RotFuchs“ zum Anlaß nehmen, über einen Sozialismus der Zukunft in unserer Zeitschrift weiter zu diskutieren. Dabei wissen wir: Ein sozialistisches Deutschland werden wir Älteren, die wir DDR-Bürger waren, sicher nicht mehr erleben, aber denen, die es einmal gestalten müssen, wollen wir mehr als eine „Vision“ hinterlassen.

**Dr. Ernst Heinz**

## Sozialismus ist mehr als eine Vision

Mit-„Regierung“ der PDS? „Ja, was soll man tun, wenn eine Stadt völlig pleite ist?“ (Lafontaine) Wenigstens könne man „für etwas Gerechtigkeit sorgen“. Dafür müsse man sich „in die Realpolitik einbringen“ und dürfe „nicht warten, bis sich Visionen erfüllen“. (Gysi)

Zweifellos ist es ein Erfolg, daß die Linken endlich wieder über eine Fraktion im Bundestag verfügen, da man zu den Wahlen gemeinsam antrat und die Wähler das honorierten. Das bleibt aber nur ein Erfolg, wenn die Linkspartei den parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf verbindet, um den Druck auf die Regierenden zu erhöhen und so insbesondere den Kriegsbeteiligungen und enormen Rüstungsausgaben der BRD sowie dem forcierten Sozialabbau spürbar entgegenzuwirken.

Natürlich ist es schwer, in einer Zeit der revolutionären Flaute sozialistische Politik zu betreiben. Dabei darf es keine Anpassung an die vom Gegner gesetzten Grenzen geben, an die von der „großen Koalition“ propagierten „Sparzwänge“, die von der Bevölkerung immer neue Opfer fordern und ihr die vom Großkapital verursachten Defizite aufbürden. Natürlich ist jeder im Rahmen der bestehenden Machtverhältnisse errungene Erfolg (bzw. die Verhinderung weiterer sozialer Gemeinheiten) zu begrüßen, aber das alles ist doch nicht etwa schon Sozialismus!

Sozialismus – Tagesaufgabe? Befreiungs-Philosophie? Vision? „Visionen sollten vor allem Sache von Psychiatern oder Wunderheilern bleiben“, antwortete Genosse Dieckmann (Dezember-RF) und bezog sich dabei auf die Versuche, „den Sozialismus aus einem zu erkämpfenden realen Ziel in eine Utopie zurückzuverwandeln“.

jedem nach seiner Leistung“ und eine effektive Planwirtschaft. Walter Ulbricht charakterisierte den Sozialismus als relativ selbständige ökonomische Gesellschaftsformation und sein Ziel als ständig bessere Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen, die Entfaltung ihrer gesellschaftlichen Beziehungen, ihrer Persönlichkeit und ihrer schöpferischen Fähigkeiten. Im ökonomischen System des Sozialismus sollen sich die gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen materiellen Interessen der Produzenten miteinander verknüpfen. (W. Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“, Berlin 1967, S. 46)

Die Deutsche Demokratische Republik hatte Defizite, objektiv unvermeidbare und subjektiv verschuldete, aber sie war eine in der Wirklichkeit vorhandene (also „reale“) sozialistische Gesellschaft. Immer mehr ehemalige DDR-Bürger erinnern sich schmerzlich daran, was alles für sie selbstverständlich und gesichert war und vergleichen das mit ihren gegenwärtigen Lebensumständen. Darum wird die Haltung zur DDR heute auch zu einem Prüfstein für jeden, der sich hierzulande Sozialist nennt, und es wird ein Markenzeichen einer künftigen einheitlichen Linkspartei sein, wie sie sich zur DDR positioniert.

Es gibt gegenwärtig keine revolutionäre marxistisch-leninistische Kampfpartei mit Masseneinfluß in Deutschland. Ohne eine solche Partei, die die Arbeiterbewegung mit unserer wissenschaftlichen Weltanschauung verbindet, wird es keinen Sozialismus geben. Objektiv brauchen wir sie, aber entstehen wird sie nicht, indem sich künstlich noch eine kommunistische Splittergruppe konstituiert. Sie kann nur



Am **22. Februar** begeht unser bulgarischer „RotFuchs“-Aktivist, Freund und Genosse, der Arzt

**Dr. Ratscho Ratschew**  
(Schmölln/Warna)

seinen **85. Geburtstag**.

Wir feiern im Herzen mit und gratulieren dem treuen Kommunisten in fester Verbundenheit.

# Kopfprämien auf Karl und Rosa

Der brisante Artikel von Prof. Dr. Erich Buchholz „Wer ermordete Rosa?“ veranlaßt den Autor zu nachstehenden Ergänzungen:

Während des Ersten Weltkrieges stützte die von Friedrich Ebert und Philip Scheidemann geführte Sozialdemokratie jahrelang die kaiserliche Kriegspolitik. Die SPD trat Anfang Oktober 1918 sogar in die Koalitionsregierung des Prinzen Max von Baden ein, um den Ausbruch einer Revolution in Deutschland zu verhindern. Als die Situation für die Herrschenden brenzlich wurde, verkündete Prinz Max die Abdankung des Kaisers. Seine Amtsgeschäfte als Reichskanzler übergab er kurzerhand an Ebert, von dem er annehmen konnte, daß er „die Revolution wie die Sünde haßte“. Ebert und Scheidemann unternahmen im entstehenden „Rat der Volksbeauftragten“ alles, um „Ruhe und Ordnung“ in Deutschland herzustellen, der Revolution entgegenzuwirken. Diesem Zweck diente auch das Bündnis, das Ebert am 10. November mit der Obersten Heeresleitung schloß. Die Besetzung Berlins durch Truppen war Bestandteil der Abmachung mit General Groener. Von nun an arbeitete man gemeinsam eifrig daran, die Räte durch Militär zu beseitigen. Freikorps entstanden. Einen ersten Putschversuch gab es am 6. Dezember 1918. Vier Tage später marschierten Truppen in Berlin ein, die aber in ihrer Mehrheit ihren Befehlshabern einen Strich durch die Rechnung machten, indem sie sich auflösten. Am 24. Dezember befahl Ebert den Angriff auf die Volksmarinedivision, was das Ausscheiden der drei USPD-Vertreter Barth, Dittmann und Haase aus dem Rat der Volksbeauftragten nach sich zog. Der nun aus fünf Sozialdemokraten bestehende Rat provozierte die Arbeiterbewegung. Am 4. Januar 1919 setzte das preußische Ministerium des Innern Emil Eichhorn (USPD) als Berliner Polizeipräsidenten ab. Nun ließen die Volksbeauftragten Ebert, Landsberg, Noske, Scheidemann und Wissel die konterrevolutionären Militäreinheiten unter Einschluß der Freikorps marschieren. Noske übernahm am 6. Januar den Oberbefehl über die Truppen. Die Gegenrevolution bereitete die Kämpfe mit einer bis dahin unbekanntenen Propaganda vor. Bereits Anfang Dezember plaktierte die „Antibolschewistische Liga“:

## „Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird bedroht nicht von außen, sondern von innen: von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben.

## Die Frontsoldaten“

Der Stellvertreter des damaligen sozialdemokratischen Stadtkommandanten Anton Fischer bekundete, daß es die Aufgabe seines Amtes im November/Dezember 1918 gewesen sei, Rosa Luxem-



Grafik: Arno Fleischer

burg und Karl Liebknecht zu jagen. In der Nacht vom 9. zum 10. Dezember drangen bereits Soldaten in die Redaktionsräume der „Roten Fahne“ ein, um Liebknecht umzubringen. Der „Vorwärts“ – die führende Zeitung der Sozialdemokratie – brachte am 13. Januar 1919 einen in Verse gekleideten Aufruf zum Mord an den beiden Revolutionären, dessen letzte Strophe lautete:

„Vielhundert Tote in einer Reih –  
Proletarier!  
Karl, Rosa, Radek und Kumpaneï –  
es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!  
Proletarier!“

Auf Karl und Rosa waren sogar mehrfach Kopfprämien von vielen Tausenden Mark ausgesetzt. In der ersten Januarhälfte griff Eduard Stadler, einer der Gründer der „Antibolschewistischen Liga“, unmittelbar in das Geschehen in Berlin ein:

9. Januar – Unterredung mit Gustav Noske

10. Januar – Vortrag vor etwa 50 Vertretern des Finanzkapitals: Borsig, Siemens, Vogler, Stinnes ... Letzteres sicherte zu, daß die Herren der Industrie für sein Anliegen eine Versicherungssumme von 500 Millionen Mark aufbringen werden.

12. Januar – Beratung mit Hauptmann Pabst von der Garde-Kavallerie-Schützendivision.

Zu den Aufgaben dieser Organisation gehörte auch die „Unschädlichmachung politisch verdächtiger Persönlichkeiten“. Über das Gespräch mit Pabst schrieb Stadler, daß er diesem auseinandersetzte, daß, „wenn auf unserer Seite vorerst keine Führer zu sehen“ seien, dann dürfte ... „die Gegenseite auch keine haben ...“ Rosa Lu-

xemburg sei „im höchsten Maße gefährlich ...“ Pabst habe ihm mit glänzenden Augen gedankt ... (Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/19, Berlin 1978)

Doch Noske ließ sich in seinem Verrat gegenüber seinen bisherigen Genossen weder überraschen noch übertreffen. Wie Klaus Gietinger in „Eine Leiche im Landwehrkanal“ (1997) mitteilt, befahl er dem Leutnant von Oertzen, die Telefonverbindung Karl Liebknechts zu überwachen und jegliche beobachtete Bewegung unverzüglich dem Chef der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zu melden. Wie ebenfalls bei Klaus Gietinger nachzulesen ist, übertrug der „Volksbeauftragte“ Noske in jener Nacht vom 15. zum 16. Januar 1919 Hauptmann Pabst die Entscheidung darüber, was mit den Gefangenen Luxemburg und Liebknecht zu geschehen habe. Der ließ sie beide umbringen. 40 Jahre nach dem Doppelmord bekannte er, diese Tat befohlen zu haben. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellte daraufhin die Ereignisse im Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 27/1962 als „standrechtliche Erschießung“ dar, was heute noch gilt.

Sebastian Haffner warf der SPD vor, daß sie die Vorgänger und Vorbilder der späteren SA und SS rekrutierte, die künftigen SS- und SA-Leute auf ihre eigenen Genossen losließ („Der Verrat“, 1993). Er bezeichnete den Mord vom 15. Januar 1919 als einen Auftakt zu tausendfachen Morden der Noskezeit und den millionenfachen Morden während des Hitlerfaschismus.

Volker Külow berichtet von einer Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus, bei der erstmalig Vertreter der SPD Verantwortung der Sozialdemokratie für den Doppelmord an Karl und Rosa eingestanden („Leipzigs Neue“ vom 19. 1. 2001). Helga Grebings und Otmar Schreiners Anerkennung bedeutet indes noch kein Schuldbekenntnis ihrer Partei. So bleibt die Aufgabe, weiterhin über die Mordverschwörung, der auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Opfer fielen, zu informieren und gegen das Verschweigen und Vergessen zu demonstrieren.

Dr. habil. Ehrenfried Pößneck

Wir trauern um unseren  
treuen Leser,  
den namhaften Völkerrechtler und  
Außenpolitiker der DDR,

Prof. Dr. Bernhard Graefrath

der am 3. Januar 2006  
verstorben ist.

# Was Herr Pilsl unter „Wirtschaftsrevolution“ versteht

Rein zufällig geriet in meine Hände eine Broschüre (Verlag „Gute Nachricht“) eines gewissen Karl Pilsl, österreichischer Wirtschaftsjournalist, der in den USA lebt. Inhaltlich bietet diese Schrift nichts Nachdenkenswertes. Sie verdient jedoch aus zwei Gründen beachtet zu werden: Erstens geht Herr Pilsl mit seinem kleinformatigen Gedankengut bei Kolloquien und Seminaren in der Bundesrepublik hausieren und zweitens spiegelt seine „Theorie“ den sogenannten neoliberalen Zeitgeist in zugespitzter, wenn auch kleinkariert Weise wider.

Zunächst belehrt er uns, daß „wir in einer noch nie dagewesenen Wirtschaftsrevolution“ (leben), die von den USA ausginge und die „wirtschaftliche und gesellschaftliche Welt drastisch verändert“. Es sei „die Zeit der großen Chancen und Möglichkeiten, aber nur für Menschen, die keine Angst haben, mutig und kühn sind, es ist die Zeit für Visionäre und Pioniere“. Hier wird die Mär vom Tellerwäscher, der zum Millionär emporsteigt, aufpoliert und in die „Globalisierung“ getaucht, wobei Letzteres nichts anderes ist als die Internationalisierung aller Lebensbereiche, besonders der Wirtschaft, durch das Industrie- und Finanzkapital im imperialistischen Stadium des Kapitalismus mit all den Widersprüchen, auf die Lenin bereits verwiesen hat. Der Kampf gegen den Terrorismus würde – so Pilsl – die Wirtschaftsrevolution noch beschleunigen, natürlich durch die segensreiche Hegemonialmacht USA, die diesen Herausforderungen gewachsen sei. Kein Wort wird über den Passivsaldo der Handelsbilanz, der Zahlungs- und Kapitaltransferbilanz sowie über die Staatsverschuldung der USA verloren. Auch nicht über die wahnsinnigen militärischen Projekte und die Kosten des völkerrechtswidrigen Irak-Kriegs.

Worin besteht nun der „Schlüssel“ für seine geheimnisumwitterte Wirtschaftsrevolution? Entscheidend für ihn ist „Homebusiness by telecommunication“. Ein jeglicher kann also von Haus aus am weltweiten Geschäftsleben mittels eines Heimcomputers unter Nutzung des Internets teilnehmen. Damit vermag er für seinen Lebensunterhalt selbst zu sorgen (vgl. die Ideen des Stammvaters des politischen Liberalismus Thomas Hobbes) und zu Reichtum zu gelangen. „Jeder muß bereit sein, sich als Einzelunternehmer zu sehen.“ Es lebe die „Ich-AG“! Dafür würde schon das Internet als Herzstück globaler Unternehmensorganisation sorgen. An den Akteur wird lediglich die Forderung gestellt, er solle „begeisterte Visionen“ haben und den Übergang von einer technikorientierten Unternehmensstrategie zu einer talentorientierten nicht verpassen. Außerdem müsse man dem Kunden nicht mehr nachlaufen, sondern ihn führen. Erforderlich sei, die Bankfiliale in dessen Wohnzimmer zu bringen. Ein weiteres visionäres Credo dieses Dunkelmannes ist, daß „vollzeitige Mitarbeiter, die nur für eine einzige Firma arbeiten“ im Jahre 2010 in der Minderheit seien. Man ist nur dann expertiert, wenn „Problemlösungen für mehrere Firmen

zugleich zur Verfügung (gestellt werden)“. „Wer wirklich ein Menschenspezialist geworden ist, wird nie mehr arbeitslos sein.“ Schlußfolgerung: Wir werden alle Menschenspezialisten, allerdings mit dem Ziel, den Menschen zur Emanzipationsreife zu führen, damit er das Wesen des menschenverachtenden kapitalistischen Systems erkennt und mithilft, dieses zu überwinden.

Pilsl bilanziert: „Wir haben keine Wirtschaftskrise, wir haben eine Struktur-, Vertrauens- und Sinnkrise“. Worin diese allerdings dem Grunde nach besteht – diese Antwort bleibt er uns schuldig. Seine Theorie schneidert er auf das Individuum zu, eingedenk der Worte von Margret Thatcher: „Es gibt keine Gesellschaft, es gibt nur Individuen.“ Folglich appelliert er an die Psyche des einzelnen: Kreativität, Kunden zu Freunden machen (und das in der kapitalistischen Marktwirtschaft als Gottesreich des Geldes). Er erklärt: „Wer unmöglich denkt, für den wird es unmöglich bleiben.“ Dem negativen Denken müsse der Kampf angesagt werden, Frust solle ein Fremdwort sein; denn „wir brauchen begeisterte Unternehmer, Führungskräfte, Mitarbeiter“. So weit seine Moralegebote für die geldzentrierte Lebensweise und die modernen Systemsklaven.

Pilsl lebt nicht in der eigenen simplen Vorstellungswelt, er ist kein politischer Solotänzer. Seine Gedankenwelt reflektiert – wenn auch bieder und nicht widerspruchsfrei – das, was uns als Neoliberalismus angeboten wird. Auf den Arbeitsmarkt bezogen, heißt das im Klartext: mehr Scheinselbständige (dadurch gehen den Sozialkassen Beiträge in Milliardenhöhe verloren), Ausweitung der Zahl von Honorararbeitskräften auf Abruf, ohne daß diese tariflich gebunden sind, sozialversicherungsfreie Teilarbeitszeitkräfte (in Pilsls ökonomischem Wunderland, den USA, gibt es allein 45,8 Mio. Unversicherte!). Zudem werden durch Rationalisierungs- und Konzentrationsmaßnahmen der Wirtschaftsunternehmen immer mehr Lohnabhängige freigesetzt. Mit jedem Werktag fallen Tausende versicherungspflichtige Arbeitsplätze weg. Der Rückgang der Stellenangebote ist enorm. Das bezieht sich auf alle Wirtschafts- und Indu-

striezweige. Man könnte annehmen, daß das Thema „Informationsgesellschaft an sich“ ohne gesellschaftlichen Bezugsrahmen sowie die Möglichkeit, neue Eigentumsverhältnisse im Kapitalismus durch freie, nicht urheberrechtlich geschützte Software zu schaffen, ausgelagert sei. Solche widersinnigen Ideen und Illusionen werden allerdings durch Herrn Pilsl weiterhin genährt.

Seine vereinfachten Lösungsmuster, vortragen im Gestus absoluter Gültigkeit, sind nichts anderes als eine Heilsbotschaft, die aus der Marktgläubigkeit resultiert und die soziale Zählung des Menschen bewirken soll. Sie dient dazu, die Gesellschaft dem Markt und den Verwertungszwängen des Kapitals zu unterwerfen, die Polarisierung zwischen „Arm und Reich“ zu vertiefen sowie letztendlich die Menschheit durch die Devise des „Krieges jeder gegen jeden“ (Th. Hobbes) zu bestialisieren. Dagegen gilt es ein breites Bündnis des politischen Widerstandes zu formieren.

**Prof. Dr. Werner Roß**

## Die freie Wirtschaft

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.  
Ihr sollt auf Euren Direktor vertrauen.  
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.

Ihr sollt alles weitere dem Chef überlassen.  
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein.  
Wir wollen freie Wirtschaftler sein!

Wir diktieren die Preise und die Verträge –  
Kein Schutzgesetz sei uns im Wege.

Ihr braucht keine Heime für Eure Lungen,  
keine Renten und Versicherungen.  
Ihr sollt Euch allesamt was schämen,  
von dem armen Staat auch noch Geld zu nehmen!

Ihr sollt nicht mehr zusammenstehen –  
Wollt Ihr wohl auseinander gehen!

Ihr sagt: Die Wirtschaft müsse bestehen.  
Eine schöne Wirtschaft! Für wen? Für wen?

Das laufende Band, das sich weiterschiebt,  
liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt.  
Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug sacht  
Eure eigene Kundschaft kaputtgemacht.  
Denn Deutschland besteht –  
Millionäre sind selten – aus  
Arbeitern und Angestellten!

Und Eure Bilanz zeigt mit einem Male  
einen Saldo mortale.  
Während Millionen stempeln gehen.  
Die wissen, für wen!

Kurt Tucholsky (1930)

# „Großer Einklang“ von Rüstungsindustrie und Bundeswehr

**G**roßer Einklang“ – so titelt die Wochenzeitschrift der Bundeswehr „aktuell“ das Berliner Koalitionsergebnis und zitiert die Neue im Amt: „Merkel versicherte, die Bundesregierung werde darauf achten, daß Ziele und Fähigkeiten der Außen- und Sicherheitspolitik „in einem Gleichgewicht“ bleiben. Textauszug aus der Koalitionsvereinbarung: „Die Bundeswehrplanung wird auf der Grundlage einer aufgabenorientierten und in Betrieb und Investition ausgewogenen Finanzausstattung fortgeschrieben.“

Und ein Professor Dr. Ortwin Buchbinder informierte die Uniformierten dazu in seinem Vortrag „Märkte und Mächte – die Bedeutung der Rohstoffsicherung im sicherheitspolitischen Umfeld“ und ergänzte: Kriege würden um Ressourcen geführt, die Verteuerung der Rohstoffpreise um 30 Prozent im Jahre 2004 sei sicherheitspolitisch relevant, wobei Schwellenländern wie China und Indien besondere Bedeutung zukomme. Also erfüllt die „Armee im Auslandseinsatz“ die Forderungen der deutschen Industrie: Sicherung der Beschaffungsstrategie. Da besteht gewiß ein „großer Einklang“.

Um die Auftragslage der Rüstungsindustrie steht es bestens. In Eckernförde wurden eben die neuen Boote U31 und U32 in Dienst gestellt, Unterseeboote der Klasse 212 A, die „derzeit modernsten konventionellen U-Boote weltweit“. Im Fliegerhorst Rostock-Laage übernahm die Truppe den ersten Serien-Lenkflugkörper IRIS-T. „Mit der Übergabe von IRIS-T verfügt das Waffensystem „Eurofighter“ erstmals über einen Lenkflugkörper neuester Generation für den Luftkampf und die Selbstverteidigung“. Aus der Firma Rheinmetall übernahm die Truppe in Bremen eben das „Fliegende Auge“ (KZO). „KZO operiert in einer Einsatzhöhe von 300 bis 3500 Metern. Das Fluggerät ortet unter starker elektromagnetischer Störung bis zu einer Entfernung von mehr als 100 Kilometern sowohl feststehende als auch

bewegliche Ziele. Das Fluggerät besteht aus Kunststoff. Die Spannweite beträgt 3,42 Meter, die Länge 2,26 Meter, der Rumpfdurchmesser nur 36 Zentimeter.“

Vom neuen Verteidigungsminister, einem Weingutbesitzer namens Franz Josef Jung, erwartet nun die Öffentlichkeit 2006 das angekündigte Weißbuch, in dem er uns Steuerzahlern propagandistisch eintrichtern wird, wofür und warum wir die Gürtel zum Vorteil der Rüstungsindustrie enger schnallen müssen. Hierbei sollte dem Franz Josef J. ein „großer Einklang“ mit vorliegenden Erkenntnissen aus der Nazizeit gelingen, nachzulesen in „Der Krieg der Zukunft im Urteil des Auslandes“, geschrieben 1936 von Oberstleutnant Anton von Belli.

„Bei Soldaten wird der Zusammenhalt durch den Drill erreicht. Bürgerliche Einheit wird nicht durch körperlichen Drill erzielt. Sie wird durch Wiederholung von Ideen statt Bewegungen erreicht. Das Mittel dazu bietet die Propaganda. Der Rundfunk vermag ein Volk durch einen Rauschzustand in den Krieg zu stürzen.“

Entsprechende propagandistische Übungen hiesiger Meinungsmacher hat das deutsche Volk in jüngster Zeit zur Genüge erleben können. Man denke nur an „Massenvernichtungswaffen im Besitz Iraks“. Der Hinweis auf die Nazi-propaganda befindet sich im Einklang mit Werbematerialien, die in den Bundeswehrpublikationen eingelegt sind. Der „ATLAS-Verlag“ in Weil am Rhein preist unter dem Titel „Eliteeinheiten der Welt“ u. a. die Aktion der deutschen Einheit „Granit“ an, die am 10. Mai 1940 das belgische Fort Eben Emael einnahm, glorifiziert nach wie vor die „Rote Staffel des Barons“ (Richthofen), in der Hermann Göring diente. Auch taucht in den Publikationen der Bundeswehr zunehmend der Begriff „Heimatschutz“ auf, dem der fade Geschmack des 1. Weltkrieges anhängt: Ordnungshüter im Inland. Da hat doch der neue Innenminister Schäuble gar

nicht so sehr ins Fettnäpfchen getreten, als er den Einsatz der Bundeswehr im Inland forderte. Und der Verteidigungsminister? „Man muß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz abwarten.“ Na also! Großer Einklang unter den Ministern. Schon direkt nach dem 1. Weltkrieg mauerten sich die „entlassenen Reservisten“ in Treuebündeln. Die „Vereinigung ehemaliger Neißer Kriegsschulkameraden 1913/1914“ etwa versammelte sich am 17. Mai 1919 in Berlin im Aero-Club Blumeshof 7 und schwor: „Die Vereinigung hat den Zweck, treudeutsche Kameradschaft zu pflegen, alte Erinnerungen aufzufrischen und gute freundschaftliche Beziehungen zu erhalten bzw. wachzurufen.“ Und wie liest sich das aktuell beim Heimatschutzbataillon 731? „Sinn und Zweck ist die Pflege der Kameradschaft zwischen ehemaligen und noch aktiven Angehörigen des Heimatschutzbataillons 731 (Münsterland), die Unterstützung des Bataillons bei Ausbildung und Übung.“ Das Heimatschutzbataillon 832 datiert seine Gründung auf den 1. April 1982. Schließlich berufen sich die Mannen vom HSchBt 56 gar auf das Jahr 1815, „bewahrten Tradition“ während der Nazizeit (1935–1943), blühten 1956 wieder auf. Welch ein großer Einklang, Herr Bundesverteidigungsminister.

Der vielfach genannte Auftrag der Bataillone? „Schutz von Objekten/Überwachung von Räumen!“

Endlich! Auch die Fußballstadien 2006 sind Objekte. Und unsere Frau Dr. Angela Merkel an der Spitze des Militärs – sie besitzt die Richtlinienkompetenz – gab deutlich zu verstehen: „Die materielle Auszehrung der Bundeswehr muß beendet werden!“

Als am 1. 7. 1936 die Arbeitslosenzahl in Deutschland von 5772 Mill. (1. 1. 1933) auf 1170 Mill. geschrumpft war, kommentierten die Faschisten den Erfolg: „Diese außerordentliche Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft wurde durch das große nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm erzielt, dessen Verwirklichung mit der Machtübernahme begann und weitergetragen wurde durch die wirtschaftliche Auswirkung der Wiedergewinnung der Wehrhoheit.“

Köhlers Weihnachtsrede 2005 klang so wie „Deutschland erwache!“ Bald darauf vernahm ich in einem Kommentar über die „Notwendigkeit“, den Truppenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide beizubehalten: „Die Bundesluftwaffe kann auf das Manövergelände nicht verzichten, denn sie muß innerhalb von zehn Tagen an jedem Ort der Welt sein.“ Und Frau Merkel blieb nicht weniger deutlich: „Wir wollen, daß Deutschland in zehn Jahren wieder an der Spitze Europas steht.“

Hans Horn



Herrn „Denn“ läßt man heute weg ...

Die von Richard Georg Richter, Cloppenburg, eingesandte Aufnahme stammt aus Ludwigshafen (1935)



Vor einiger Zeit meldeten die Medien, daß das Landgericht Berlin das Urteil des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. Mai 1952 – 1 Zst (I) 6/52 – gegen Burianek wegen „Rechtsstaatswidrigkeit“ aufgehoben habe. Der Beschluß des (Westberliner) Landgerichts vom 2. 9. 2005 – (551 Rh) 3 Js 28.9/05 (361/05) – erspart sich jedes Wort einer Begründung. Er stützt sich unmittelbar auf das offen DDR-feindliche bundesdeutsche Rehabilitierungsgesetz, das so bezeichnete „Erste Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (1. SED-UnBerG)“ mit dem „Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet – Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – (StrRehaG)“ vom 29. 10. 1992 (BGBl. S. 1814).

Nach diesem Gesetz werden fast automatisch alle Personen rehabilitiert, die aufgrund gegen die DDR gerichteter Verbrechen verurteilt wurden, insbesondere Spione und Agenten westlicher Geheimdienste, aber auch Mörder, Gewalttäter und andere Terroristen, die in staatsfeindlicher Weise gegen die DDR kriminell tätig geworden waren.

Nach den Verfahrensvorschriften dieses Gesetzes bedarf es weder einer mündlichen Verhandlung noch – in betreffenden Fällen – einer Begründung der Entscheidung der Rehabilitierungskammer. Es genügt ein Antrag und eine „befürwortende“ Stellungnahme der ebenso DDR-feindlichen bundesdeutschen Staatsanwaltschaft.

Eine Prüfung dessen, ob sich der zu Rehabilitierende möglicherweise wegen krimineller Handlungen, z. B. wegen eines (versuchten) Tötungsdelikts oder gemeingefährlicher Straftaten wie Brandstiftung oder Sprengstoffdelikten strafbar gemacht hatte, ist im Hinblick auf die Rehabilitierung ausdrücklich nicht vorgesehen.

Die Rechtswirkung des gerichtlichen Rehabilitierungsbeschlusses besteht darin, daß das Urteil des DDR-Gerichts „für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben“ wird. Der von dem DDR-Gericht Verurteilte erhält dann insbesondere für „zu Unrecht erlittenen Freiheitsentzug“ – der vorliegend bei Johann Burianek vom 6. 3. bis zum 2. 8. 1952, dem Tag der Hinrichtung aufgrund des Todesurteils, gedauert hatte – eine Entschädigung. Nach dem offen DDR-feindlichen StrRehaG wird überhaupt nicht untersucht, was der Betreffende, vorliegend Burianek, denn tatsächlich getan hatte. Allein die Tatsache, daß er von einem

1948 von Rainer Hildebrandt gegründeten Agenten- und Terrororganisation „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), Ernst-Ring-Straße in Berlin-Nikolassee – über andere kriminelle Aktivitäten wie Spionage, Hetze und Überfälle hinaus – im Rahmen planmäßig vorbereiteter Terroraktionen versucht, die Eisenbahnbrücke über die Autobahn hinter Erkner zu sprengen; es sollte der „Blaue Express“, der D-Zug Berlin–Warschau–Moskau, zur Entgleisung gebracht werden.

Im weiteren wirkte Burianek mit den „drei Bastianen“ zusammen, die den Sprengauftrag hatten. Er nahm den Dynamitkoffer in seine Wohnung mit

## Wie die BRD-Justiz den KgU-Terroristen Burianek rehabilitierte

DDR-Gericht verurteilt wurde, ist in den im Gesetz aufgelisteten, vorstehend knapp umrissenen Fällen für eine Rehabilitierung ausreichend.

Nach den in tatsächlicher Hinsicht unzweifelhaften Feststellungen des Obersten Gerichts der DDR – siehe Entscheidung des Obersten Gerichts Band 2, S. 37 ff. –, die sich auch auf das umfassende freimütige Geständnis Burianeks und der sechs Mitangeklagten stützt, hat er seit März 1951 als aktives Mitglied der

und übergab ihn diesen, die damit in der Nacht vom 29. Februar zum 1. März 1952 die Eisenbahnbrücke Spindlersfeld sprengen sollten. Der KgU kam es darauf an, diese in die Luft zu jagen, weil sie für den Verkehr sowjetischer Offiziere aus Wünsdorf über den Schlesischen Bahnhof Richtung Moskau wichtig war. Dank der Wachsamkeit der Volkspolizei konnte der verbrecherische Anschlag in letzter Minute verhindert werden. Das Oberste Gericht qualifizierte diese Verbrechen zutreffend als Terrorhandlungen, als eine Erscheinungsform der Kriegshetze gem. Art. 6 der DDR-Verfassung.

Bemerkenswert an dem Rehabilitierungsverfahren ist, daß nicht, wie in den meisten Fällen, Angehörige des von DDR-Gerichten Verurteilten den Rehabilitierungsantrag stellten, sondern der damalige Auftraggeber!

Chef der KgU war seinerzeit, wie gut bekannt, der kriminell vorbelastete Rainer Hildebrandt. Dessen letzte Ehefrau Alexandra wurde später Vorsitzende der „Interessenvertretung für die Arbeitsgemeinschaft 13. August e. V.“ Am 13. August 1961 hatte die DDR das Geheimdienst-Do-rado und Zentrum vieler krimineller Vereinigungen Westberlin abgeschottet.

Frau Alexandras „eingetragener Verein“ ist die Nachfolgeorganisation der KgU. Indem deren Vorsitzende sich mit dem Reha-Antrag für Burianek verwandte, wurde eingestanden, daß er „ihr Mann“ war, was die dahin gehenden Feststellungen des Obersten Gerichts der DDR ausdrücklich bestätigte. **Prof. Dr. Erich Buchholz**



# Bisky und eine sanfte Erinnerung

## an Mehring

Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte durch die Jahrzehnte einen guten linken Ruf. Im Archiv – das hoffentlich noch nicht „bereinigt“ wurde – finden sich berühmte Namen. Franz Mehring war einst Chefredakteur, Clara Zetkin zählte zu den Autoren, und Rosa Luxemburg schrieb eine aufsehen- und streiterregende Artikelserie zum Thema Revisionismus, die damit endete, daß sie die Redaktionstür hinter sich zuschlug.

Was sich auch immer in der Geschichte dieses Hauses zugetragen haben mag – im Vorfeld des Dresdner Parteitag der Linkspartei wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen. Ehe ich mich dem zuwende, ist eine Vorbemerkung unumgänglich. Eine – nicht sehr positive – Hauptrolle spielt dabei Lothar Bisky, aber ich möchte um jeden Preis vermeiden, daß jemand auch nur einen Augenblick vermutet, es ginge „gegen“ Bisky. Ich habe ihn in den Nachrückwende-Jahren mehr als einmal als verlässlichen Kämpfer erlebt und denke da an den Marsch durch Berlin und den Hungerstreik in der Volksbühne, als die neuen Herren des Landes mit der PDS am schnellsten zu Rande zu kommen glaubten, indem sie sie so gründlich zu enteignen suchten, daß sie nicht einmal mehr das Porto für einen Brief hätte aufbringen können. Das scheiterte bekanntlich, und Bisky hatte daran großen Anteil. Deshalb achte ich und respektiere ich ihn.

Wenn dieser Haltung jetzt einige Einschränkungen folgen, ist das aus meiner Sicht geschäftsschädigend, denn Lothar war sogar mal Mitglied des Spotless-Buchklubs ...

Trotzdem: Als ihn ein Reporter der LVZ vor dem Parteitag fragte: „Wie wird die Linkspartei die lauten und handgreiflichen Irren bei der WASG los?“ hätte ich von dem Medienprofessor, der mit der deutschen Sprache umgehen kann, erwartet, daß er auf Verzicht der Vokabel „Irre“ bestand. Unter den Linken können „Widerspenstige“ sein, die den Parteioberen nicht zu folgen bereit sind, aber „Irre“?

Der Reporter hatte den Begriff nicht erfunden, sondern ihn von Gregor Gysi übernommen, der – so durch die LVZ zitiert – versichert hatte, daß „jede Partei fünf bis zehn Prozent Irre“ habe. Dennoch hätte ich Widerspruch erwartet, habe ihn vermisst und mich entschlossen, diesen Beitrag zu schreiben. Denn: Es ging in dem Interview munter so weiter: „Wir wollen bei uns ganz bewußt nicht alle Linken haben. ... Wir haben auch in der Linkspartei ausreichend Menschen, mit denen ich nicht einverstanden bin. ... Es könnte Verluste geben bei der WASG und bei uns. ... Wir können nicht als Kasperletruppe erscheinen.“

Ich vermute mal, daß Lothar Bisky auch diesen oder jenen Artikel von Franz Mehring in der Leipziger Volkszeitung gelesen hat. Vielleicht sogar den vom 16. August 1917, in dem sich dieser mit den Methoden der „Regierungssozialisten“ vor einem Parteitag in Heidelberg befaßte, die Parteinheit wiederherzustellen: „Es ist ja ganz selbstverständlich, daß ein kämpfendes Heer eine gemeinsame Strategie und Taktik haben muß. Soll also jetzt die

Parteinheit hergestellt werden, so fragt sich, welcher von beiden Teilen seine bisherige Kampfweise aufgeben soll.“ Und Mehring konstatierte, daß die USPD verständliche Scheu vor moralischem und politischem Selbstmord hätte.

Wenn sich auch in den 89 Jahren seit 1917 vieles in der Politik geändert hat: Noch immer erwärmt sich niemand für „moralischen oder politischen Selbstmord“, und das sollte ganz besonders Bisky zur Kenntnis nehmen. Nicht zuletzt deshalb, weil er doch gerade erlebt hat, wie man noch immer mit den Linken in Deutschland umzugehen pflegt. Der Hamburger „Zeit“ antwortete er auf die Frage, ob sich Angela Merkel als „Feindbild“ eigne: „Ich brauche keine Feindbilder ... Das ist ein Glück der Wende.“ Ein paar Zeilen darüber kommentierte er seine vierfache Nichtwahl ins Bundestagspräsidium mit den Worten: „Ich bin eben mit dem Makel des Ostens ausgestattet, der bleibt ein Leben lang haften ... Ich hätte nicht gedacht, daß dies 15 Jahre nach der Einheit noch so sein könnte.“ Der Professor irrte also, weil die andere Seite auch nach 15 Jahren immer noch ihre „Feindbilder“ pflegt. Was – erlaube ich mir anzumerken – den Vorsitzenden einer Linkspartei eigentlich nicht überraschen sollte, zumal einen Medienwissenschaftler und einen Mann, der sich zu einem Hungerstreik entschlossen hatte, um die Linkspartei zu retten.

Fazit: Weder Irre noch Kasperles taugen für einen soliden Streit in einer linken Partei. Erst recht nicht – um noch einmal an Mehring zu erinnern – für „Regierungssozialisten“ oder solche, die es werden wollen.

**Dr. Klaus Huhn**



„Es ist schon bedauerlich, wenn unsere Arbeiter so träge sind, daß man Hunderte von ihnen braucht, um uns paar Fabrikanten anständig zu versorgen.“

Aus „Proletären“, Göteborg



## Bergmann durch und durch: Gustav Sobottka

Nach vielen Jahren harter Arbeit gelingt es dem Landarbeiter Adam Sobottka, endlich ein kleines Stück Land zu kaufen und darauf ein Häuschen für sich, seine Frau Auguste und die fünf Kinder zu bauen. Leichter wird das Leben deshalb nicht, denn der Boden im masurischen Turowen ist sandig und steinig. Doch das Glück, ein paar Morgen zu besitzen, dauert nur kurze Zeit. Der Kettner Sobottka vergißt, sein Eigentum in das Grundbuch eintragen zu lassen. Der Gutsherr erhebt Anspruch darauf und schickt den Gerichtsvollzieher. Die Familie wird in das Armenhaus, der Vater ins Gefängnis gesteckt. 1889 verläßt Adam Sobottka Ostpreußen, um im Ruhrgebiet Arbeit als Bergmann zu finden. So tauscht er die Ausbeutung durch preußische Junker gegen die durch westfälische Zechenbesitzer. Seine Familie bleibt noch sieben Jahre in Turowen und leidet dort große Not. Der am 12. Juli 1886 geborene Sohn Gustav muß sich schon bald nach der Einschulung als Hütejunge verdingen, um der Mutter etwas Brot und Kartoffeln nach Hause zu bringen. Endlich kommt die Übersiedlung in den Westen. Gustav erinnert sich später, daß er damals „zum ersten Mal ein paar Schuhe ganz aus Leder erhielt“.

Wie der Vater wird der junge Sobottka Bergarbeiter. Für eine Mark Tageslohn schuftet er als Steineleser, Lampenputzer und Schlepper unter Tage bis zum Januar 1905. Da treten die 200 000 Ruhr-Kumpel in den Streik, auch Gustav Sobottka. Wie Tausende seiner Kollegen wird er ausgesperrt. So meldet er sich freiwillig zum Militärdienst ins Reitende Artillerie-Regiment Düsseldorf. Trotz Drill, Schikane und Prügel strengt er sich an, alles zu machen, was die Vorgesetzten verlangen. Er wird ein vorbildlicher Soldat, mehrfach als bester Reiter der Einheit ausgezeichnet. Allerdings trifft er beim Ausgang auf

Sozialdemokraten, führt lange Gespräche mit ihnen. Drei Jahre später kehrt er an die Ruhr zurück, wieder in den Schacht, diesmal als Hauer vor Ort. Er tritt in den „Verband der Bergarbeiter Deutschlands“ und in die SPD ein. Die Kapitalisten sehen das nicht gern. Sie feuern ihn von mehreren Zechen, brummen ihm Geld- und Haftstrafen auf, verweigern ihm den Einzug in Werkwohnungen.

Nach dem vierjährigen Fronteinsatz 1914 bis 1918 nimmt er wieder Arbeit unter Tage in der Zeche Schamrock auf. Inzwischen Mitglied der USPD geworden, wählen ihn die Kumpel zum Betriebsratsvorsitzenden – in eine Funktion, die er fast drei Jahre ausübt. Schließlich am 24. März 1921 fährt der Hauer Sobottka zu seiner letzten Schicht ein. Die Zentrale der KPD braucht ihn als Leiter der Industriegruppe Bergbau in der Gewerkschaftsabteilung. Von nun an folgen weitere Aufgaben, von denen die des Sekretärs des Internationalen Komitees der Bergarbeiter eine der wichtigsten ist. Wie sehr er in dieser Zeit mit seinen früheren Arbeitskollegen verbunden ist, zeigt diese Episode: Im September 1930 besucht Gustav Sobottka das Aachener Revier. Er stellt katastrophale Zustände bei der Grubensicherheit fest. Seine Forderung, die Bergbaubehörde möge umgehend eingreifen, wird vom Landtag im sozialdemokratisch regierten Preußen abgeschmettert. Selbst als in der Grube Anna II gleich 270 und im Eschweiler Revier 32 Bergleute durch Kohlenstaubexplosionen ums Leben kommen, lehnen SPD und bürgerliche Parteien den Antrag der KPD auf Beseitigung der Mängel ab.

Machen wir einen Zeitsprung: In der Abenddämmerung des 6. Mai 1945 landet eine sowjetische Transportmaschine in der Nähe Stettins. Sie bringt eine Initiativgruppe der KPD zurück nach Deutschland. Wie andere Gruppen in Berlin und Sachsen soll sie in Mecklenburg die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung in Gang bringen. Ihr Leiter ist Gustav Sobottka, Mitglied des Zentralkomitees der Partei und Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD). Generalleutnant Fedjuninski, Oberbefehlshaber der 2. Stoßarmee der 2. Belorussischen Front, sagt den deutschen Genossen: „Den Hitlerfaschismus zerschlagen und den Krieg beenden, das können wir allein. Aber das deutsche Volk für den Aufbau eines neuen demokratischen Lebens gewinnen, das müßt ihr tun.“ Und Gustav Sobottka erläutert die konkreten Aufgaben: „Wir werden uns auf Mecklenburg und Vorpommern aufteilen. Jeder muß die KPD-Genossen sammeln, ihnen erklären, wie sich die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung vollziehen wird, und die sozialdemokra-

tischen Genossen für eine enge Zusammenarbeit gewinnen. Legt gemeinsame Maßnahmen fest, und arbeitet zusammen. Die Einheit der Arbeiterklasse muß geschmiedet werden, aber vergeßt auch nicht die Bündnispartner, sucht sie euch unter der Intelligenz, den Bauern und den Handwerkern.“

Innerhalb weniger Monate gelingt es der KPD-Landesorganisation, wichtige Vorarbeiten für das neue Leben zu leisten: die Arbeitsgemeinschaft von KPD und SPD, der wenig später die Einheit folgt, die einheitliche Gewerkschaft, die Bodenreform, die Schulreform ... Aber schon Ende des Jahres braucht man den Genossen und Kumpel Sobottka anderen Ortes. Zum Aufbau einer Friedenswirtschaft werden Zentralverwaltungen geschaffen, auch eine für Brennstoffindustrie (DZVB). Zu deren Präsident wird er ernannt, zum „Kohlenkönig“, wie ihn seine Mitarbeiter scherzhaft nennen. „Von uns, von den Bergarbeitern, von der Menge Kohle, die das Brot der Industrie ist, hängt das Tempo des Neuaufbaus unserer gesamten Wirtschaft ab, die Verbesserung unserer Ernährung, Kleidung, Wohnung, das Wachstum des Wohlstandes unseres Volkes“, erklärt er auf der 1. Kohlekonferenz der SBZ 1946. Die Kumpel verstehen ihn, fördern in diesem Jahr 108,4 Mio. t Braunkohle und erzeugen 29 Mio. t Briketts, steigern danach von Jahr zu Jahr die Produktion. Marschall Sokolowski, der Chef der SMAD, erläßt daraufhin den Befehl 323, der den Bergleuten höhere Löhne, mehr Wohnungen und Arbeitskleidung bringt, auch bessere Arbeitsbedingungen und Grubensicherheit. Und noch etwas Wichtiges setzt der Leiter der HV Kohle in der Deutschen Wirtschaftskommission durch: Bergarbeiter und ihre Kinder werden bevorzugt an Fach- und Hochschulen aufgenommen.

1948 verringern die Machthaber der Westzonen die Steinkohlelieferungen in die SBZ. Sie wollen die demokratische Entwicklung im Osten stören und aufhalten. So begibt sich im Oktober eine von Gustav Sobottka geleitete Kommission nach Zwickau, um mit den Kumpeln die Lage zu besprechen. Gemeinsam legen sie Maßnahmen fest. Der Kommunist Adolf Hennecke verpflichtet sich, eine Höchstleistungsschicht zu fahren und damit den Bergleuten bei der Steigerung der Produktion voranzugehen. Eine Massenbewegung wird ausgelöst.

Dem Bergbau bleibt Gustav Sobottka in verschiedenen Funktionen bis zu seinem frühen Tod am 6. März 1953 eng verbunden.

**Günter Freyer**

*P. S. Der Autor ist stolz darauf, daß sein Vater 30 und sein Bruder 40 Jahre lang einfache Bergleute in der DDR waren.*

Zur Qualifizierung von Hochschullehrern wurde bereits im Juni 1973 am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig der erste Sonderlehrgang zu Fragen des Atheismus durchgeführt, an dem 50 Lehrkräfte sowie 15 Gäste aus verschiedenen zentralen Institutionen teilnahmen. Die Vorlesungen wurden gehalten von W. P. Agafonow (UdSSR), W. Barth, dem Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, H. Ley, O. Klohr und H. Lutter.

Hinsichtlich des Inhalts der Qualifizierungsveranstaltungen wurde in drei Richtungen differenziert:

1. Dominant war das Prinzip der Gewinnung christlicher Bürger für die sozialistische Entwicklung und folglich die Zusammenarbeit von Christen und Marxisten.
2. Kritik der Religion.
3. Kampf gegen alle Erscheinungsformen des politischen Klerikalismus.

Bezogen auf all diese Maßnahmen meinten einige Leute nach der „Wende“ von einem „staatlich verordneten Atheismus“ sprechen zu müssen, was genauso töricht und nicht minder falsch ist wie die Rede von einem „staatlich verordneten Antifaschismus“; denn es gab – nicht zuletzt auf Grund der fortgeschrittenen Säkularisation und angesichts der Wirkungen des politischen Klerikalismus in der BRD – echte Bedürfnisse, sich das notwendige Wissen auf diesem Gebiet anzueignen.

In den Forschungsgruppen in Warnemünde und Güstrow begann nun eine sehr intensive Arbeit, zunächst jedoch vor allem orientiert auf die Qualifizierung der Mitglieder – fast ausschließlich bestehend aus Aspiranten, Assistenten und Studenten, die in die Forschungsgruppen kamen, weil sie sich für diese Thematik interessierten –, die aber noch über sehr wenig oder gar keine Sachkenntnis hinsichtlich der Forschungsinhalte verfügten.

Zunächst gab es eine intensive Beschäftigung mit der Theologie, ausschließlich kritisch zu Beginn, zunehmend aber differenzierter. Kritisch orientiert war so zunächst das 1. Internationale Güstrower Symposium im Oktober 1976 zum Thema „Analyse und Kritik protestantisch-theologischer und ökumenischer Konzeptionen der Gegenwart unter dem Aspekt ihrer Funktion in der ideologischen Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus“.

Bei allen Veränderungen, die sich auf dem Gebiet des Atheismus, der Lehre und Forschung, der Qualifizierung und Propaganda im kommenden Jahrzehnt vollzogen, wurde der kritische Aspekt stets beibehalten. Aber er richtete sich nicht mehr gegen die „Religion an sich“.

● Schließlich hatte ja auch Karl Marx schon festgestellt, daß die Kritik der Religion für Deutschland beendet sei.

Sie richtete sich jetzt gegen

- den politischen Klerikalismus und klerikalen Antikommunismus,
- die Ausnutzung und den Mißbrauch religiöser Gefühle von Menschen für politische Zwecke,

- den religiösen Fundamentalismus und seine Intoleranz,
- den religiösen Fanatismus, der die menschliche Persönlichkeit deformiert,
- eine christlich drapierte Politik und sich christlich nennende, aber nicht handelnde Politiker,
- die unselige Allianz von Thron und Altar.

Die umfangreichen und tiefgründigen Studien zur Theologie, insbesondere der „linken“, weltoffenen, kapitalismuskritischen bewirkten, daß sich in den Forschungsgruppen nunmehr ein recht intensiver „Lernprozeß“ vollzog, in dessen Ergebnis viele neue Erkenntnisse gewonnen und manches Traditionelle verworfen wurden. Was sich nunmehr

rich Vogel), oder man solle „den Atheismus nicht totschiessen, sondern taufen“ (K. Brockmüller)

Nicht anders erging es uns damit, daß sich manches geradezu umzukehren schien, wenn beispielsweise die sehr gesellschaftskritisch orientierte Theologin D. Sölle davon sprach, daß man „atheistisch an Gott glauben müsse“ und andererseits der tschechische Marxist M. Machovec ein Buch mit dem Titel „Jesus für Atheisten“ herausgab. Der Theologe J. Moltmann schrieb dazu: „Während die Christen, katholische und evangelische Theologen, sich bemühten, die diesseitige Relevanz des christlichen Glaubens in der Kritik an Staat, Gesellschaft und Kultur (der kapitalistischen, H. L.) zu zei-

## Zur Geschichte des Atheismus in der DDR (3)

auf dem Gebiet der Forschung und der Weitergabe der Ergebnisse in den 70er und erst recht in den 80er Jahren vollzog, war mit dem in den 50er Jahren nicht mehr vergleichbar. Impulse dafür gab es in vielfältiger Weise, nicht zuletzt durch Ernst Bloch und dessen Feststellung, daß der Marxismus auch bei der Religion ein Erbe antreten müsse.

Wir „kämpften“ also nicht mehr gegen die Religion, sondern befaßten uns mit Sachanalysen, z. T. auch für Ministerien und das Staatssekretariat für Kirchenfragen, versuchten Theologie und Theologen, insbesondere hinsichtlich dessen, was sie zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen zu sagen hatten, besser zu verstehen. In jenen Jahren sahen wir uns beeindruckt von dem, was die „Genitiv-Theologen“ hervorbrachten und nahmen zu ihnen, wie beispielsweise zu solchen Konstrukten wie der „Theologie der Revolution“, eine sehr kritische Haltung ein.

Beeindruckt auch und teilweise irritiert waren wir davon, was der englische Bischof J. A. T. Robinson in seinem Buch „Gott ist anders“ oder der amerikanische Theologe H. Cox in seinem Buch „Das Fest der Narren“ geschrieben hatten. Das paßte alles ganz einfach nicht mehr in das bislang von uns zur Kenntnis genommene Klischee konservativer Theologie. Mit einigem Erstaunen nahmen wir auch zur Kenntnis, was christliche Theologen über den Atheismus, speziell den marxistischen, sagten und schrieben. War uns die militante Forderung eines Otto Dibelius, man müsse den Atheismus „auf Leben und Tod bekämpfen“ noch „verständlich“, so hatten wir jedoch einige Verstehensschwierigkeiten bei Aussagen, wie, man müsse „den Atheismus totlieben“ (Hein-

gen, revidierten die Marxisten die altbekannte marxistische Religionskritik und fragten nach einer neuen Offenheit des Menschen für Transzendenz, die nicht entfremdet. Man hatte erwartet, daß sich die Theologen um die Transzendenz, ihre Erfahrung und ihren begrifflichen Ausdruck kümmern, die Marxisten aber die Verantwortung für die revolutionäre Veränderung des Diesseits vertreten würden. Doch hatte es oft den Anschein, als wäre es genau umgekehrt.“ Diese Wertung leitete Moltmann allerdings nur aus dem ab, was tschechische Marxisten (Machovec, Gardavsky, Kadlecova) in der Zeit des „Prager Frühlings“ gesagt und geschrieben hatten.

Mit all diesen Problemen setzten wir uns auseinander, fragend, zweifelnd, kritisch – versuchten zu verstehen. Die Beschäftigung mit Theologie war und ist für Marxisten natürlich recht kompliziert. Uns halfen dabei Diskussionen mit Theologen, von denen einer aber auch mal sagte, daß wir uns als Atheisten zwar rational mit Theologie befassen könnten, letztlich jedoch nicht in der Lage wären, das Christliche in ihrem Wesen zu erfassen, da uns dafür die *Conditio sine qua non*, der Glaube, fehle, während jedoch umgekehrt ein Christ durchaus in der Lage sei, atheistisches Denken nachzuvollziehen.

Wir wiesen den letzten Teil der Aussage zurück, denn sie reduzierte marxistische Atheisten auf Rationalisten, deren Gedankengängen man ohne weiteres folgen könne. Sie läßt außer acht, daß Marxisten ja wohl auch Menschen sind, mit Emotionen, Wachträumen und Visionen, deren Beziehungen zur Welt doch so ganz anders sind, als die des gläubigen Menschen.

**Prof. Dr. Hans Lutter**

# Ein Schulamtsanwärter von 1946

## erinnert sich

Die Kriegsgefangenschaft war vorbei. Wir wurden mit einem LKW der Amerikaner in Leipzig ausgeladen. Ich hatte die Lehrerbildungsanstalt in der Nazizeit besucht. Im Juni 1945 ging ich ins Neue Rathaus und erkundigte mich über die Volksbildung. Der ältere Herr sagte mir, daß ich erst das Studium beenden müßte. Die nächste Stelle, bei der ich nachfragte, war in Zeitz (Thüringen). Der Schulrat zeigte sich mit meinem Alter und meinem bisherigen Bildungsweg nicht zufrieden. Am 1. 7. 1945 zogen die Amerikaner aus Leipzig ab, und die Sowjetarmee rückte ein. Gleichzeitig erfolgte mein Umzug nach Auligk. In diesem kleinen Ort verkörperten die „Besatzungsmacht“ ein Sergeant, der Lehrer war und gut Deutsch sprach, und ein junger Soldat. Mit ihnen trafen wir uns am Abend an der Kirchhofmauer mitten im Dorf. Unsere Freundschaft begann sich zu entwickeln. Der Rotarmist fragte nach vielem. Ich sagte ihm, daß ich auch Lehrer werden wollte. Beide rieten uns, den Saal zum Tanzen aufzuräumen, besorgten ein altes Grammophon und deutsche Platten. Bald bildeten wir eine Antifagruppe. Nach Gründung der SED trat ich in diese ein, weil ich die letzten Kriegstage den Faschismus so richtig kennengelernt hatte. Außerdem erzählte mir meine damalige Freundin einiges von ihrem Chef, der im KZ gewesen war und nun als Leiter bei der Kriminalpolizei arbeitete. Der Sergeant empfahl mir, vorerst noch in der Landwirtschaft zu bleiben und erst danach in Borna vorzusprechen. Unterdessen wurde die „Verordnung zur Säuberung der Schulen und zum Schulbeginn“ veröffentlicht. Nach einem Jahr fuhr ich in die Kreisstadt. Ich meldete mich höflich an und wartete. Der Schulrat war ein Antifaschist und hörte mich an. Der ausschlaggebende Faktor war, daß ich ein Jahr auf dem Lande tätig gewesen war. Nach einer Woche sollte ich zur Prüfung kommen. Ich wurde in Deutsch (Aufsatz), Rechtschreibung und Mathematik geprüft. Die Aufgaben waren nicht schwer, aber ungewohnt. Nach sieben Tagen bekam ich Bescheid, ich sei angenommen. Im Schreiben an meine künftige Schule hieß es: „An die kommissarische Leitung der Grundschule. ... mit der Bitte um Kenntnisnahme. Sie wollen umstehende Lehrkraft in ihr Amt einweisen und mir den Tag des Dienstantritts mit Angabe der Stundenzahl sofort anzeigen. Röder, Kreisschulrat.“ Im Oktober 1946 wurde ich als „Schulamtsanwärter“ in Hohendorf, Kreis Borna, eingestellt. Es gehörten fünf Ortschaften dazu. Die Bänke reichten von der Wandtafel bis ganz nach hinten. Angefangen habe ich in der 5./6. Klasse. Die Unterrichtsvorbereitungen fielen mir anfangs sehr schwer. Wenn ich an die Verantwortung zurückdenke, die ich als 18jähriger schon trug, war das allerhand. Eine Erinnerung der ehemaligen Schülerin R. Kröber: „Nach Ausgang des II. Weltkrieges began-

nen wir im Herbst 1945 als Neulinge in der Hohendorfer Schule. Eine Zuckertüte gab es nicht, und wer zu Hause eine bekam, freute sich damals über Äpfel und Sirupplätzchen riesig. Der Beginn war nicht leicht, da es an allem mangelte. Die Klassenräume wurden zusätzlich im Gasthof Hohendorf und im Gasthof Oellschütz eingerichtet. Neulehrer befanden sich in der Ausbildung. Da es wenig zu essen gab, wurden die Bauern angesprochen, den Neulehrern ein warmes Essen zu geben ... Ab der 5. Klasse hatten wir auch Russischunterricht. Die Sprachlehrer, die oft wechselten, hatten ihre Sorgen mit uns. Das 6. Schuljahr absolvierten wir im Gasthof Oellschütz. Ich hatte einen schlechten Platz, gerade an der Theke. ... Anfang Juli 1953 erhielten wir in feierlicher Form unsere Abschluszeugnisse. Das eigentliche Ende der Schulzeit war die Radtour durch Thüringen mit Herrn Spyra.“ Die Abschlußfahrt muß ich ergänzen. Mit der achten Klasse legten wir 300 km, mit Rucksäcken und Kochtopf bewaffnet, zurück. Tagelang hatte ich alle Fahrräder durchgesehen und die Etappenziele festgelegt. Wir mußten die Quartiere und die Abteilung Handel und Versorgung anschreiben, weil es Lebensmittelkarten gab. Wir sahen uns u. a. die Goethe-Stätten auf der Dornburg und den Betrieb „Jenapharm“ an. Die Kinder in der Schule waren insgesamt in Ordnung. Natürlich gab es einige, die durch die Umstände der Zeit seltsame Wege gingen. Auch in der Schule versuchte ein Schüler es mit kleinen Tricks. Alle erhielten von der Sowjetischen Militäradministration täglich ein Brötchen. Am Ende stand ein Mädchen vor mir und sagte, daß sie noch keins bekommen hätte. Ich fragte, ob einer unabsichtlich zwei genommen hätte. Ich sah mir den in Betracht kommenden Jungen genauer

an und entdeckte in der eng anliegenden Hose etwas Dickes. Ich bat ihn, die Tasche zu leeren. Er lehnte es ab. Da griff ich zu und zog das Brötchen heraus.

Damals hatte ich mehrere Funktionen gleichzeitig. Ich war im FDGB, Kulturleiter der Nationalen Front, im Friedenskomitee, Vorsitzender des Kontrollausschusses, Gemeindevertreter, Ortsparteileitungsmitglied und FDJ-Instrukteur für mehrere Dörfer. Die Aktivitäten in der Schule sind hier nicht mit aufgezählt.

1948 heiratete ich. Nachdem wir ein Jahr auf eine Wohnung gewartet hatten, bekam ich in Schleenhain ein Quartier und 250 qm unentgeltliches Land. Es war eine schöne, aber auch anstrengende Zeit.

1956 hatten wir unser erstes Klassentreffen. Wir vereinbarten, daß jedes fünfte Jahr das nächste stattfinden sollte. Inzwischen ist der Abstand auf drei Jahre verkürzt worden. Nach dem Anschluß der DDR kommen die Frauen und Männer aus allen Teilen der früheren DDR, der alten BRD und aus verschiedenen Ländern zusammen.

Von 46 Schülern der Jahrgänge 1937 bis 1939 sind bereits 15 gestorben.

Einer, der inzwischen Professor ist, schrieb unter anderem: „Vielleicht weiß man als Lehrer gar nicht, wie sehr man das Leben von Schülern mit prägen kann. Ich kann Ihnen nur sagen, lieber Herr Spyra, daß mein Leben als Kind ohne Sie wesentlich ärmer gewesen wäre. Ich blicke nicht auf eine besonnte Jugend zurück, sondern erinnere mich an sehr viel Einsamkeit, sehr viel Angst, sehr viel Unruhe. Sie haben da für so manchen Lichtblick gesorgt. Genug der Geständnisse, mir ist's aber wichtig, daß Sie es wissen.“

Ja, das ist so, ob es die Klassentreffen, die Zeichnungen, die verschiedenen Schriftstücke oder einzelne Briefe sind. Sie alle belegen die uralte Weisheit: „Die goldenen Kugeln rollen dem Pädagogen hinterher.“

Dr. Hans Spyra



# Ackermann-Biographie: Bedenkenswertes und Bedenkliches

Mehrere Rezensenten haben die im Verlag Das Neue Berlin von Frank Schumann herausgegebene Biographie des KPD- und SED-Politikers Anton Ackermann, der in der Emigration und in der frühen Periode der DDR-Geschichte eine prominente Rolle spielte, kräftig gelobt. Man hört, die Publikation erfreue sich regen Interesses und beachtlicher Zustimmung. Dennoch kann ich mich der Laudatio so kaum anschließen. Nicht jeder muß ja automatisch in jeden Chor einfallen, sollte es ihn tatsächlich geben. Gewiß, Schumann ist ein durchweg spannendes Buch, gewissermaßen ein Politthriller ersten Ranges gelungen, der den an der Sache Interessierten sofort gefangenimmt. Aber trotz seines Anspruchs auf Seriosität hat der hier besprochene Titel streckenweise den fatalen Beigeschmack sogenannter Enthüllungsliteratur. Dabei handelt es sich bekanntlich um ein Genre, mit dessen Hilfe vermeintliche „Leichen“ aus den Kellern von KPD und SED geholt werden sollen. Und das geschieht in unserem Falle mit Akribie: Beulenpieken vom Feinsten.

Am Beispiel Ackermann soll nach der Art gewisser „SED-Aufarbeiter“ und „linker“ Historiker dem Publikum vorgeführt werden, wie ein durch die Kominternschule erzogener „Parteisoldat“ an den von Kabbalen, Intrigen und Machtkämpfen geprägten Widersprüchen der DDR und der SED zerbrochen ist. Wer nicht schon vor der Lektüre ein überzeugter Kommunist war, wird es durch sie sicher nicht.

Ohne Zweifel ist das vorliegende Werk nicht schlecht recherchiert und insofern informativ. Es leidet allerdings unter der ermüdenden Monotonie gleichartiger Fotos und dem durchgängigen Verzicht auf ein Minimum ordentlicher Fehlerkorrektur. Doch politisch wäre das Buch wohl besser bei Dietz oder Christoph Links aufgehoben.

Damit soll nicht Ackermanns ausgefeilte Auffassung vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ – das Konzept hat er trotz aller ihn einbindenden Parteibeschlüsse im wesentlichen durchaus eigenständig entwickelt und vertreten – attackiert werden, sondern die Kommentierung des Herausgebers. Bei seinen Wertungen

Ackermannscher Überlegungen läßt sich Schumann nach Sicht dieses Rezensenten nicht gerade von marxistischen Maßstäben leiten. Der SED-Politiker habe – im Unterschied zum „tradierten“ russischen Revolutionsvorbild – „den sanften, demokratischen und langfristigen Übergang zum Sozialismus gewollt“, heißt es bei ihm. Die häufig sensationalistische und zum politischen Zynismus neigende Sprache des Begleittextes (er wendet sich z. B. gegen „linientreue“ Genossen) erinnert auffällig an ideologische Begriffsprägungen aus Vorstandsetagen der PDS.

Besonders erstaunlich: Als Zeuge wird der berüchtigte Renegat Wolfgang Leonhard gleich mehrfach aufgerufen.

Es geht dem Herausgeber offenbar nicht so sehr um die Verteidigung des Rechts kommunistischer Parteien und sozialistischer Staaten auf Respektierung ihrer spezifischen Situation – nein, hier klingt bisweilen unverhohlener Nationalismus an („Sie sind deutsche Kommunisten. Sie denken national“, liest man.) Die Befreierrolle der UdSSR und ihrer Roten Armee gerät fast völlig aus dem Blickfeld. Ständig wird eine scharfe Abgrenzung von der Sowjetunion und der KPdSU vollzogen, weshalb man Ackermann auch als „Patrioten“ ausweist. Walter Ulbricht erscheint

beinahe als Randfigur. Auch Franz Dählem kommt schlecht weg, obwohl ihm viel Platz eingeräumt wird. Der DDR billigt man – in Anlehnung an Brie – immerhin einen „emanzipatorischen Impuls“ zu.

Bei Ackermanns eigenen Äußerungen schimmern ein beachtliches Maß an Selbstbespiegelung und eine gewisse Wehleidigkeit angesichts der erlittenen Zurücksetzung durch. Trotz vordergründig zelebrierter Bescheidenheit erscheint der Protagonist bisweilen eitel und ambitiös.

Dennoch: Anton Ackermann, zu dessen 100. Geburtstag das hier besprochene Buch erschienen ist, war trotz solcher Schwächen zweifellos ein bemerkenswerter und talentierter Politiker mit bleibenden Verdiensten um die deutsche und internationale kommunistische Bewegung, in der er zeitweilig herausragende Funktionen bekleidete. Sein Leben, Denken und Handeln einem größeren Leserkreis vorzustellen, ist durchaus von Vorteil.

**Klaus Steiniger**

*Anton Ackermann. Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten. Das Neue Berlin 2005, 288 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-360-01266-6*

## Nie zurückgewichen

Der Scheunen-Verlag hat im vergangenen Jahr ein Büchlein mit kleinen Episoden über den sozialistischen Alltag in der DDR – aufgeschrieben von Rosi und Wolfgang Nicolas – herausgebracht. Beide Autoren – heute Rentner – haben bewußt am Aufbau der neuen Gesellschaft teilgenommen. Sie fühlen sich verpflichtet, das Erlebte festzuhalten und so dafür zu sorgen, daß nicht alles der Vergessenheit anheimfällt. Dabei geht es beiden nicht um unanfechtbare Wissenschaftlichkeit, sondern um ihre ganz persönliche Sicht auf 40 Jahre schöpferischen Lebens. Unter dem Titel „Und weiche keinen Cico breit!“ (gemeint ist der Schriftgrad Cicero) wollen sie ihre erzählenswerten Erfahrungen jenen vermitteln, „die nicht das Glück hatten, in der DDR gelebt zu haben“.

Der Lesestoff berührt. Einmal mehr wird deutlich, wie sehr das Private mit der „großen Politik“ verbunden ist. Diese hat ihre Spuren hinterlassen – an Wolfgang's Weg mit jeder der 36 Geschichten belegt – sowohl im negativen wie im positiven Sinne. In seinen Erinnerungen ist alles gespeichert: seine durch das Nazi-Deutschland geprägte traumatische Kindheit, in der die eigene Familie keinen Halt bieten konnte, unauslöschbare furchtbare Erlebnisse in den Kriegsjahren, aber auch

die Jahre des Neubeginns. Grundlegend andere, den Menschen zugewandte Lebensbedingungen ermöglichten Wolfgang, der von Jugend an als schwerbehindert galt, die Entwicklung zu einer selbstbewußten Persönlichkeit: Erwachsenenqualifizierung, Tätigkeit als Transport-Facharbeiter, Leiter für Lagerwirtschaft und Inspektor für Arbeits- und Brandschutz waren einige dieser Stationen. Sein Leben bekam einen Sinn. Er fand seinen Platz im Beruf, in der Familie, in der Gesellschaft. Es ist also ganz folgerichtig, daß Wolfgang vor allem eins wurde: ein Kämpfer für den Sozialismus. Das ist er geblieben, und er wird es sein, solange seine Kräfte reichen. Zu keiner Zeit haben Wolfgang und seine Frau Rosi daran gedacht aufzugeben. Auch nicht, als 1989/90 für viele die Zeit des Rückzugs und der Resignation kam. Das Büchlein erzählt auch von ihrer beider Mut, dem nach der Konterrevolution einsetzenden Verfall zwischenmenschlicher Beziehungen mit eigenen Aktivitäten entgegenzutreten. Die kleinen Geschichten von Rosi und Wolfgang Nicolas halten nicht nur fest, was in ihrem Leben wichtig war, sie geben vor allem Auskunft über ihren Standpunkt: „Und weiche keinen Cico breit!“ (gemeint wird der Schriftgrad Cicero) ist Bekenntnis und Maxime zweier Kinder des Sozialismus. **Bruni Steiniger**

**O**hne Diskussionen, Dispute und Meinungsstreit ist keine Bewegung, auch keine Arbeiterbewegung möglich.

**Lenin (1913), Werke 19/487**

# Washington entwickelt Pläne für eine Roboter-Armee

Das USA-Militärbudget für 2006 wächst ständig, und das Ausmaß dieses Wahnsinns kennt keine Grenzen. Ein Beispiel ist das Pentagon-Projekt für eine „unbesiegbare Roboter-Armee“. Milliarden Dollar sollen in die Schaffung einer vollautomatischen Formation investiert werden, die den unauffälligen Titel „Kampfsystem der Zukunft“ trägt. Es handelt sich um den fettesten militärischen Kontrakt in Amerikas Geschichte. Das Ziel ist die Welteroberung. Wie es General Gordon Johnson vom Oberkommando der US-Streitkräfte zusammenfaßt: „Laßt euch daran erinnern, daß diese Roboter niemals hungrig werden. Sie haben keine Angst. Sie vergessen ihre Befehle nicht. Es kümmert sie nicht, wenn ihr Nachbar eben niedergeschossen wurde. Sie sind viel billiger. Und sie leisten bessere Arbeit als Menschen.“ Dieser Markschreier imperialistischer Warenangebote erinnert uns daran, daß die Roboter, angetrieben von Nanotechnologie (der Wissenschaft kleinster Strukturen), sich wie Menschen fortbewegen können oder wie Kolibris, wie Traktoren oder Panzer, wie Heimchen oder Zikaden.

Die Kosten dieser neuen Waffenart werden das Budget des Verteidigungsministeriums im Jahr 2010 auf 530 Milliarden Dollar bringen. Das militärische Debakel der amerikanischen Expeditionstruppen und die Anzahl ihrer Satrapen in Irak zehren an den vom Fieber erfaßten finanziellen und produktiven Reserven des Imperialismus: Massive Schuldenlasten, zuviel Geld jagt hinter den wenigen einträglichen Investitionsprojekten her, Überproduktion und ungenutzte Kapazitäten – es ist eine unabänderliche, fortlaufende, dem System innewohnende Krise, die nicht mehr wegargumentiert werden kann mit Hilfe frömmelnder und lügenhafter Versicherungen.

Die imperialistische Wirtschaft segelt auf einem stürmischen Ozean der Schulden

und hält sich parasitär mit Hilfe ausländischer Anleihen am Leben. Sie wird vor allem von asiatischen Zentralbanken finanziert. Ende März 2005 betrug die Inlandsverschuldung der Vereinigten Staaten 7,7 Billionen Dollar – etwas über 66 % des Bruttonationalprodukts. Eine einzige Zahl illustriert die nahende Katastrophe: das Handelsbilanzdefizit. Die Einfuhrkosten liegen um 66 % über den Exporterlösen. In den 35 Jahren zwischen 1970 und 2005 schrumpften Industriejobs von 33 % auf weniger als 14 % zusammen. Ebensovienig kann die laufende Manipulation des Dollarwechsellkurses das Defizit überbrücken. Wie wir wiederholt feststellten, sind die USA heute wohl kaum als führende Wirtschaftsmacht einzustufen, befinden sie sich doch auf dem Weg zum Staatsbankrott.

Der Klassenkampf kann nicht als überlebter Industrie-Abfall abgetan werden. Im Laufe der letzten drei Jahre wuchsen die Löhne zehnmal langsamer als die Profite. Diese wurden hochgetrieben mit Hilfe solcher klassischer Methoden wie der Verlängerung des Arbeitstages ohne entsprechende Entlohnung, der Rationalisierung des Arbeitsprozesses usw. Es ist die alte Methode: mehr Leistung für weniger Lohn.

Wie die „New York Times“ vom 10. Juni 2005 schrieb, gehören wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit der Vergangenheit an. Es braucht nicht viel, so etwa Krankheit oder Entlassung, um eine Familie aus der „Mittelklasse“ in echte Armut zu stürzen. Unterdessen werden die Reichen reicher – das oberste Prozent aller Amerikaner sah sein Einkommen

verdoppelt, die höchsten 0,1 % sogar verdreifacht.

Eines Tages werden Historiker die koloniale Aggression gegen Irak als den Anfang des Zusammenbruchs der mega-terroristischen Weltmacht erkennen. Entsprechend der Hegelschen Philosophie der Geschichte sind die Ergebnisse menschlichen Handelns oft sehr verschieden von dem, was beabsichtigt wurde. So war es mit Hitlers Angriff auf die Sowjetunion; so ist es heute, sagt der ägyptische Schriftsteller Hosni El Shazli, um das Wunder des arabischen Widerstandes in Irak bestellt.

Das Ringen um die nationale Befreiung Iraks bedeutet, daß das Imperium nicht mehr imstande ist, dem Ansturm des Neuen zu widerstehen, im Nahen Osten und auch anderswo. Dank der festgefahrenen Situation in Irak bleiben die Angriffspläne gegen Kuba und Venezuela vorerst in den Schubladen des Pentagons. Die traditionelle Methode einer Zweiten Front kann nicht angewendet werden. Die irakischen Widerstandskämpfer haben sogar zur einstweiligen Neutralisierung anderer Invasionsprojekte, so der beabsichtigten Vernichtung Irans und Nordkoreas, beigetragen. Nicht weniger entscheidend ist, daß der militärische Zusammenbruch in Irak die Pläne zur Schaffung eines Groß-Israel gestoppt hat. Für die Mehrheit der Menschen ist das eine positive Entwicklung. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, sind die Erfolge der irakischen Patrioten keineswegs zu unterschätzen.

**Frederic F. Clairmont**

*Übersetzt und bearbeitet von Dr. Vera Butler, Melbourne*

Am **11. Februar** um **10.00 Uhr** präsentiert **Prof. Dr. Christa Luft** auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Strausberg** in der Gerhart-Hauptmann-Straße 6 ihr Buch

## Wende land

Unterstützer der Zusammenkunft sind der Stadtverband der **Linkspartei.PDS**, die **DKP-Gruppe Strausberg** und die örtliche **TAG der GRH**.



Also, jetzt müssen wir nur noch rauskriegen, wo die Widerstandskämpfer stecken.“ „Pst, die können uns hören.“ Aus „Proletären, Göteborg

**D**olores Ibarruri war eine spanische Arbeiterführerin und Mitbegründerin der kommunistischen Partei (PCE). Sie nahm führend am Freiheitskampf (1936 bis 39) teil. Sie war Vizepräsidentin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) und erhielt den Lenin-Friedenspreis sowie den Leninorden. Sie wurde am 9. Dezember 1895 in Abanto y Ciervana geboren. Standesamtlich erhielt sie den Namen Isidora, im Taufregister hieß sie Dolores, das war auch der Name,



**Die Pasionaria auf einer Manifestation im beleagerten Madrid 1936**

den sie ständig benutzte. Sie war Nichte, Tochter und Ehefrau von Bergleuten und gehörte der Welt der Proletarier in jeder Beziehung an. Von großer Statur, behielt sie lebenslang den Ruf, ein „von 1000 Dämonen besessenes Wesen“ zu sein. Sie verfügte über ein Temperament, das sie stets alles durchsetzen ließ, was sie für richtig hielt. Diese Eigenschaften und ihren Charakter hatte sie von der Mutter geerbt. Sie selbst behauptete: „Schon als Mädchen war ich sehr rebellisch, gegen Ungerechtigkeiten reagierte ich heftig. Wenn mich meine Mutter mal grundlos bestrafte, konnte ich fuchsteufelswild werden.“ Auch erbte sie von dieser die Abneigung gegen bestimmte soziale Bräuche wie z. B. das Tragen von Trauerkleidung. Diese hätte Dolores ständig anlegen müssen, zuerst wegen ihrer Verwandten und dann der eigenen Kinder wegen. Sie hatte sechs, aber nur Amaya überlebte die Mutter.

Sie erlernte den Beruf einer Schneiderin und war sehr von Literatur angetan. Aufgrund ihrer Erfahrungen und im Hinblick darauf, was im Land „passierte“, schrieb sich Dolores bei der Kommunistischen Partei ein. 1916 heiratete sie den Kommunisten Julian Ruiz. Nach ihrer Eheschließung – nun politisch orientiert – legte sie sich das Pseudonym „La Pasio-

naría“ zu und schrieb ihren ersten Artikel im „Minero Vasco“. So begann sie ihre gesellschaftlichen Aktivitäten. Fortan mobilisierte sie die Arbeiter, nahm an Manifestationen teil und wurde 1930 in das Zentralkomitee der Partei gewählt.

Die PCE schickte sie als Delegierte zu ihrem 3. Kongreß. Etwa in dieser Zeit trennte sie sich von Julian und zog nach Madrid, wo sie Redakteurin der PCE-Zeitung „Mundo Obrero“ (Arbeiterwelt) wurde. 1932 stellte man sie auf den Posten der Leiterin der Frauenkommission der Partei.

Wegen ihrer aufrüttelnden Reden und ihrer kämpferischen Aktionen wurde sie mehrere Male verhaftet und von den Behörden verfolgt. Bald gehörte sie als Abgeordnete der Kommunistischen Partei aus Asturien dem spanischen Parlament an. Zu jener Zeit reiste sie nach Moskau, wo sie mit Stalin zusammentraf. 1934 stand sie dem 1. Kongreß der Frauenkommissionen vor und nahm dann am Weltkongreß der Frauen in Paris teil. Während des Bürgerkrieges waren ihre Aktivitäten umfassend, sie sprach zum Volk, schrieb Reden, veröffentlichte sie. Sie begab sich an die Front. Dort formulierte sie den berühmten Satz: „Lieber stehend sterben als auf Knien leben!“

1937 wurde sie zur Vizepräsidentin der Cortes (Abgeordnetenhaus) gewählt. Nach der Niederlage der Republik unterstützte sie die Übersiedlung von zahllosen Spaniern in die Sowjetunion.

## „Lieber stehend sterben als auf Knien leben!“

Sie selbst emigrierte auch dorthin. 1942 wurde sie zur Generalsekretärin der PCE gewählt. Sie lernte russisch und traf mit vielen kommunistischen Führern der Welt zusammen. Besonders schmerzlich traf sie der Tod ihres Sohnes Ruben Ruiz, der als Offizier der Roten Armee an der Stalingrader Front fiel.

Nach dem Sieg über den deutschen und italienischen Faschismus organisierte sie den Widerstand gegen das faschistische Franco-Regime in ihrem Land. Auf dem VI. Kongreß der PCE wurde sie deren Vorsitzende. Die Universität Moskau verlieh ihr die Ehrendoktorwürde. Ein Jahr nach dem Tod Francos kehrte Dolores Ibarruri nach Spanien zurück. Zu der Zeit war sie bereits 80 Jahre alt. 38 Jahre ihres Lebens hatte sie im Exil zubringen müssen.

1977 begab sie sich wieder in das heimliche Asturien, von wo sie erneut als Abgeordnete in die Cortes entsandt wurde. Im hohen Alter nahm sie an Manifestationen teil, die die Mütter auf der Plaza del Mayo im argentinischen Buenos Aires organisiert hatten. 1989 starb sie 94jährig in ihrer Geburtsstadt.

An die große Frauengestalt erinnern namhafte Lyriker wie Rafael Alberti und Antonio Machado y Ruiz sowie der Schriftsteller Miguel Hernandez. Außerdem zeugen die vielfältigen Veröffentlichungen wie „Mir fehlte Spanien“ (1984) und „Pasionaria, der Kampf und das Leben“ (1985) sowie „Erinnerungen von Dolores Ibarruri zwischen 1936 und 1977“ von dem, was ihr Kampf war: aufopferungsvoller Einsatz für die sozialistischen Ideale.

**Zusammengestellt von Hans-Dieter Hesse**

## Kubanische Ärzte in Pakistans Erdbebengebiet

**N**ach dem schweren Erdbeben, das am 8. Oktober vor allem Pakistans Kaschmirregion heimsuchte, hat Kuba sofort 200 Ärzte der Brigade „Henry Reeve“ in das Unglücksgebiet entsandt. Die Einheit war ursprünglich nach dem Hurrican „Katrina“ zusammengestellt worden, um den Vereinigten Staaten bei der Überwindung der Folgen der Naturkatastrophe Hilfe zu erweisen. USA-Präsident Bush hatte das Angebot Fidel Castros jedoch zurückgewiesen.

Mitte November schickte Kuba weitere 200 Ärzte nach Pakistan. Mitte Dezember befanden sich insgesamt 789 Kubaner in der betroffenen Region. Bei den eingesetzten Personen handelte es sich durchweg um Spezialisten für Rettungsaktionen. Die kubanischen Mediziner leben mitten unter der pakistanischen Bevölkerung.

44 % von ihnen sind – nicht zuletzt aus Gründen, die mit dem Respekt vor den religiösen Gepflogenheiten der Bevölkerung zusammenhängen – Frauen. Der Brigade gehören außer den Ärzten 80 Ingenieure und Techniker an, die insgesamt 30 voll ausgerüstete Feldhospitäler errichtet haben. Dort können chirurgische Operationen, Röntgenaufnahmen und Laboranalysen an Ort und Stelle vorgenommen werden.

Anfang Dezember erklärte die Leiterin des UNICEF-Projekts für Pakistan, Indiana Gonzalez Mairena, die Kubaner leisteten „eine wertvolle humanitäre Hilfe, wie wir sie von anderen Ländern nicht erwarten könnten, die wesentlich mehr Mittel zur Verfügung haben. Aber das ist eine Frage des politischen Willens.“

**R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**



# Ein bulgarischer Interbrigadist berichtet vom Bürgerkrieg in Spanien

Wasil Ignatow Iwanow (1909–1997), Mitglied der BKP seit 1929, war einer von 380 bulgarischen Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg.

Bekanntlich begann am 18. 7. 1936 der Bürgerkrieg in Spanien. General Franco putschte mit Unterstützung der deutschen und italienischen Faschisten gegen die Spanische Republik. Die „Verbündeten“ – die englischen und französischen „Demokraten“ – sahen gelassen zu, wie das iberische Land mit Blut und Terror überzogen wurde. Zu Hilfe kamen ihm Kommunisten aus aller Welt. Der Appell war vom Generalsekretär der Komintern Georgi Dimitroff und Führern der PCE ausgegangen. Auch viele deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, bekannte und unbekannte Antifaschisten, waren in diesem Kampf aktiv. Die Namen von Heinrich Rau, Arthur Becker, Hans Beimler und Ernst Busch sind auch heute noch vielen ein Begriff.

Genosse Iwanow ist, um der Spanischen Republik zu helfen, unterstützt vom ZK seiner Partei und mit gefälschten Papieren (angeblich war er zu einer Ausstellung nach Florenz unterwegs) auf abenteuerlichen Wegen über Jugoslawien, Italien und die Schweiz nach Paris gekommen. Illegal schleusten französische Kommunisten ihn und andere Genossen über die Pyrenäen nach Spanien.

„Über die Grenze sind wir zu Fuß, mit Socken über die Schuhe gestülpt, geschlichen, um keinen Lärm zu verursachen. Wir mußten uns vor der französischen Gendarmerie und der spanischen Guardia Civil verstecken. Dann zogen wir heimlich durch Katalonien, das von Anarchisten kontrolliert wurde, bis wir nach Valencia, dem freien Spanien, kamen.“

Hier wurden die Ankömmlinge nach einer militärischen Grundausbildung in die Interbrigaden eingewiesen. Die bulgarischen Genossen erhielten sowjetische Handfeuerwaffen und wurden der Brigade „Georgi Dimitroff“ zugeteilt. Sie gehörte zum serbischen Bataillon „Djakowitsch“.

Die Frage, wofür er in Spanien gekämpft habe, beantwortet W. I.: „Für die Ideale der Kommunistischen Partei und des Marxismus! Daß alle Hungernden und in Lumpen Gekleideten ein würdiges Leben führen.“ Oder, um die Schrift am Denkmal für die gefallenen Interbrigadisten am Rio Jarama zu zitieren: „... für die Freiheit Spaniens, Europas und der Welt!“

„Ich habe an den Kämpfen am Ebro teilgenommen, die vier Monate dauerten und die schwersten im ganzen Krieg waren. Es gab viele Opfer und Verwundete – auch ich wurde am linken Arm verletzt und mußte operiert werden. Es ist schwer zu glauben, daß selbst im Hospital Schergen der ‚Fünften Kolonne‘ aktiv waren. Viele Genossen bekamen Infektionen, starben, ohne ernstlich verwundet zu sein.“

„Im Oktober 1938 wurden auf Beschluß des Londoner Komitees über Nichteinmischung die Interbrigaden demobilisiert. An den Beschluß hat sich lediglich die Republik gehalten. Die Franco-Faschisten bekamen nach wie vor umfangreiche Hilfe von ihren deutschen und italienischen Gesinnungsgenossen. Das waren bis zu 100000 Soldaten!

Anfang 1939 wurde die Lage der Republik kritisch. Viele Interbrigadisten waren schon wieder in ihrer Heimat. Uns hat die bulgarische Zarenregierung die Staatsbürgerschaft aberkannt. Wir befanden uns noch in Spanien, als das geschah. Außerdem waren dort Serben, Rumänen, Tschechen, Ungarn, Italiener, Deutsche, Polen, Griechen und andere. Die Regierung der Republik hat die Interbrigadisten wieder zum Einsatz aufgerufen. Wir Bulgaren erklärten uns sofort bereit. Leider konnten wir nicht rechtzeitig nach Barcelona gelangen – es ist gefallen. In 24 Tagen schwerster Kämpfe gingen wir zurück zur französischen Grenze. 500 000 Zivilisten, Angehörige der republikanischen Armee, waren auf der Flucht – wir haben ihren Rückzug gedeckt und dafür gekämpft, daß sie heil nach Frankreich kamen. Die Franco-Faschisten ermordeten jeden Angehörigen von Republikanern, jeden Interbrigadisten, der ihnen in die Hände fiel.“

Auf die Frage, wer ihn am meisten beeindruckt habe, sagte W. I.: „Dolores Ibarruri, die Pasionaria, die Flammende. Ich habe sie nur einmal gesehen. Sie war eine begeisternde Führerin und Rednerin, wurde von den Spaniern und Interbrigadisten gleichermaßen geliebt. Ich werde nie ihre Worte bei der Verabschiedung der Interbrigadisten 1938 vergessen: ‚Banner Spaniens! Grüßt diese Helden!‘ Einer meiner Töchter habe ich den Namen Pasionaria gegeben.“

Den Grund für die Niederlage der Spanischen Republik sieht Genosse Iwanow primär in der Intervention der Faschisten. Erst haben England und Frankreich Hitler erlaubt, die Republik zu zerschlagen; anschließend hat er sie selbst angegriffen. „Außerdem gab es unter den Republikanern keine Einigkeit. Am größten war die Kluft zwischen Kommunisten und Anarchisten. Auch die Disziplin in der republikanischen Armee ließ viel zu wünschen übrig ...“

Mit etlichen Interbrigadisten wurde Genosse I. in Frankreich interniert und in ein Lager gesteckt. Es gelang ihm zu fliehen. Nach abenteuerlicher Wanderung durch Europa kehrte er 1941 nach Bulgarien zurück. Allerdings verhaftete ihn schon an der Grenze die dortige Polizei. Doch er hatte Glück: Auch aus den bulgarischen Gefängnissen konnte er mit Hilfe von Genossen entweichen. Als

Teil einer Gruppe von 40 Kommunisten begrüßte er am 9. September 1944 die sowjetischen Befreier.

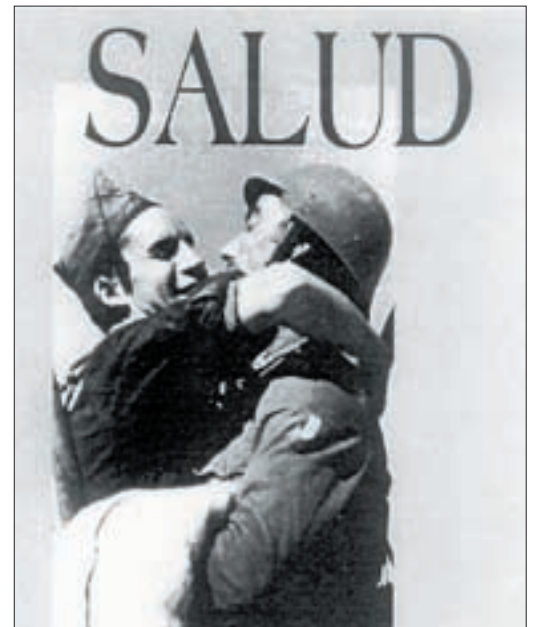
Zum Schicksal von anderen bulgarischen Interbrigadisten sagte er: „Viele wurden von den deutschen Faschisten in Konzentrationslagern umgebracht. Mehrere konnten sich dem Befreiungskampf in den von Nazis besetzten Ländern Europas anschließen und kämpften heldenhaft.“

Typisch ist das Schicksal des bulgarischen Interbrigadisten Todor Angelow Boshanow, der sich in unserer Gruppe von 5 bis 6 Genossen nach Frankreich durchgeschlagen hatte. Von dort ging er nach Belgien und organisierte den Widerstand, war Mitglied des Obersten Stabes der belgischen Partisanen. Er befehligte eine große Abteilung, wurde verwundet und von der Gestapo verhaftet. Sie folterte ihn grausam. Er hat weder seinen Namen noch seine Mitkämpfer verraten. Man erschoss ihn. Postum erhielt er den höchsten belgischen Orden. Für ihn wurden in Belgien und Bulgarien Denkmäler errichtet. Und als bei uns nach dem 10. November 1989 dieses Monument geschleift werden sollte, haben sich die Belgier für ihren nationalen Helden eingesetzt!“

Auf die Frage nach Unterschieden des Faschismus in einzelnen Ländern antwortete Genosse Ignatow: „Das Gesicht der Faschisten ist international. Ob es deutsche oder spanische, italienische oder bulgarische sind – es gibt keine grundsätzlichen Unterschiede. Sie alle sind Repräsentanten des schlimmsten Imperialismus, Feinde der Arbeiterklasse, der ganzen Menschheit.“

**Interview: Ognjan Shekow in „Wremena“, Warna**

*Freie (gekürzte) Übersetzung: Dr.-Ing. Peter Tichauer*



Am 11. Dezember 2005 wurde in Chile das vierte Mal nach der Überwindung der Militärdiktatur gewählt. Vier Kandidaten bewarben sich um das Amt des Staatspräsidenten. Erstmals in der Geschichte der Andenrepublik befand sich darunter eine Frau. Sie hatte sogar die besten Chancen, den Sieg zu erringen.

Wer waren die vier Anwärter, die die derzeit wichtigsten politischen Kräfte Chiles vertraten?

Michelle Bachelet trat für die „Concertacion de Partidos por la Democracia“ an – ein zentristisches Bündnis der Christdemokratischen Partei (PDC), der Partei für die Demokratie (PPD), der Radikalen Sozialdemokratischen Partei (PRSD) und der Sozialistischen Partei (PS). Bachelet ist eine 54jährige Ärztin, Tochter eines Allende treu gebliebenen Luftwaffengenerals, der in einem Gefängnis Pinochets umkam. Sie selbst war durch die Militärs inhaftiert worden. Nach dem Sturz der Unidad Popular emigrierte sie in die DDR, traf in Leipzig ihren Freund wieder, heiratete und gebar einen Sohn. Sie lernte die deutsche Sprache und begann ein Medizinstudium an der Berliner Humboldt-Universität.

1979 kehrte die Atheistin Bachelet nach Chile zurück, schloß dort ihr Studium ab und arbeitete als Medizinerin. Sie beteiligte sich aktiv am Widerstand der PS gegen das Pinochet-Regime. Nach der Wahl der ersten zivilen Regierung 1990 brachte sie sich in das desolante Gesundheitswesen ein und wirkte in nationalen und internationalen Organisationen.

Sie wurde Mitglied des ZK der PS und nach der Wahl des Präsidenten Lagos (2000) durch ihn als Gesundheitsministerin berufen.

Ihr eigenes Erleben im Spannungsfeld zwischen Zivilisten und Militärs spornte sie zu Studien der Verteidigungspolitik in Chile und den USA an. Diese Spezialisierung befähigte sie, als Assessorin im chilenischen Verteidigungsministerium tätig zu sein. Später übernahm sie dessen Leitung. Ihre Berufung zur Verteidigungsministerin war für die Militärs in vierfacher Hinsicht eine Provokation: Ihre Vorgesetzte war eine Frau, eine Sozialistin, die Tochter eines von ihnen zu Tode gefolterten Generals, eine frühere Gefangene der Diktatur. Michelle Bachelet wurde von Präsident Ricardo Lagos Escobar und der PS gezielt als Kandidatin für die Wahlen am 11. Dezember aufgebaut. Im ersten Wahlgang erhielt sie 45,87 % der abgegebenen Stimmen. Das reichte indes nicht zur absoluten Mehrheit, mit der sie die Wahl gewonnen hätte.

Sebastian Piñera war der Kandidat der konservativen „Renovacion Nacional“ (Nationale Erneuerung/RN). Piñera ist Milliardär und Repräsentant der chilenischen und ausländischen Finanzoligarchie. Er hält Distanz zu den Militärs. Auf seine Liste entfielen 25,48 % der abgegebenen Stimmen.

Joaquin Lavín ging als ultrakonservativer Kandidat der „Union Democrática Independiente“ (Unabhängige Demokratische Union/UDI) ins Rennen. Der Expo-

## Chile: Kein Rechtsruck bei den Präsidentschaftswahlen

nent der militärischen Komponente und des Pinochet-Regimes bekam ca. 23 % der abgegebenen Stimmen, akzeptierte seine Niederlage und kündigte an, bei der folgenden Stichwahl Piñera zu unterstützen. Für die Linke trat Tomás Hirsch an. Er war der Kandidat des Bündnisses „Juntos Podemos Mas“ (Gemeinsam können wir mehr), an dem sich die KP Chiles (PCC), die Christliche Linke (IC), die Humanistische Partei (Grüne) und Splittergruppen beteiligten. Hirsch erzielte einen Stimmenanteil von 5,4 %.

Am 15. Januar 2006 fand die Stichwahl statt, bei der es zu einer Entscheidung zwischen Bachelet und Piñera gekommen ist. Die PS-Politikerin wurde mit 53,5 % zur Staatspräsidentin gewählt.

Viele Chilenen gaben der Wunschkandidatin des scheidenden Präsidenten Lagos abermals ihre Stimme. Die KP Chiles sprach sich unter bestimmten Bedingungen für ein Votum zugunsten Bachelets aus. Der Grüne Tomás Hirsch befürwortete Stimmhaltung.

Lagos wird das Amt mit einer relativ günstigen wirtschaftlichen und politischen

Bilanz verlassen. Das erklärt auch die Rückendeckung durch eine Mehrheit der Chilenen, die er bis heute besitzt. Es ist zu erwarten, daß die Wahlergebnisse den Kurs des Landes nicht wesentlich verändern werden. Die dominanten Kräfte in Politik und Wirtschaft dürften sich weiterhin stabilisieren. Dennoch bleibt Chile ein Land krasser Gegensätze. Das reichste Zehntel der Bevölkerung bezieht fast die Hälfte des gesamten Einkommens der Chilenen. Den ärmsten 10 % verbleibt gerade einmal ein Prozent. Diese Ungleichheit ist seit den 60er Jahren konstant.

Trotz anhaltenden Kapitalzuflusses und damit verbundenen wirtschaftlichen Aufschwungs geht die Schere zwischen Besitzenden und Besitzlosen immer mehr auseinander. Während das praktizierte, noch aus der Ära Pinochet stammende Wahlsystem nur den beiden großen Parteien gestattet, den Präsidenten und die Regierung zu stellen, haben die linken Kräfte einen gesellschaftlichen Einfluß, der über ihre wahlstatistische Stärke deutlich hinausreicht.

Rudolf Herz

### Redaktion und Förderverein grüßen und beglückwünschen unsere Veteranen zu ihren großen Jubiläen.

Am **19. Februar** begeht Genosse

**Erich Kahnert** aus Teterow  
seinen **80. Geburtstag**.

Genossin

**Ingrid Buschmann** (**3. Februar**) aus Dahlen-Schmannewitz  
und Genossin

**Marga Ranga** (**4. Februar**) aus Zwickau werden **75**.

Zum **70.** gratulieren wir den Genossen

**Klaus Möller** (**24. Februar**) aus Jena und

**Dieter Otto** (**25. Februar**) aus Halle.

Genosse

**Rainer Albert** (**15. Februar**) aus Zwickau  
begeht seinen **65.** Geburtstag.

Auch die Nachwuchsreihe steht bereit:

Die Genossen

**Heinz-Dieter Leißner** (**10. Februar**) aus Leipzig und

**Dieter Bartsch** (**13. Februar**) aus Berlin werden **60**.



### Allen Geburtstagskindern von ganzem Herzen Stehvermögen und Lebensmut!

## Als Victor Jara „Venceremos“ sang

Am 16. September 1973 wurde Chiles legendärer Volkssänger Victor Jara im Nationalstadion von Santiago nach qualvoller Folter ermordet. Seine Hinrichtung erfolgte nur fünf Tage nach dem von der CIA inszenierten Putsch des Generals Augusto Pinochet gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende. Victor Jara, 1932 geboren, stand für die chilenische Revolution. Er kämpfte für sie mit Stimme und Gitarre. Seine Mutter, die den künstlerischen Weg des Heranwachsenden begleitet hatte, starb, als er 15 war. Der Vater lebte von der Familie getrennt. Victor gab seine Ausbildung als Buchhalter auf und trat in ein Priesterseminar ein. Zwei Jahre später begann er, Zweifel an der Religion zu hegen, ging einige Jahre zur Armee und entschloß sich schließlich, mit einer Gruppe von Freunden ernsthaft das Studium der Volksmusik zu betreiben. Gleichzeitig hörte er Vorlesungen an der Schauspielfakultät der Universität, deren Ausbildung er mit Erfolg abschloß. In der Folgezeit waren zahlreiche Inszenierungen mit seinem Namen verbunden. Er arbeitete als Darsteller und Regisseur. Schließlich konzentrierte er sich ganz auf die Volksmusik. 1966 kam seine erste Soloplatte heraus. Die Themen der Lieder hingen unmittelbar mit dem Leben des Volkes und der Ungerechtigkeit der Gesellschaft zusammen. Victor Jara reihte sich in die große lateinamerikanische Musikbewegung ein, die als Nueva Cancion (Neues Lied) bekannt wurde. Diese war mit revolutionären Aktivitäten eng verflochten. Sie prägten das Denken und



Handeln des jungen Künstlers. Er machte sich die kommunistische Weltanschauung zu eigen.

Als Salvador Allende in den 70er Jahren für die Präsidentschaft kandidierte, stellte Jara sein ganzes Können in den Dienst der Kampagne des gemeinsamen Kandidaten der Linksparteien.

Der Wahlkampf führte zum Erfolg. Allende wurde Präsident. Die USA-Administration – angeführt von Henry Kissinger – zog alle Register, um ihn von der Macht zu vertreiben. Eine Front der Gestrigen

brachte den linken Präsidenten schließlich zu Fall. Allende fand den Tod.

Am Tag des faschistischen Putsches befand sich Victor Jara in der Technischen Universität, wo er arbeitete. Sie war vom Militär umzingelt. Er wurde festgenommen und fünf Tage lang gefoltert. Schließlich brachten ihn die Putschisten in das Nationalstadion – seinerzeit ein provisorisches KZ –, wo während des Wahlkampfes Jaras denkwürdiges Konzert für Allende stattgefunden hatte. Dem Gefesselten wurden beide Hände gebrochen. Da forderten die Folterknechte, er solle singen. Der Häftling stimmte „Venceremos“ an, die Hymne der Unidad Popular. Ein Hagel von Schlägen war die Antwort. Dann wurde er mit einem Maschinengewehr niedergemäht. Joan Jara, Victors Witwe, wurde der entstellte Körper gezeigt. Sie setzte durch, daß er auf einem ordentlichen Friedhof bestattet werden konnte. Dann verließ sie Chile auf geheimen Wegen, wobei sie wertvolle Bänder mit der Musik ihres Mannes in Sicherheit brachte.

Victor Jara war einer aus der Garde der chilenischen Revolutionäre und Patrioten, die unzählige Märtyrer hervorgebracht hat. Kampf- und Weggefährte von Salvador Allende, Luis Corvalan und Gladys Marin, bleibt er im Gedächtnis aller, die die chilenische Revolution als ein großes und tragisches Kapitel im Befreiungskampf der Völker Lateinamerikas und der Welt in Ehren halten.

**R. F., gestützt auf „People’s Voice“  
(Zeitung der KP Kanadas)**

## Linker Wahlsieg in Bolivien

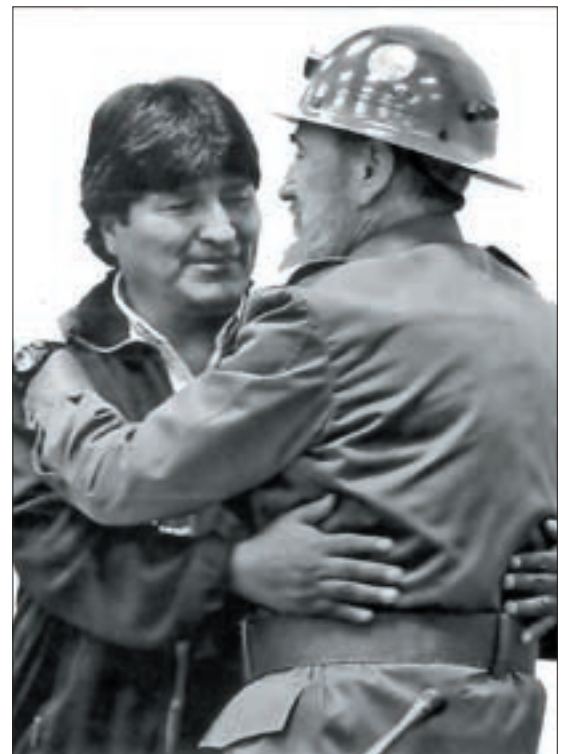
Bei den Präsidentschaftswahlen, die am 10. Dezember in Bolivien stattfanden, hat der linksgerichtete indianische Gewerkschaftsführer Evo Morales mit absoluter Mehrheit gesiegt. Für die Vereinigten Staaten ist er ein Komplize der Präsidenten Venezuelas und Kubas, Chávez und Castro. Für die zu 70 % aus Ureinwohnern bestehende Bevölkerung der Andenrepublik aber gilt der 1959 Geborene als Garant einer unabhängigen Entwicklung ihres Landes. Morales hat sich scharf gegen die Einmischungspolitik der USA-Regierung und der imperialistischen Monopole gewandt. Immer wieder hat er die „Ethik der Reichen“, die nur auf die Ausbeutung des Volkes gerichtet sei, attackiert.

Die Tatsache, daß zum ersten Mal in der Geschichte Boliviens ein Indio an die Spitze des Staates gelangte, ist in ganz Lateinamerika als Sensation aufgefaßt worden. 1985 hat Morales die aus den Wahlen als Sieger hervorgegangene Bewegung für den Sozialismus (MAS) gegründet, die an die Spitze ihres Regierungsprogramms die Renationalisierung der Erdöl- und Erdgasproduktion gestellt hat. Ziel ist die Verankerung solcher Maßnahmen in einer neuen Verfassung. Als spektakulär wurde die Ankündigung des jetzt gewählten Präsidenten betrachtet, die Bezüge sämtlicher hoher Staatsfunktionäre – seine eigenen eingeschlossen – mit sofortiger Wirkung um die Hälfte zu kürzen, um zur Finanzierung von Gesundheits- und Erziehungsprojekten beizutragen.

In außenpolitischer Hinsicht sind ebenfalls bedeutsame Veränderungen zu erwarten. Morales geht es um enge Beziehungen zu Caracas und Havanna. Der neue Staatschef Boliviens bezeichnete Chávez und Castro als die „Kommandanten der Befreiungskräfte des Kontinents“. Zugleich wies er das USA-Ansinnen zurück, in Lateinamerika eine von Washington dominierte Freihandelszone (ALCA) zu errichten.

**R.F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**

**Die erste Auslandsreise nach der Wahl: Morales bei Castro in Havanna.  
Die zweite führte ihn zu Chávez nach Caracas.**



# Die „Fünfte Kolonne“ der Vereinigten Staaten

Nach den Worten von Zbigniew Brzezinski – zwischen 1977 und 1980 Chefsicherheitsberater des USA-Präsidenten Jimmy Carter – „ist der gesamte Kontinent (Eurasien – E. K.) von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, unter denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären.“ („Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, 1999). Zu den Mechanismen des „globalen Ordnungssystems der USA“ heißt es: „Ebenso stark setzt es auf die indirekte Einflußnahme, auf abhängige ausländische Eliten.“ Zu den intellektuellen Multiplikatoren für die Durchsetzung des US-Kulturimperialismus schreibt der Autor: „Absolventen amerikanischer Universitäten sind in den Regierungskabinetten aller Herren Länder vertreten.“ Diese Kamarilla von Hörigen kann man mit einiger Berechtigung als „Fünfte Kolonne“ der Vereinigten Staaten in den betreffenden Ländern bezeichnen. Entlarvend auch folgendes: „Die euro-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten zur Haltung gegenüber Iran und Irak wurden von den USA nicht als eine strittige Angelegenheit zwischen gleichgestellten Partnern, sondern als Fall von Auflehnung behandelt.“

Für die Verwirklichung der Vorherrschaft der USA in Eurasien kommt einem energischen, konzentrierten und entschlossenen Einwirken Amerikas besonders auf Deutschland eine Schlüsselrolle zu, „wobei eine etwaige europäische Führungsrolle dieses ‚Vasallenstaates‘ nur bei Wahrung der uneingeschränkten Vorherrschaft der USA zugebilligt werden kann“. Insgesamt macht Brzezinkis Buch mindestens zweierlei deutlich: Erstens den wahnhaft besessenen Charakter der amerikanischen Weltherrschaftsdoctrin. Zweitens die Tatsache, daß deren Verwirklichung einem ausgeklügelten Masterplan folgt, der den Tatbestand einer Verschwörung gegen den Frieden im Sinne des Völkerrechts erfüllt. Das wohlwollende Vorwort zur deutschen Ausgabe stammt übrigens von Hans-Dietrich Genscher, der bekanntlich eine Schlüsselrolle bei der Zerstückelung Jugoslawiens spielte.

Einer der intellektuellen Wegbereiter der US-Interessenpolitik in Deutschland aber ist Otto Schily, Schröders Polizeiminister. „Die Welt“ veröffentlichte Auszüge aus einer Rede, die dieser beim „Arthur F. Burns Dinner“ am 3. Juni 2005 in Berlin gehalten hat. „Mut zur Amerikanisierung“ war das Thema.

Wörtlich erklärte der CDU-Politiker mit SPD-Parteibuch: „Die jüdisch-

christlichen Wurzeln sind unsere gemeinsamen Wurzeln. ... Dabei geht es um vitale Interessen beider Seiten, vor allem Sicherheitsinteressen, die wir nur in einer dauerhaften strategischen Partnerschaft verfolgen können. Aus diesem Grund stehen deutsche Soldaten ebenso wie amerikanische in Afghanistan.“

In stereotyper Wortwahl heißt es weiter: „Der wichtigste Wert ... ist der Wert der Freiheit. Unsere amerikanischen Freunde verdienen ... unser Vertrauen und unsere Unterstützung, wo immer sie sich für die Ausbreitung von Freiheit und Demokratie einsetzen ...“ Es ist bekannt, daß dies eine verlogene Umschreibung für den gewaltsamen Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten, also für Krieg, ist.

„Aber Freiheit und Demokratie sind oft genug gefährdet“, fuhr Schily fort. „Sie verschaffen sich nicht von allein Geltung. Sie müssen errungen und verteidigt werden. Wer nicht mehr für die Freiheit anderer kämpfen, wer Demokratie nicht exportieren will, der macht sich selbst und seine eigenen Werte unglaubwürdig.“ Nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ lügen sich Angreifer mit solchen Argumenten regelmäßig zu „Verteidigern“ um. Richtigerweise müßte es heißen: Wer nicht als erster nach fremdem Hab und Gut greift, hat verloren. Auch für folgende peinliche Unterwürfigkeit ist sich Herr Schily nicht zu schade: „Daß die Vereinigten Staaten die militärisch überlegene, einzig verbliebene Supermacht sind, ist eine Tatsache. Wir können und sollten sie unseren amerikanischen Freunden nun wahrlich

nicht zum Vorwurf machen.“ Dem Weltlösungswahn des USA-Präsidenten und seiner quasi-religiösen Eingebung einer höheren Moral schon verdächtig nahe liest man: „Dennoch ist Europa eine große Gemeinschaft Freiheit exportierender Staaten. Und wir sollten dies auch als Gemeinschaft mit Amerika verstehen. Denn das transatlantische Verhältnis ist eine Partnerschaft der Freiheit, und zugleich für die Freiheit. Das ist der Kern unseres Wertefundaments, es ist die moralische Grundlage unserer strategischen Partnerschaft.“ Und schließlich heißt es dort: „Wir Europäer und wir Deutschen sollten unseren Begriff von Freiheit ruhig etwas stärker amerikanisieren. Das Gleichheitsstreben darf die Freiheit nicht erdrücken. Mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative, mehr Individualität und Kreativität können unserer Gesellschaft nicht schaden. Im Gegenteil: Sie sind die Voraussetzung für mehr Dynamik und neue Impulse. Das gilt in der Wirtschaft, die zwar auch ihre Regeln braucht, die aber nicht nach demokratischen Prinzipien organisiert werden kann.“

Nein, die kapitalistische Wirtschaft kann in der Tat nicht nach demokratischen Regeln organisiert werden! Sie ist deren direktes Gegenteil und hat die Abwesenheit von Demokratie zur Voraussetzung. Daher verkündet Schily das oberste Prinzip der geheiligten Ordnung von Washingtons Gnaden: Es gehe um „die Selbstorganisation der Wirtschaft“. Jetzt ist klar, warum diese immer wieder nach einem „schlanken Staat“ ruft.

**Dr. Erhard Kegel**



„Ich höre nicht auf, bis der Job getan ist.“

Aus „The Australian“, Sydney

# Gab es 1944 in Frankreich eine revolutionäre Situation?

Die von den Kommunisten geführten FTPF (Französische Freischärler und Partisanen) hatten sich zur stärksten Widerstandsbewegung im okkupierten Frankreich und in der sogenannten unbesetzten Vichy-Zone des Landes entwickelt. General Charles de Gaulle, der von London aus die Franzosen zum Kampf gegen die Nazis sammelte, trug dem Rechnung. Das FKP-Führungsmitglied Fernand Grenier wurde daher im Januar 1943 zu ihm als Repräsentant seiner Partei entsandt. Erstmals stand der konservative Militär einem Kommunisten gegenüber. Von ihm wollte de Gaulle wissen, wie sich seine Partei die Zukunft vorstelle, in der er die bedeutendste Rolle einzunehmen gedachte. Der nordfranzösische Arbeiter antwortete ihm: „Was nach der Befreiung sein wird, steht augenblicklich nicht zur Diskussion. Jetzt geht es darum, das Land zu befreien; nachher wird sich das französische Volk selbst darüber aussprechen, welche Einrichtungen es wünscht. Man wird es ihm überlassen, die Männer zu wählen, die es an der Spitze des Staates sehen möchte.“

„Sie denken also, Frankreich wird kommunistisch sein?“

„Eines steht fest, Herr General, auf der Liste derer, die von (Hitlers Befehlshaber) Stülpnagel erschossen wurden, liest man sehr oft hinter den Namen die Bezeichnung Kommunist. Es sind immer Namen von Metallarbeitern, Eisenbahnern, Lehrern, kein einziger Industrieller oder Bankier ist darunter. Nach unserer Ansicht muß die Republik von morgen tiefgreifende politische und soziale Reformen durchführen, aber wir sind der Meinung, daß die Patrioten, die sich zusammengeslossen haben, um das Land zu befreien, auch zusammenbleiben sollten, um es auf neuen Grundlagen aufzubauen.“ Diese Antwort war für den General zwar unbefriedigend, entsprach aber völlig der Parteilinie: Eine sozialistische Revolution war nicht in Sicht.

Die schnelle Befreiung Frankreichs besaß für die Kommunisten Priorität. Daher waren sie auch bereit, sich in den gemeinsamen Gremien mit Plätzen zufriedenzugeben, die weit unter ihrem gesellschaftlichen Einfluß lagen. So besaß die FKP nur ein Fünftel der Sitze im Nationalen Widerstandsrat (CNR), obwohl sie die Hälfte aller Widerstandskämpfer stellte. Allein die militärische Führung wurde den Kommunisten überlassen, die alle Bewaffneten im Januar 1944 in den Französischen Inneren Streitkräften (FFI) zusammenfaßten. Mit der Bildung des FFI-Hauptstabes in London und der Einsetzung eines seiner Generäle als Oberbefehlshaber entzog de Gaulle der FKP auch diese Domäne. Er verfügte zur direkten Unterstellung der territorialen FFI-Einheiten die Bildung eines Netzes von Militärbezirken mit gaullistischen

Kommandeuren. Da die Kommunisten wie der CNR die Führung de Gaulles akzeptierten und dessen Regierung auch von der UdSSR anerkannt worden war, befand sich die FKP in einer schwierigen Lage. In seiner Provisorischen Exilregierung gestand de Gaulle ihr nur zwei untergeordnete Ressorts zu.

Über die Hälfte Frankreichs wurde durch die Widerstandsbewegung befreit. Oft war es so, daß die FFI den Alliierten den Weg freikämpften bzw. ihren Vormarsch wesentlich erleichterten. 75 000 Kommunisten waren gefallen, daher bekam die FKP den Ehrennamen „Partei der Füsilierten“. Nun hatte sie über 900 000 Mitglieder und war die stärkste und bestorganisierte politische Kraft Frankreichs. Vom Bewußtsein eigener Kraft getragen, gab es innerhalb der Partei Genossen, die den Schwung jenes Moments zu weiterführenden revolutionären Aktionen nutzen wollten. Dafür bestanden aber auch jetzt keinerlei Bedingungen.

*Erstens* war die Masse der Kommunisten auf einen solchen Schritt nicht vorbereitet. *Zweitens* hätte ein Großteil von ihnen diese Entscheidung nicht mitgetragen, denn der Zuwachs an Mitgliedern und der Einfluß der FKP waren in erster Linie dem patriotischen Engagement und ihrer Rolle im Widerstandskampf geschuldet, also keine Klassenoption. Einer der FKP-Führer – Jacques Duclos – schrieb hierzu: „Wenn Verblendung oder Dünkel uns in einen so abenteuerlichen Gewaltakt gestürzt hätten, dann hätte uns ein Teil unserer Anhänger verlassen, die zu uns gekommen waren, um für die Befreiung des Vaterlandes zu kämpfen, und die uns nun für Leute gehalten hätten, welche ihre Verpflichtungen nicht einhielten.“ *Drittens* bildeten die Kommunisten und deren Symphatisanten kurz nach der Befreiung bei weitem keine Mehrheit. Die Sozialisten neideten der FKP ihren Platz in der französischen Gesellschaft und waren gegen sie leicht zu aktivieren. Von den Gaullisten, Christdemokraten, Radikalsozialisten und bisherigen Vichy-Leuten ganz zu schweigen. Zusammen verfügten jene über die Bevölkerungsmehrheit und die nötigen militärischen Kräfte und Mittel. Das waren nicht nur mehr als eine halbe Million gut ausgebildeter Solda-

ten, Polizisten und Gendarmen, sondern auch bürgerliche Widerstandskämpfer und einheimische Faschisten, die sich verkrochen hatten und nur darauf warteten, es den Kommunisten heimzuzahlen. *Viertens* hätten die im Lande stehenden anglo-amerikanischen Truppen zugunsten der französischen Bourgeoisie eingegriffen. Der Versuch einer sozialistischen Machtübernahme in Frankreich hätte aber auch noch andere gefährliche Folgen zeitigen können. Hierzu bemerkte Duclos: „Eine hemmungslose antikommunistische Kampagne wäre ausgelöst worden, und die These einer antibolschewistischen Allianz hätte sich konkretisieren können. Das wäre ein hervorragender Vorwand gewesen, um sich mit Deutschland zum Schaden der Sowjetunion und der französischen Sicherheit zu verständigen.“

De Gaulle rechnete aber mit allem. Gleich nach der Befreiung von Paris verfügte er am 28. August 1944 die Auflösung der FFI und deren Einfügung in die Französische Armee. Am 21. September erbat er von den Alliierten die Ausgliederung zweier französischer Divisionen, „deren Anwesenheit im Pariser Gebiet sich als nötig erweisen kann“. Ende Oktober wurden auch die kommunistisch dominierten Patriotischen Milizen gegen den Protest des CNR und der FKP aufgelöst. Damit waren die Kommunisten entwaffnet. Zugleich festigte de Gaulle seine Macht. So gab es unter den von ihm eingesetzten Präfekten nur zwei Kommunisten.

Das ZK-Plenum der FKP im Januar 1945 trug all dem Rechnung und kritisierte „pseudorevolutionäre Tendenzen“ einiger Parteifunktionäre. Die Richtigkeit dieser realistischen Einschätzung sollte sich schnell erweisen. Die FKP wurde bei den ersten Parlamentswahlen 1945 mit 26 % stärkste Partei. Sie hätte mit den Sozialisten eine Arbeiterregierung bilden können, doch diese lehnten ab. Ein Jahr später erzielte die FKP mit 28,6 % ihr historisch bestes Ergebnis. Auch diesmal blockierten sozialistische Abgeordnete die Wahl des FKP-Vorsitzenden Maurice Thorez zum Ministerpräsidenten. Dessen Partei gehörte noch bis 1947 der Regierung an und war jahrzehntelang die stärkste Linkskraft des Landes.

**Dr. Bernhard Majorow**

## Vorstandsbeschuß

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins hat auf seiner Beratung am 7. Januar 2006 **Dr. Klaus Steiniger** als Chefredakteur des „RotFuchs“ bestätigt. Folgende Genossen wurden in den Redaktionsbeirat berufen:

Rolf Berthold (Berlin),  
Prof. Dr. Götz Dieckmann (Belzig),  
Siegward Kosel (Bautzen),  
Dr. Hans-Dieter Krüger (Halle),  
Wolfgang Metzger (Berlin),  
Prof. Dr. Harry Milke (Berlin)

Als Sowjetrepublik hatte Lettland einen hohen Lebensstandard. 1990 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 4736 Lat (in Preisen von 1995), aber im Jahr 2000 war es auf 2950 abgesunken. Im selben Jahr schrumpfte die Industrieproduktion auf 46,2 % gegenüber 1990. Die Landwirtschaft ging auf 35 % zurück. Die offizielle Arbeitslosenziffer liegt bei 8–10 %, aber laut Gewerkschaftsangaben ist die wirkliche Zahl um 1,8- bis 2mal höher. In Lettland können 28 % der Menschen im Arbeitsalter keinerlei Anstellung finden. Die Linke hat aus dieser Entwicklung profitiert. Bei den Wahlen am 5. Oktober 2002 gewann der Sozialistische Block unter der Führung des Kommunisten Alfred Rubiks 24 von 100 Sitzen des Parlaments.

Im Laufe der letzten 15 Jahre ist in Lettland eine neue Generation von Rußlandhassern erzogen worden. Anstelle der früher freundschaftlichen Beziehungen zwischen Nachbarn, Genossen und Arbeitskollegen merkt man heute eine wachsende gegenseitige Feindseligkeit. Einwohner russischer Herkunft sind ganz offiziell von 60 Berufen ausgeschlossen. Apotheker und selbst Feuerwehrleute können sie z. B. nicht werden.

Die Preise für Wasser, Elektrizität, Mieten und Telefonverbindungen steigen astronomisch, um 15 % bis 20 % und sogar bis zu 35 %. An Protestdemonstrationen nehmen hauptsächlich Russen und andere Minderheiten teil, aber keine Letten – obschon sie sich privat ebenfalls beklagen.

Die lettische Regierung tut alles, um Konflikte mit Moskau zu provozieren. Russische Fernsehprogramme werden nicht direkt übertragen, sondern um einige Tage verzögert und zensiert. Der Handel mit russischsprachigen Zeitungen ist verboten, der Verkauf von Pharmazeutika russischer Herkunft ebenfalls (offenbar auf Verlangen westlicher Konkurrenten). Ein Telefongespräch mit Moskau kostet fünfmal so viel wie ein Anruf in Washington.

Die Umstellung des Schulwesens auf die lettische Sprache schreitet zügig voran und hat seit 2004, als sie gesetzlich geregelt wurde, bereits 60 % aller staatlichen Schulen erfaßt. Die Einfuhr russischsprachiger Schulbücher ist ebenfalls nicht zugelassen, und was noch in Lettland zu haben ist, gilt als hoffnungslos veraltet, so daß russischsprachige Schüler weit hinter Gleichaltrigen zurückbleiben.

Die EU drosselt die lettische Landwirtschaft ab – jeder versteht das, aber Riga ist stolz darauf, Mitglied im Brüsseler Klub zu sein. Verachtungsvoll lächelt man über Rußlands Wirtschaftsprobleme. Das mittlere Einkommen liegt bei 170 Lat (1 Lat = 69 Cent oder 0,53 Dollar); durchschnittliche Pensionen belaufen sich auf 114 Euro (in Estland 147 Euro).

Russisches Kapital, das 80 % der Gesamtinvestitionen bestreitet, ist meist kriminellen Ursprungs, auf Ausschau nach profitablen Geschäften.

Frühere Sowjetbürger russischer, ukrainischer oder weißrussischer Volkszugehörigkeit, die (laut Bestimmungen) kein Anrecht auf Einbürgerung haben, selbst

## Neues aus Lettland

wenn nach 1945 in Lettland geboren wurden, tragen in ihrem Paß den Stempel „Ausländer“ (auf englisch: Alien).

Drei lettische SS-Divisionen kämpften in Belorußland zwischen 1941 und 1945 gegen die Rote Armee. Sie sind verantwortlich für die Ermordung von 71500 Mitbürgern jüdischer Herkunft (die Gesamtzahl vor dem Krieg betrug 75000). Aber heute werden frühere SS-Männer offiziell als „Kämpfer für die Befreiung“ Lettlands anerkannt und als Nationalhelden gefeiert. Sie marschieren wieder in den Straßen Rigas und erhalten deutsche Kriegspensionen, die ihnen ein sorgenloses, bequemes Leben sichern.

Ein Freund aus Rußland schrieb mir: „Oлга und ich haben jetzt beide Arbeit, und wir hofften, den nächsten Sommer, wie

immer, einen Monat am Rigaer Strand bei Verwandten zu verbringen. Allerdings wird inzwischen nach einer neuen Bestimmung von Touristen aus Rußland verlangt, daß sie den Besitz von 50 Dollar pro Tag und Person auf ihrem Bankkonto nachweisen. Es sieht so aus, als ob ich im nächsten Jahr nicht das Grab meines Vaters besuchen kann, der sein Leben für die Befreiung Sowjet-Lettlands vom Nazismus gegeben hat.“

Hunderttausende sowjetische Kriegsgefangene kamen in Lagern in Lettland und Estland um – als Kommunisten hingerichtet, verhungert, unter der Arbeitslast zusammengebrochen und „liquidiert“. Sie bleiben die ungefeierten Helden des Widerstandes gegen den Faschismus.

**Dr. Vera Butler, Melbourne**

## Irak: Heißt der Wahlsieger Iran?

In Anwesenheit von mehr als 150 000 USA-Soldaten und angesichts täglich stattfindender brutaler Operationen der Besatzer haben in Irak am 15. Dezember – nur zwei Monate nach der Abstimmung über die neue „Verfassung“ – Parlamentswahlen stattgefunden. Mit ihrer Durchführung suchte Washington den Eindruck zu erwecken, als sei in dem überfallenen und okkupierten Land politisch „alles in Ordnung“.

Natürlich handelte es sich eher um ein Marionettentheater. Und dennoch war das Ergebnis der Abstimmung, an der sich der größte Teil der Landeseinwohner beteiligte, keineswegs nach dem Geschmack der Amerikaner.

Welche politischen Kräfte stellten sich zur Schau?

Sieht man von kleinen Splitterparteien ab, dann handelte es sich um fünf große Allianzen, die gegeneinander antraten:

Um den früheren Ministerpräsidenten Allawi hatten sich durch die USA favorisierte großbürgerlich-liberale und andere nichtreligiöse Kräfte zusammengeschlossen. Er konnte auch mit der Unterstützung eines Teils der Sunniten rechnen.

Die zweite Allianz bestand aus Kurden verschiedener Parteien.

Und schließlich konnte sich der Wähler für eine der drei religiösen Formationen entscheiden: eine sunnitische, die Bewegung des in Opposition zu den Besatzern stehenden Schiitenführers Moqtada al Sadr sowie den einflußreichen pro-iranischen Schiitenblock, der den Süden beherrscht.

Die Hoffnung der Besatzer, Allawi werde das Rennen machen, erfüllte sich nicht. Er war durch das Massaker von Falludja, das sich während seiner Präsidentschaft ereignete, zu diskreditiert, um den ersten Platz erringen zu können. Die Kurden

eroberten, wie erwartet, den Norden, blieben in anderen Landesteilen aber einflußlos. Al Sadr behauptete seine Position in einem begrenzten Gebiet um Bagdad. Sehr stark trumpften die Schiiten des Südens auf. Sie sind bereits in der von den Okkupanten rekrutierten irakischen Armee und Polizei fest verankert.

Zunächst wurde das Wahlergebnis von verschiedenen Seiten angefochten, nachdem sich ein „Sieg“ der proiranischen Kräfte herauskristallisiert hatte. Jetzt bemüht man sich um eine „nationale Koalition“. Denn eine Regierung, die den iranischen Mullahs nahestünde, entspräche absolut nicht dem Geschmack Washingtons. Man bedenke, daß es bereits eine merkliche Annäherung Irans an Rußland und China gibt, wobei sogar eine militärische Zusammenarbeit nicht auszuschließen ist.

Die Strategie der Vereinigten Staaten ist demgegenüber auf die Errichtung eines eindeutig proamerikanischen Regimes in Irak orientiert, das es gestattet, das arabische Land weiterhin als Operationsbasis zur Kontrolle der gesamten Region zu benutzen.

**R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**

Der ehemalige Staatssekretär im Ministerium für Metallurgie der DDR und Abteilungsleiter im ZK der SED **Dr. Klaus Blessing** spricht am **3. März um 14.30 Uhr** in **Teterow**, Gasthof des Kulturhauses, Niels-Stensen-Straße 1, über das Thema:

**Der Osten – eine Quelle des Reichtums und der Maximalprofite für die herrschende Klasse der BRD**

Die Regionalgruppe lädt alle Interessierten herzlich ein. ■

Immer wieder lassen Meldungen über Spannungen, Truppenmassierungen an den Grenzen und drohenden Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea aufhorchen. Trotz Friedensabkommens, UNO-Vermittlung, Waffenembargos, Blauhelmkontrollleuren und Hungerkatastrophen.

Nach 30 Jahren Befreiungskrieg – dem längsten auf dem Kontinent – erlangte die ehemalige italienische Kolonie Eritrea, die später vom kaiserlichen Äthiopien annektiert wurde, unter Führung der einst marxistisch auftretenden „Eritreischen Volksbefreiungsfront“ (EPLF) 1993 die Unabhängigkeit. Vorausgegangen war der Sturz der ursprünglich antiimperialistisch ausgerichteten äthiopischen Regierung Mengistu Haile Mariams.

Beide Länder lieferten sich von 1998 bis 2000 einen erbitterten Krieg um gegenseitige Gebietsansprüche. Im Friedensschluß von Algier (2000) kamen sie überein, den von einer internationalen Kommission zu ermittelnden und durch diese dann 2002 vorgeschlagenen Grenzverlauf zu akzeptieren. Allerdings verweigert Äthiopien das bislang und verlangt Korrekturen.

Im Hintergrund des Konflikts stehen handfeste ökonomische Interessen. Der Nationalismus ist dabei ein wichtiger Faktor bei der Mobilisierung eines Teils der Bevölkerung zur Sicherung der Herrschaft der jeweiligen Regimes in Asmara und Addis Abeba.

Nach der äthiopischen Revolution von 1974 wurde in den eritreischen Befreiungsbewegungen wie in Äthiopien ernsthaft erwogen, auf gemeinsamer antiimperialistischer Grundlage einen geeinten demokratischen Staat aufzubauen. Das entsprach den Hoffnungen der UdSSR und ihrer Verbündeten, insbesondere der DDR, die zu beiden Seiten gute Kontakte unterhielt. Aber die bestimmenden Kräfte der Äthiopier wie der Eritreer vertraten letztlich dem entgegenstehende nationalistische Positionen.

Begeistert von der äthiopischen Revolution, geleitet von aufrichtiger Sympathie und Solidarität setzte Werner Lamberz in der Parteiführung der SED damals eine DDR-Initiative zur Vermittlung im Konflikt zwischen Äthiopien und den eritreischen Befreiungsbewegungen durch. Unter seiner Leitung führten Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK, des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS dazu zwei- und mehrseitige Gespräche mit allen Konfliktparteien in der DDR. Mehrere Reisen dieser Gruppe nach Äthiopien und in arabische und afrikanische Staaten fanden statt.

Im Bericht an das Politbüro über den „Verlauf und die Ergebnisse der durch die SED in den 70er Jahren unternommenen Aktivitäten zur Unterstützung einer friedlichen Lösung des Eritrea-Problems“ hieß es u. a.: „In Übereinstimmung mit der KPdSU wurden durch die SED 1977 und 1978 intensive Anstrengungen unternommen, zu einer politischen Lösung des Eritrea-Problems beizutragen. Zu diesem Zweck fanden bei Zustimmung Mengistu

Haile Mariams mit führenden Vertretern der eritreischen Bewegungen Gespräche statt (Eritreische Volksbefreiungsfront – EPLF; Eritreische Befreiungsfront – Revolutionsrat – ELF-RC; Eritreische Befreiungsfront-Volksbefreiungsfront – ELF-PLF; Eritreische Befreiungsfront – ELF). Zur Unterstützung dieses Anliegens wurden darüber hinaus Gespräche mit den Führungen der VDR Jemen und Libyens sowie mit Führungen der palästinensischen Organisationen (Fatah, Volksfront und Demokratische Front für die Befreiung Palästinas) geführt. Diese Staaten bzw. palästinensischen Organisationen wurden in unserem Sinne gegenüber den eritreischen Bewegungen wirksam, auf die sie differenziert Einfluß hatten. In diesen Gesprächen wurde erkennbar, daß es Möglichkeiten für bilaterale bzw. multilaterale Verhandlungen der äthiopi-

Auffassungen und einander ausschließende Positionen. Ohne offiziell die Vorschläge der SED – friedliche Lösung auf der Grundlage umfassender nationaler und regionaler eritreischer Autonomie in einem demokratischen äthiopischen Föderalstaat –, die bereits auf dem zweiten Treffen übergeben worden waren, abzulehnen, hat sie auch keine der Seiten akzeptiert. Durch maximale Vorbedingungen wurde der durch die Vorschläge der SED angestrebte Kompromiß verhindert. Der PMVR forderte kategorisch die bedingungslose Anerkennung des Programms der nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens. Gleichzeitig wurde die durch den äthiopischen Verhandlungspartner Berhanu Bayeh, den späteren Außenminister Äthiopiens, prononciert vertretene Position eines Teils der äthiopischen Führung sichtbar, daß das Eritrea-Problem

## DDR-Vermittler am Horn von Afrika

schen Seite mit den eritreischen Bewegungen bei unserer Vermittlung gab.

Mit Zustimmung Mengistu Haile Mariams fanden im Februar und März 1978 von der SED vermittelte und organisierte Gespräche der Vertreter des damaligen Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates (PMVR) Äthiopiens mit Vertretern der EPLF statt, die der Vorbereitung eines multilateralen Treffens der am Eritrea-Konflikt beteiligten Seiten, nach Konsultationen in den jeweiligen Führungen, dienen sollten. Dieses multilaterale Treffen scheiterte daran, daß die eritreischen Bewegungen keine Bereitschaft zeigten, sich gemeinsam mit den Vertretern des PMVR an einen Tisch zu setzen.

So fand im Juni 1978 das dritte und zugleich letzte Treffen zwischen dem PMVR und der EPLF unter Teilnahme der SED in Berlin statt. Außerhalb dieses Treffens hielt sich eine Delegation der ELF-RC zu Konsultationen in Berlin auf. Die Situation bestätigte erneut die Zerstrittenheit der eritreischen Bewegungen und die schon damals sichtbar werdenden Hegemoniebestrebungen der EPLF, der militärisch stärksten Organisation.

Der Verlauf dieses dritten Treffens widerspiegelte eine weitere Verhärtung der

nur militärisch zu lösen sei. Die EPLF erklärte ihrerseits die Ablehnung des Programms der nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens.“

Zum Abschluß des Treffens schlug die Delegation der SED, die nach dem Tod Werner Lamberz' durch Hermann Axen geleitet wurde, vor, „daß beide Seiten sich weiterhin für eine friedliche und politische Lösung aussprechen und nach Wegen zu ihrer Herbeiführung suchen“. Doch diese beharrten auf ihren Maximalforderungen.

Werner Lamberz und weitere Mitstreiter waren in dieser Mission unterwegs gewesen, als sie im März 1978 Opfer einer Hubschrauberkatastrophe in Libyen wurden. Böswillig wird von inkompetenter Seite immer wieder versucht, das Unglück umzudeuten. Der Autor dieses Beitrags widerspricht dem entschieden. Aus seiner Sicht hätte die Fortsetzung der Initiative mit Werner Lamberz zu einem befriedigenderen Ergebnis führen können, wenn sie konsequent von der UdSSR unterstützt worden wäre. Für Moskau aber waren wegen seines Afghanistan-Engagements andere Konflikte zweitrangig und eher lästig.

**Bernd Fischer**

Wir trauern um unseren langjährigen Leser Generalleutnant a. D.

### HORST JÄNICKE

1. Stellvertreter des Leiters der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS der DDR, der – nur wenige Tage nach dem Tod seiner geliebten Frau Marianne – 82jährig in Berlin verstorben ist.

Ehre dem Andenken beider Genossen!

# Heine-Ehrungen in Ost und West

Heinrich-Heine-Ehrungen nach 1945 in beiden deutschen Staaten – ein Vergleich –, das wäre mehr als eine Dissertations- oder Habilitationsschrift wert mit sehr vielen Entdeckungen. Die 30bändige F.-A.-Brockhaus-Enzyklopädie (Mannheim 1989) weiß von einem erstmals 1972 verliehenen „Heine-Preis der Landeshauptstadt Düsseldorf“ (Carl Zuckmayer) und sogar von dem 1957 erstmals verliehenen „Heinrich-Heine-Preis des Ministerrates der DDR“, aber rein nichts von dessen ersten Trägern: Karl Schnog (1897–1964) und Walther Victor (1895–1971). Ein Zufall? Wohl kaum.

Snog und Victor waren, von Hitlers Gestapo verfolgt, ins antifaschistische Exil geflohen, in die Schweiz, nach Luxemburg, nach Frankreich und in die USA. Schnog verschleppten die Nazis 1940 bis 1945 in die Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald.

Carl Zuckmayer (1896–1977) gestand 1972 ein, daß er „nie ein Verhältnis zu Heinrich Heine gewonnen“ habe. (Marcel Reich-Ranicki)

Zu diesem Zeitpunkt hatte die deutsche Demokratische Republik schon 30 (jährlich zwei Geehrte) Heine-Preisträger.

Als 1997 des 200. Geburtstages von Heine, der 1856 starb, in aller Welt gedacht wurde, legte der Talkshow-Literat M. Reich-Ranicki sein Buch „Der Fall Heine“ vor. Aufschlußreich für das schlechte Gewissen des bundesrepublikanischen Erbehüters: des Dichters Verhältnis zu Karl Marx und zum Kommunismus wird von Reich-Ranicki kleingeredet und mißinterpretiert. Er hätte z. B. Victors 1951 er-



Grafik: N. N. Shukow

Heine bei Karl und Jenny Marx (1844)

schiene Studie „Marx und Heine“ (Henschelverlag Berlin) lesen können, die vier Auflagen erlebte, oder Hans Kaufmanns 10bändige Heine-Edition (Aufbau-Verlag 1961/64). Warum auch? In der Liste der zum „Fall Heine“ benutzten Quellen gibt es für Herrn Reich-Ranicki die DDR und ihre kulturellen Leistungen überhaupt nicht. Eine erschreckende Ignoranz! Hier liegt wohl ein Grund, warum er seine Sammlung von Reden und Aufsätzen „Der Fall Heine“ titelte. Es ist eine immer wieder geübte Methode der Geschichts-

fälscher, um ihnen unangenehme Tatsachen einen großen Bogen zu machen, sie einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bin froh, daß ich in meiner Grundschul- und Oberschulzeit in Halberstadt schon 1950 bis 1956 u. a. „Die Lorelei“, „Die schlesischen Weber“, „Die Harzreise“, „Das Sklavenschiff“, „Nachtgedanken“ und „Deutschland – ein Wintermärchen“ im Unterricht kennenlernen durfte. Sie standen in unseren Lehrplänen, es gehörte zum Grundwissen, und viele Lehrer griffen gern zum Heine-Lesebuch von Walther Victor (bis 1974: 25 Auflagen!). Es gab damals bei uns eine Patriotismus-Debatte, die die wahre Liebe zu Deutschland ergründen wollte. Heines Liebe zu Deutschland trieb diesen ins Exil. Wir hingegen bauten in der DDR an einem neuen Deutschland, in dem Nationalismus, Militarismus und Antisemitismus mit ihren Wurzeln beseitigt waren – an Heines

wahrer Heimat.

Als Bundeskanzler Adenauer 1949 auf Wunsch der USA willfährig die westlichen Besatzungszonen Deutschlands – entgegen den Festlegungen des Potsdamer Abkommens der Alliierten – abtrennte, erwarb er sich den „Ruhm“ als Spalter der Nation. Das wird heute bei allen „Einheits-Hallelujas“ von den Herrschenden bewußt verschwiegen. Solange Adenauer lebte, gab es in der BRD keinen Heine-Preis. Hatte sie 1972 dann von uns „gelernt“?

**Werner Voigt**

## Deutsche Zustände

Jetzt weiß ich, es soll was bedeuten,  
daß ich so traurig bin,  
denn Lehren aus alten Zeiten,  
die kommen mir neu in den Sinn.  
Die Luft ist so schwül, und es schunkelt,  
der Michel plärret beim Wein,  
der Gipfel der Bosheit funkelt  
aus seinen Dummrederei'n.

Im Dunste der Kneipen tönt es,  
Großdeutschland sei erwacht,  
die dümmliche Bosheit hat es  
erneut zutage gebracht.  
Es lodert der Haß, und es schweigt  
das Herz und der Verstand,  
wer hat hier bloß aufgewiegelt  
in diesem uns'rem Land?

Aus Buchenwäldern leise  
klingt's: Deutschland nimm dich in acht  
und laß nicht in alter Weise  
die braune Gefahr an die Macht.  
Schon vor über einhundert Jahren  
hat Heine uns gemahnt,  
des besseren Deutschland einer,  
ein Dichter und Asylanter.

Zugesandt von Siegfried Richter, Berlin

## „... könnte ich fast den Kommunisten meine Liebe zuwenden“

„... und jetzt, da das Schwert der Hand des Sterbenden entfällt, fühle ich mich getröstet durch die Überzeugung, daß der Kommunismus, der sie (die Nachfahren der Teutomanen von 1815, die Red.) als erste auf seinem Wege finden wird, ihnen den Gnadestoß versetzen wird: und sicherlich wird das kein Keulenschlag sein, nein, mit einem einfachen Fußtritt wird der Riese sie zertreten, wie man eine Kröte zertritt. Das wird sein Debüt sein.

Aus Haß gegen die Parteigänger des Nationalismus könnte ich fast den Kommunisten meine Liebe zuwenden. Wenigstens sind sie keine Heuchler, die immer die Religion und das Christentum im Munde führen. Die Kommunisten haben allerdings keine Religion (kein Mensch ist vollkommen), die Kommunisten sind sogar Atheisten (was sicherlich eine große Sünde ist), aber als Hauptdogma bekennen sie sich zu einer Lehre, die das Wohl aller Menschen in allen Ländern erstrebt, zu einer allgemeinen Liebe zu allen Völkern, einem gütergleichen Bruderschaftsverhältnis unter allen Menschen, freien Bürgern dieses Erdballs. Dieses grundlegende Dogma ist das gleiche, welches einst das Evangelium gepredigt hat, dergestalt, daß dem Geist und der Wahrheit nach die Kommunisten sehr viel christlicher sind als unsere sogenannten germanischen Patrioten, jene beschränkten Verfechter einer exklusiven Nationalität ...“

(Aus dem Vorwort Heinrich Heines zur französischen Ausgabe seines Buches „Lutetia“, Paris, am 30. März 1855)



# Ein Leben für die Philosophie: Herbert Hörz

Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines Philosophen vor, in und nach der DDR". So hat Prof. Herbert Hörz sein neues Buch überschrieben, das 2005 im Berliner trafo verlag Dr. Wolfgang Weist erschienen ist. Es sind Stationen des eigenen Lebens, die der Autor beschreibt, wobei er an Ereignisse und Personen erinnert, die so manchem Interessenten bekannt sind. Er berichtet über das Werden eines in Stuttgart geborenen Philosophen, der in Thüringen seine Jugend verlebt, in Jena studiert und als Schüler von Georg Klaus an das Philosophische Institut der Humboldt-Universität zu Berlin geht. Er absolviert 1964 in Moskau einen Studienaufenthalt und kommt schließlich an die Akademie der Wissenschaften der DDR, deren Vizepräsident er eine geraume Zeit ist. Hier erlebt er die „schöne und komplizierte Zeit philosophischer Arbeit in der DDR“, muß dort aber auch demütigende Abwicklung, Berufsverbot und lähmende Arbeitslosigkeit hinnehmen. Doch Hörz war und ist Philosoph genug und besitzt zudem einen starken Charakter, der auch diese Belastungen verkraftet. Überdies zählen neben der unverdrossen ausgeübten wissenschaftlichen Tätigkeit auch die Familie zu den Ruhepolen in diesem unruhigen Leben. Darum sind viele Aussagen ihm nahestehenden Personen und insbesondere dem kreativen Gedankenaustausch mit seiner Frau, der Ethikerin Helga E. Hörz, gewidmet. In diesem Zusammenhang sei auf einen besonderen Vorzug des Buchs verwiesen: Der Autor

ist nicht nur Philosoph, sondern auch Historiker; so sind ihm die Würdigungen seiner Mitstreiter und zahlreichen Freunde innerhalb und außerhalb der DDR hoch anzurechnen. Sicher wäre ein Namensverzeichnis für Wissenschaftler von damals und heute nützlich gewesen, aber das hätte den Umfang des Buchs noch mehr erweitert. Immerhin verweist das Inhaltsverzeichnis auf einige Zeitgenossen des Autors.

Herbert Hörz ist ein kritischer Denker. Sein Verdienst ist es, die Wissenschaftsphilosophie ausgebaut und für Vertreter anderer Wissenschaftsdisziplinen erschlossen zu haben. Die Philosophie war und ist für ihn Erklärung der Welt, Ideengenerator und Lebenshilfe, weil und wenn sie spezielles Wissen in umfassende Beziehungen dialektisch einordnen kann. Damit begründet der Autor sein konsequentes Wirken für interdisziplinäres Arbeiten und seinen Wissenschaftsoptimismus. Dem Leser seines Buchs wird deutlich: Für Hörz gibt es keine Tabus. Stets hat er an Erkanntem und erst recht an bloß Verkündetem gezweifelt, denn „fehlender Zweifel ist der Tod von Wissenschaft und gesellschaftskritischer Philosophie“ (S. 520). Darum war und ist er auch gegen jegliche Überführung von Philosophie in Politik, wie sie von Robert Havemann und anderen gefordert wurde. Herbert Hörz lehnt konsequent Politisierungen ab: „Politische Haltungen haben in der Wissenschaft nicht über Wahrheit oder Falschheit von Erkenntnissen zu

richten“. (S. 208) Freilich macht sich der Philosoph auch Gedanken über Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft. So folgt er seit längerem der von ihm entworfenen Vision einer Assoziation freier Individuen mit sozialer Gerechtigkeit und ökologisch verträglichem Verhalten.

Aber zunächst vertritt er seine philosophischen Erkenntnisse und Überzeugungen heute und hier – als Präsident der inzwischen geachteten Leibniz-Sozietät und als noch immer international wirkender Philosoph ... und Bücherschreiber: „Wer einmal von der Wissenschaft ergriffen ist, den läßt sie nicht mehr los. Es ist wie eine Sucht ...“ (S. 516) Das ist auch eine Antwort auf die Frage, die wohl nicht nur der Rezensent sich stellt: Warum schreibt der Autor über Wenden, wenn er doch sich und seiner Sache treu geblieben ist? Herbert Hörz hat sich nicht gewendet und war schon gar nicht Wendehals. Für sein Leben und wissenschaftliches Wirken vor, in und nach der DDR trifft zu, was er einem Mitstreiter zu dessen „rundem“ Geburtstag geschrieben hat: „Sein Lebenslauf ist transparent und nachzulesen. Er behielt seine ungebrochene Haltung nach der Wende, ohne seine Biographie zu verleugnen und stand zu seinen Positionen. So ist er kein Nostalgiker, aber auch keiner, der vorauseilenden Gehorsam zeigt ...“ (S. 237) So ist er, der Herbert Hörz!

Ich wünsche dem Buch viele Leserinnen und Leser, dem Autor viel Kraft für weitere kreatives Philosophieren.

**Siegfried Birkner**



## „Was lest, hört und seht ihr?“

In der Straßenbahn, in der Mittagspause, liest du „Bild“, und bist du abends zu Hause, siehst du fern oder nimmst einen Schmöker zur Hand. Das frißt du rein, wie du Gulasch frißt, und fragst nicht, wessen Geistes Kind es ist, Hauptsache es spannt.

Und wenn du den ganzen Mist gefressen, dann hast du auf einmal alles vergessen, die Überstunden-Malochs, die Arbeitslosen, den Steuer-Horror, dann kommst du dir wie besoffen vor!

Du träumst dich in eine andere Welt hinüber, und du freust dich, daß du das Elend vergißt, weil das doch mal eine Ablenkung ist! Aber das ist ja der Zweck der Übung, mein Lieber! Die wickeln dich ein mit phantastischem Zwirn, und träufeln dir Opium in das Gehirn.

Da gibt es die netten Geschichten, wie die oberen Zehntausend ihr Leben einrichten, wo man die Überzeugung gewinnt, daß auch die Reichen nicht glücklich sind! Oder sie bringen Elendsromane und gießen über deine Misere ihrer letzten Weisheit tröstliche Sahne, daß die Armut ein Glanz nach innen wäre. Oder sie geben dir Kriegsgeschichten, um Mord- und Blutinstinkte zu züchten, damit du die nötige Stimmung hast, wenn man dir wieder den Stahlhelm verpaßt.

Und so weiter. Das hat aber seinen Sinn! Mein Junge, da liegt Methode drin! Ja, die verstehen das Gifteinrühren, um dein Gehirn zu narkotisieren. Die wollen die Gegensätze vermischen, die wollen dein Klassenbewußtsein verpanschen. Die nennen sich immer unpolitisch. Damit vernebeln sie deinen Blick. Laß dich nicht besabbern, sei kritisch! Kopf klar halten! Die Luft ist dick!

Ihr habt euch nicht mehr zu vertragen mit einer Klasse, die euch verblendet, damit sie ungestört eure Taschen umwendet! Lest Bücher, die euch die Wahrheit sagen! Erfüllt euch wieder mit Selbstbewußtsein und Kraft aus dem Wissen der kämpfenden Arbeiterschaft!

Licht in die Köpfe! Erkennt das Ziel! Menschen, macht eure Gehirne mobil!

*Erich Weinert (1931)*

Ein wenig aktualisiert von Dieter Itzerott

Im April vor einundfünfzig Jahren verließ ich die alte Bundesrepublik. Ich wollte nie Soldat werden. Das ist gelungen. In der neuen Bundesrepublik habe ich erfahren, ich wäre ein sogenannter weißer Jahrgang gewesen, der ohnehin nicht gezogen worden wäre.

Das Ende des von Deutschen begonnenen und zum Glück verlorenen Krieges erlebte ich als Neunjähriger im Keller eines fremden Hauses. Am Südharz. Darüber habe ich geschrieben. Das ist inzwischen auch schon fünfundzwanzig Jahre her. Der Text hieß: „Eltern kann man sich nicht aussuchen“. Darin steht: „Mein Vater war ein Nazi. Meine Mutter war es auch.“ Das brachte mir nicht nur Sympathien ein. Ich habe erzählt, wie wir im Keller einer Frau hockten, die als Kommunistin galt und die ihrem Sohn die Uniform gegen Zivilkleider gewechselt hatte. Wir öffneten die Kellertür, und das Morgenlicht brach blendend herein. Der Himmel war unwahrscheinlich blau, und hinter den hohen Fichten stand die Sonne. Als erstes sah ich den Kirschenbaum. Seine schäumende Blütenkrone lag über dem zerschmetterten Zaun, sein Stamm war ein jammervoll zerrissener Stumpf. Frau Duwe, in deren Keller wir den Beschuß schadlos überlebt hatten, sagte: „Der Krieg ist aus. Bäume wachsen wieder nach, Junge.“

Am Nachmittag brannte das Haus von Frau Duwe. Zuvor schleppten die amerikanischen Soldaten Kanister hinein und gossen Benzin aus. Hartmut, den Sohn von Frau Duwe, hatten sie mit einem Jeep fortgebracht. Zwei Soldaten mit Maschinenpistolen saßen neben ihm. Dann schlugen Flammen aus den Fenstern, und das Haus brannte lange. Es war die einzige Ruine in unserer Straße. Ihren Sohn sah Frau Duwe nicht wieder.

Der Text – hier nur andeutungsweise wiedergegeben – erschien 1981 im Kinderbuchverlag, Berlin. Zuvor jedoch in der Schweriner Volkszeitung. Auf wessen Veranlassung weiß ich nicht. Erinnerlich ist mir jedoch, daß mich kurz darauf der ehemalige Parteisekretär des Schriftstellerverbandes auf jener Straße ansprach, die eine ganze Weile zuvor noch „Straße der Nationalen Einheit“ geheißen hatte. Ob ich nicht Kandidat werden wolle. Ich glaube, er war ein wenig glücklicher Mensch. Einen Monat etwa bedachte ich mich und sagte dann, es sei wohl für die Partei als auch für mich besser, nicht zu kandidieren. Es gebrähe mir an der notwendigen Disziplin. Dies sei für beide Seiten nicht gut. Eine Ausflucht war dies nicht. Ich hatte mich gerade gegen Gepflogenheiten, nein sogar gegen geltendes Recht vergangen. Der Anlaß war Bruno Meyer.

Nun ist ein großer Zeitsprung vonnöten. In die Gegenwart. Im April 2005 führt die Elbe Hochwasser bis an die Deiche. Die Sonne scheint, ein frischer Wind weht von Südost. Ein Traumwetter, um mit dem Kajak von Lütkenwisch in Brandenburg nach Dömitz in Mecklenburg zu paddeln. Über die gefluteten Viehweiden, zwischen den schweren Eichen hindurch und den blühenden Rüstern, vor dem Deich, hinter dem die Dächer rot leuchten und die ersten

Störche auf ihre Nester zurückgekehrt sind. Von fern, im niedersächsischen Gorleben, grüßen die Insignien der Kernindustrie. Dann, am Rand der Hochuferstraße, der große, hölzerne Aussichtsturm aus der Zeit der Zonenrandförderung. Mit dem Blick in den Osten. Dort stand ich vor 25 Jahren mit einem falschen Paß. Neben Bruno Meyer. Er war schon sehr krank und hatte nicht mehr viel Lebenszeit.

Es ist ein Roman geschrieben worden über Bruno Meyer. Besser gesagt, über einen Teil seines Lebens. Der hat ihm – sowohl in seiner literarischen Form als auch im Faktischen – wenig behagt. „Wird Zeit, daß wir leben“ heißt das Buch. Der

inzwischen erblindeten Mutter zurückzukehren.

Als Einschub gesagt: Zur selben Zeit kam ich – als Ausländer – aus dem Staat Niedersachsen, aus dem Dorf Lindhorst, an die Knabenoberschule „Friedrich Ebert“ in den Staat „Freie und Hansestadt Hamburg“. Die kostete 20 DM Schulgeld pro Monat. Und weil meine Mutter und ich arm waren, schenkte mir mein Klassenlehrer zwei braune Hemden. Nicht ohne Hinweis, meine Mutter könne sie gewiß färben, und sie seien von guter Qualität. Bruno Meyer baute die Hamburger KPD mit auf, war Mitglied der Landesleitung, verantwortlich für Agitation und Mas-

---

## Brunos Hände oder der Blick über den Zaun

---

Autor Christian Geissler machte aus dem kommunistischen Polizisten und seinen Genossen im Hamburg der dreißiger Jahre Vorläufer der RAF, die vor einem Banküberfall nicht zurückschreckten. Die Realität war, daß Bruno Meyer als Polizist in einer Hamburger Haftanstalt versuchte, den inhaftierten Kommunisten Fiete Schulze und einen weiteren Genossen gewaltsam zu befreien. Dafür kam er vor Gericht. Die Todesstrafe wurde beantragt. Das Urteil fiel erstaunlich mild aus. Acht Jahre Zuchthaus nur. Abgesehen in Fuhsbüttel. Allerdings führte die Entlassung dann ohne Verzögerung geradewegs nach Sachsenhausen. Bruno Meyer überlebte bis zum Frühjahr 1945. Die sowjetische Armee hatte Österreich schon erreicht. Da mußte der KZ-Häftling die Uniform des Bewährungsbataillons anziehen, um gegen die „russischen Horden“ zu kämpfen! Was für eine Möglichkeit. Überlaufen zu den Genossen! Das gelang! Aber es wurde mitnichten ein Tag der Befreiung. Vielmehr schlossen sich viereinhalb härteste Jahre an. Steinkohlebergbau in der Ukraine.

Bis zum Jahr 49 dauerte es, daß Bruno Meyer seinen Status klären und entlassen werden konnte. Inzwischen gab es zwei deutsche Staaten. Und aus Potsdam, DDR, das Angebot, in leitender Stellung die Volkspolizei mitzugestalten. Er lehnte ab, um ins zerbombte Hamburg zur

senarbeit. Betraut mit mancherlei Nacht- und Nebelaktionen, wenn es darum ging, junge Leute über die „grüne“ Grenze zu bringen, die zum Pfingsttreffen in die „Zone“, nach „Ostberlin“ wollten. Das ging bis zum Jahr 56. Da war Bruno Meyer wieder ein Illegaler, in Folge des KPD-Verbots. Im übrigen bekam er weder für die KZ-Jahre noch für seine acht Zuchthausjahre eine Wiedergutmachung. Er war doch Kommunist, und mit seinen Handlungen als Hamburger Polizist hatte er größtenteils gegen jegliches Dienstrecht verstoßen! Der Rechtsstaat Bundesrepublik! Sein Glück war, einen klugen und freundlichen Menschen zu kennen, der ihm an der Hamburger Staatsbibliothek einen Arbeitsplatz schuf. Der blieb ihm auch während der Berufsverbotspraxis erhalten.

So viel zum kurzen Abriß eines deutschen Schicksals, von dem ich noch nichts ahnen konnte, als mir 1979 ein relativ dicker Brief aus Hamburg von unserer Postfrau in Wendisch Rambow ins Haus getragen wurde. Das gab es damals noch in unserem 22-Seelen-Dorf! Ein unbekannter Absender. Aber dann viel handschriftliche Überraschung. Ein Genosse aus dem KZ Sachsenhausen habe ihm ein Buch geschenkt. Das gefalle ihm sehr, und da habe er an den Berliner Verlag geschrieben und um meine Anschrift gebeten. Und von der Freude abgesehen, die ihm „Der Wald der großen Vögel“ bereite, seien er – und noch mehr seine Frau Ruth – so sehr

daran interessiert, ob es möglicherweise sogar eine entfernte, verwandtschaftliche Beziehung geben könne. Seine Frau sei eine geborene Spillner, und sie stamme aus dem Harz. Nun staunte ich noch mehr. Es erwies sich dann allerdings, daß wir leiblich nicht im geringsten verwandt waren. Im Fühlen und Denken aber sehr wohl!

Eine intensive Freundschaft wuchs über die Grenze. Es war ein starker Wunsch von beiden, mich kennenzulernen, doch gesundheitlich durfte sich Bruno eine Reise nach Mecklenburg nicht zutrauen. Zwei Blutstürze hatte er nur mit Mühe überlebt.

Dank der Hilfe zweier Verlage und der Unterstützung des Schriftstellerverbandes fuhr ich 1979 und 1980 nach Schweden. Ornithologen von dort hatten mich eingeladen. Birgitta und Jan, das seit Jahren befreundete Journalistenehepaar, halfen mit schwedischen Kronen. Ich fand etliche hilfreiche schwedische Freunde, konnte recherchieren und fotografieren. Bücher entstanden später aus diesem Material. Von Malmö aus war problemlos mit Hamburg zu telefonieren. Kein fremdes Ohr mußte bedacht werden. „Komm uns besuchen“, sagte Bruno. „In Malmö gibt es ein Konsulat. Nimm die Fähre nach Lübeck. Du bist ganz rasch in Hamburg. Mach Dir ums Geld keine Sorgen!“ „Jah“, sagte Birgitta, „kein Problem, ich kenn den Konsul, heißt auch Meier. Mit i.“ Sie telefonierte und fuhr mit mir zum Konsulat. Bei aller Zweistaatlichkeit war ich für Herrn Meier ohne Abstriche ein Bundesdeutscher. Gleichwohl war mir auch unwohl mit dem fremden Paß.

Am nächsten Tag war mir sehr wohl. Nie zuvor hatten mich bislang noch fremde Menschen so herzlich in die Arme geschlossen. Und wir fuhren an die Elbe, nach Ventschau, wo Ruth und Bruno eine kleine Hütte im Wald besaßen. Wir stiegen, sehr langsam, auf den hölzernen Turm über dem Fluß. Auf der anderen Seite lag meine gewählte Heimat, die geliebte, die befluchte. Da blinkte der Drahtzaun. Der Turm war gut und sehr stabil gebaut, die Holzbrüstung auch von Händen in Griffhöhe geglättet. Es war ein sehr zwiespältiges Gefühl. Ich blickte dorthin, woher ich kam. Wohin ich zehn Jahre nach Kriegsende gegangen war. Ich sah auf die alten Hände eines neuen Freundes auf der glatten Brüstung. Und dann verfolgte der Blick die Kerbspuren im Holz, Buchstabe für Buchstabe. Nicht unüblich an Ausflugspunkten. Als Bruno zur Seite trat, konnte ich den Satz lesen, ganz lesen. Tief eingekerbt, sauber geschnitten, stand da: „Ausländer raus oder ab in die Gaskammer!“

Wofür hast Du Dein Leben gelebt? Wofür hast Du gekämpft? Bruno Meyer, den die Freunde Simba nannten. Das habe ich nicht gesagt. Aber vielleicht hat er meinen Blick verstanden. Er zuckte ganz leicht nur die Schultern. „Das ist Alltag“, sagte er. An diesem Nachmittag empfand ich den Grenzzaun als Notwendigkeit.

**Wolf Spillner**

## Helmut Sakowskis Weg

Brigitte Reimann nannte ihn einst eine „Romanfigur“ und einen „Großfürsten“. Helmut Sakowski wurde am 1. Juni 1924 im märkischen Jüterbog geboren. Der einstige Förster in der Altmark, dessen Ausbildung im Katzhütter Revier und in der Rhön erfolgte, wandte sich 1961 ausschließlich dem Schreiben zu und siedelte sich im mecklenburgischen Neustrelitz an. Der Schriftsteller saß auch in der DDR-Volkskammer und war Mitglied des Zentralkomitees der SED.

In den weit über vier Jahrzehnten seiner literarischen Tätigkeit schrieb er Stücke, Szenarien, Hörspiele, Reportagen, Erzählungen, Romane und Kinderbücher. In diesen fing er ein, „was das Leben von Menschen im Osten Deutschlands ausgemacht hat ...“ Frauengestalten gelangen ihm am besten, so Lene Mattke und Gertrud Habersaat. Sakowskis Fernsehspiele und TV-Mehrteiler (Fernsehromane genannt) erwiesen sich als Höhepunkte seines Schaffens, wie „Die Entscheidung der Lene Mattke“ (1958), „Wege übers Land“ (1968), „Daniel Druskat“ (1976) und „Verflucht und geliebt“ (1981). Seine Filme und Bücher vermehren die Umbrüche jener Zeit. Die Figuren fungierten nicht als Sprachröhren, sondern waren lebhaftig ausgeprägte Individuen als Träger gesellschaftlicher Entwicklung. Schicksalswege, überzeugend und ansprechend zu gestalten, war Sakowskis Stärke. Er verstand zu fabulieren, Szenen zu bauen und Vorgänge spannend darzubieten. Hauptrollen spielten Armin Mueller-Stahl, Manfred Krug, Angelica Domröse, Hilmar Thate und Ursula Karuseit, die teilweise mit diesen Filmen ihre bemerkenswerten Karrieren starteten. Die Filme erfuhren auch nach 1990 im Spätprogramm mehrerer Sender vielbeachtete Wiederholungen. Ende 1990 wurde der TV-Dreiteiler „Marie Grube“ ausgestrahlt, zu dem Sakowski das Szenarium nach dem Roman von Jens Peter Jacobsen geschrieben hatte. Vorgestellt wurde in dem um 1650 in Dänemark angesiedelten opulenten Sittenbild der Lebensweg und die außergewöhnliche Liebesgeschichte der Marie Grube. 1991 erschien seine Novelle „Stiller Ort – oll mochum“, in der er die Verfolgung von Juden vor und nach 1945 gestaltete. Der Thienemanns-Verlag Stuttgart/Wien brachte fünf Kinderbücher Sakowskis heraus, darunter die „Katja-Henkelpott-Erzählungen“. Besonders erfolgreich war schon vorher „Wie brate ich eine Maus?“ über das Schicksal eines „Scheidungskindes“ gewesen. Der Aufbau-Verlag legte die dreibändige Mecklenburg-Saga „Die Schwäne von Klevenow“ (1993), „Schwarze Hochzeit auf Klevenow“ (1994) und „Wendenburg“ (1996) vor. In dieser ging es um die Geschichte des mecklenburgischen Adelshauses Schwan und die der kleinen Leute im 19. Jahrhundert. In dem Roman „Die Geliebte des Hochmeisters“ (2004) spannte der Autor einen Bogen von den Jahren des Hitlerfaschismus bis in die Gegenwart und enthüllte das Geheimnis der Ira Thurau. Er erzählte, wie gewöhnliche Menschen in Geschichte verwickelt werden und sich ihre Lebenswege immer wieder kreuzen. Sakowski schrieb ein Vierteljahrhundert nach dem erfolgreichen TV-Fünfteiler „Wege übers Land“, der 1968 ein Millionenpublikum begeistert hatte, ein Prosawerk, das der Aufbau-Verlag 2005 als Roman herausbrachte.

Helmut Sakowski starb 81jährig nach einem längeren Herzleiden am 9. Dezember 2005 in seinem Haus in Wesenberg in Mecklenburg-Vorpommern.

**Dieter Fechner**



**Unvergessene Opfer des kalten Krieges, die als Kommunisten in der alten BRD jahrelang eingekerkert worden waren: Willi Gerns und Karl Stiffel**

# Der „Zug der Blinden“ und der Chemnitzer Brühl

Der Chemnitzer Brühl ist ein großes Arbeiterwohngebiet der Gründerzeit. Hohe Dreigeschoss mit klar strukturierten Fassaden säumen die als Boulevard gestaltete Längsachse; durch Parallel- und Querstraßen ergaben sich große Häuser-Karrees mit weitläufigen Innenhöfen.

Das Gebiet kam im Bombenterror vergleichsweise glimpflich davon – anders als das angrenzende Stadtzentrum, wo in den sechziger Jahren Karl-Marx-Stadts komplexe Neugestaltung begann. Funktional hochwertige, mit großzügigen Versorgungsquerbauten verbundene Großplatten-Achtgeschosser sowie Verwaltungs- und Bürohochhäuser erwachsen entlang breiter Alleen und Straßen. Das Ergebnis war beeindruckend und wenig anheimelnd zugleich. Auch daraus folgte wohl der Beschluß, einen stadtatmosphärischen Kontrapunkt zu setzen. Gegenstand der „komplexen Rekonstruktion“ wurde der Brühl, und meine eigene Entwicklung korrespondierte gleichsam damit.

Dazu eine kurze Rückblende: Als gelernter Fernmeldebaumonteur arbeitete ich im Fernsprech-Entstörungsdienst der Deutschen Post der DDR. Dort trat ich der SED bei. Geistig so interessiert wie am Verfassen von Texten schloß ich mich einem Zirkel Schreibender an. Nach einigen Presse-Veröffentlichungen fand ich mich in einer bezirklichen Fördergruppe wieder: Beim allmonatlichen Tag der Arbeitsfreistellung ging es seminaristisch, geleitet von Profis des Metiers, um schreibhandwerkliche Steigerung. Wenig später erhielt ich eine Offerte, die mein Dasein umlenken sollte. Sie kam von der Abteilung Kultur des Rates des Bezirkes: Man trug mir die redaktionelle Nachfolge beim kulturellen Periodikum PODIUM an.

Es war für mich, den dazu Unterqualifizierten, ein Wagnis. Doch: Man vertraute mir – bei nur kurzer Einarbeitung – viel an und traute mir nicht weniger zu. Jahre danach sollte man mir noch alternativ zum nachzuholenden Journalistikstudium großzügig das Hochschulstudium am Leipziger Literaturinstitut ermöglichen.

Da nun bei monatlich zu füllenden 24 Druckseiten das ganze Spektrum von Kunst und Kultur im Bezirk mein Gegenstand war, so als ein Schwerpunkt auch die Vorgänge am Brühl. Wo es ja um viel mehr als um Sanierung ging. So war es in staatlichen Verlautbarungen umschrieben: „Allseitig entfaltete Persönlichkeiten mit reicher Gefühls- und Gedankenwelt“ sollten sich nicht zuletzt auch durch einen Reichtum an Kunst und Kultur herausbilden. So entstanden denn am Brühl Atelierwohnungen und eine Galerie, ein Haus der Volkskunst und ein Café als Begegnungszentrum; Skulpturen, Reliefwände und künstlerische Brunnen bereicherten den Boulevard und die Plätze. Ein großes Gastronomiezentrum war vorgesehen. Angeführte Einrichtungen spielen in meinem im Vorjahr herausbrachten Roman „Der Zug der Blinden“ ihre Rolle

## Brühl

als Bezugs- und Handlungsorte eines Figurenensembles, das mir die DDR-Gesellschaft in gesellschaftlichem Mikrokosmos verkörpert.

Doch damit ist vorgegriffen. Vor 89 hatte ich „nebenberuflich“ Hörspiele, Kurzprosa und in der Reihe „Spannend erzählt“ des Verlags Neues Leben Berlin in dreifacher hoher Auflage mein erstes Buch veröffentlicht. Die Idee zu „Der Zug der Blinden“, sie drängte sich mir erst am „gestorbenen“, verödeten „Nachwende“-Brühl auf.

Das Figurenensemble reicht von Maler Janssen und Baubrigadier Schäfer, dessen Frau, der Lehrerin an der Brühlschule, Inge, und der Kulturfunktionärin Didoni, der Stadtarchitektin Elviera, Janssens geschiedener Frau, und der Schäfer-Schwester und Café-Chefin Linda bis hin zu Lenk, dem mit Linda liierten „Bau-General“ des Brühl. Alle sind wie verquickt in teils harten Konflikten und Widersprüchen. Indes: Es handelt sich um nichtantagonistische, also potentiell voranbringende Widersprüche. Der nicht schuldlos arbeitsunfähig gewordene, sich in schwerer Identitätskrise befindende Schäfer schöpft Hoffnung aus sich ihm „am Brühl“ gleichwohl noch bietender Entfaltungsmöglichkeit. In Anfängen volkskünstlerischen Tuns beginnt sich ihm „der Blick zu weiten“. Schwer vor den Kopf stößt ihn, den „künstlerischen Stümper“, Malzirkelleiter Janssen. Dünkelhaft wird eine Chance verspielt: Sollte doch Volkskunst nicht vornehmlich Künstler zeugen, sondern geistig bereichern. Schäfers tiefe Enttäuschung mündet im alkoholischen Exzeß. Folge ist, daß Inge, die neue „Reisefreiheit“ ausnutzend, sich ihm, dem „rückfällig“ Gewordenen, in Trennungsabsicht „gen Westen“ entzieht.

In solcher Lage befindet sich Schäfer, als er sich in Janssens Ausstellung in der Café-Galerie als „sozialistischer Arbeitersieger“ gemalt findet – so gemalt von Janssen im Glauben, damit bei dem Verprellten und dadurch Abgestürzten etwas wiedergutmachen zu können. Der indes zerstört blindwütig das Bild – untermalt von „Wir-sind-das-Volk“-Rufen auf dem Boulevard.

Die aus solcher Konflikt-Kulmination erwachsenden Einsichten – auch Janssens – können für „den Brühl“ zu nichts mehr führen, weil man ihn soeben im übertragenen Sinne seiner Grundlagen beraubt. Sinnhaft kommt das zwischen Bau-„General“ Lenk und Linda zum Ausdruck. Linda will im Café umgestalten, um mehr „Nähe zwischen

den Leuten“ herzustellen. Dabei muß sie an Babette, die ihr bei solchem Vorhaben fehlende, da via Ungarn „abgehauene“ Serviererin denken. Sie denkt: „Aufgeben wollte sie ihren Plan nicht – auch wenn Lenk ihn illusorisch nannte, sie hörte ihn: „Falls es hier wie drüben wird, kannst du dein gastronomisches Heimstätten-Vorhaben sowieso schon vergessen; denn dann geht's nur noch um Knete! Und wer weiß, ob's dein Konsum-Cafe nächstes Jahr überhaupt noch gibt. Für mein Baukombinat gilt dasselbe.“

Der Buchtitel ist übrigens abgeleitet von dem Tafelbild Janssens, wo eine Fata Morgana des Überflusses einen im übertragenen Sinne blinden – oder auch verblendeten – Menschenzug anlockt.

Zu künstlerischer Hinterlassenschaft werden Janssen auch die Entwürfe zu gesellschaftlichem Auftragswerk: einem großen Wandgemälde mit authentischen Zeitgenossen vom Brühl. Zitat: „Durch gemalte Fassaden ließ er blaß den Brühl von ehemals durchscheinen. Schemenhafte Frauen- und Männergestalten von proletarischem Habitus scharte er um blaßrote Fahne – wie eingeordnet in die Gruppierung die heutigen Leute vom Brühl.“ Zu denen die des Figurenensembles gehören. Aller Ausdruck ist wie von stummer Frage bestimmt – einer, die gleichsam einer Zukunft „nach dem Brühl“ gilt.

Es versteht sich, daß ich „Der Zug ...“ nur im Eigenverlag, nicht aber in Bestseller-orientierter Verlagsszene des Mainstream, und damit also nur unter persönlichen Opfern herauszubringen vermochte.

**Peter Löw**  
*Der Zug der Blinden*, 200 S., 10,90 €. ISBN 3-9807482-1-9. Zu beziehen portofrei bei LIONS Verlag, Schulstr. 5, 09648 Mittweida, Tel./Fax 03727 3949. Beim Buchhandel auch erhältlich über das LIBRI Barsortiment



Zeichnung: Lydia Kuhn

**Leserbriefe an  
RotFuchs**



Zum Jahresanfang schicke ich Euch aus England viele Grüße mit den besten Wünschen für Gesundheit, Glück und Erfolg. Ich lese den „RotFuchs“ jedes Mal vollständig durch und bedanke mich aus tiefem Herzen, daß ich diese Zeitschrift jeden Monat druckfrisch aus Berlin in die Hand bekomme.

Im Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stand einmal folgende Formulierung: „Dem siegreichen Voranschreiten des Sozialismus steht der Niedergang des Kapitalismus gegenüber ...“ Ja, das nächste Mal müssen wir dafür sorgen, daß es Wirklichkeit wird.

**Anthony Northcott Rich,  
North-Devon, Großbritannien**

Es ist schon über 15 Jahre her, daß wir unseren Urlaub am Schwarzen Meer und an der Ostsee verbrachten, um einen Einblick in den Sozialismusversuch zu erhalten. Dem ND entnehme ich jeden Tag, wie schlecht sich das meiste seitdem entwickelt hat. Eine neue Wende wird irgendwann kommen. (...)

Übrigens hatte nicht nur die DDR eine Staatssicherheit. Bei uns in Norwegen bekamen 30 000 Linke ihre Akten und wurden registriert. In meiner Mappe fand ich 70 Seiten. Seit vielen Jahren haben wir von der Regierung eine Entschuldigung gefordert. Erst am 19. 5. 2005 wurde sie im Parlament ausgesprochen. (...) Heute haben die Linke und das Zentrum bei uns die Mehrheit. Wir glauben, daß die neue Regierung einiges verbessern könnte. Ich gratuliere der PDS zu ihrem großen Wahlerfolg. Aber: Geht bitte nicht weiter nach rechts. (...)

Es gibt im „RotFuchs“ viele interessante Artikel, vielleicht auch einige Betonköpfe. Ich übersetze manches für „FRIHETEN“, die Wochenzeitung der KP Norwegens. Auch den Leitartikel vom Dezember-RF habe ich in unsere Sprache übertragen. Nebenbei bemerkt: Ich schicke den „RotFuchs“ an einige kommunistische Freunde. Wir werden Euch deren Adressen senden und Geld dazu.

**Age Fjeld, Moss, Norwegen**

„Wenn wir nicht lernen, den Menschen als die schönste und wunderbarste Erscheinung dieses Planeten zu bewundern, werden wir nicht frei von Niedertracht und Lüge. Mit dieser Überzeugung bin ich in die Welt gegangen, mit ihr werde ich die Welt verlassen. Wohin ich gehe, werde ich unerschütterlich daran glauben, daß die Menschheit einmal erkennen wird: das Allerheiligste ist der Mensch!“ Mit diesen Worten von Maxim Gorki grüßen wir alle „RotFüchse“ am Beginn des neuen Jahres.

**Dr. Matin Baraki und Kerstin, Marburg**

Zum Jahreswechsel möchte ich allen am „RotFuchs“ Mitwirkenden nochmals danken. Dies gilt natürlich auch für die Verfasser der zahlreichen Leserbriefe. Als Parteiloser freue ich mich, eine politische Heimat gefunden zu haben, auch wenn dies nicht DIE Partei ist, die es noch zu schaffen gilt. In der Debatte um die Gründung einer solchen zum jetzigen Zeitpunkt schließe ich mich übrigens Klaus Steiniger und Co an. Es wäre dies ein kontraproduktiver Schritt, welcher sich gegen die Aufgabe der Bündelung von linken Kräften richten würde. Ich habe die Diskussionen im RF verfolgt und denke, wir sind weiterhin auf dem richtigen Weg.

Leider konnte ich an der Mitgliederversammlung des Fördervereins nicht teilnehmen, obwohl ich gerne gekommen wäre. Meine Hochzeit am 3. Dezember hat dies verhindert. Ich hoffe, ihr hatet einen ähnlich schönen und erfolgreichen Tag wie ich. Im nächsten Jahr möchte ich etwas aus meiner „politischen Isolation“ hier im Schwarzen

benland (CDU-regierte 7000-Seelen-Kleinstadt) entfliehen können, um die eine oder andere RF-Veranstaltung in Ostdeutschland zu besuchen.

**Christian Krähhling, Bad Wimpfen**

**Gratulation!**

Lieber Christian, Redaktion und Verein gratulieren Dir und Deiner Frau zur Eheschließung am 3. Dezember auf das herzlichste.

Prof. Dr. Eberhard Röhner sei Dank für seinen Beitrag „Erfolge und Widersprüche in der DDR-Kulturpolitik“. Als West-Bürger hatte ich immer eine Außensicht auf die Dinge, welche die DDR betrafen. Diese setzte sich aus den Informationen zusammen, die im Westen über die Medien verfügbar waren, und denen, die ich über Freunde erhalten konnte, die dort lebten oder gelebt hatten. Erinnerlicherweise zeigten die West-Medien kein sonderliches Interesse an einer Aufwertung oder auch nur einer fairen Bewertung der dortigen Vorgänge und somit auch nicht an der Kulturpolitik. Allerdings kam man an einigem doch nicht so einfach vorbei. Gerade in den Bereichen Musik und Theater hatten sich Orchester, Bühnen und Solisten Weltgeltung erworben, ganz zu schweigen von der Museumslandschaft als Kulturerbe! Eine andere Ebene betraf aber auch die Bildungspolitik. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen „Pisa“-Debatten war mein Eindruck hinsichtlich meiner Erfahrungen mit DDR-Bürgern immer der, daß sie in aller Regel über einen beachtlichen Bildungsstand verfügten. Selbst diejenigen, die zu ihrem Staat ein eher kritisches Verhältnis hatten, verdankten ihm zugleich jene Fähigkeit zu analytischem Denken, die hierzulande eher vom Aussterben bedroht ist. Wer wie ich als jemand, der im Kulturbereich beschäftigt ist, zunehmend mit der Bereitschaft konfrontiert wird, daß Menschen sich wieder irgendeinem Aberglauben zuwenden, wie er in Gestalt der Esoterik, neuen Sekten und fundamentalistischem Unsinn daherkommt, der greift sich an den Kopf, denn offensichtlich müssen wir die Aufklärung wiederholen, weil sie in Vergessenheit geraten ist. Das kulturell-gesellschaftliche Bewußtsein gerade unter den Jugendlichen ist eine bildungspolitische Gesamtkatastrophe mit gravierenden Folgen für das Gemeinwohl. Ich kann derzeit nicht erkennen, daß dem über veränderte fortschrittlichere Lehrpläne begegnet wird. Auch die politische Linke hat noch nicht erkannt, wie brisant dieses Thema und wie entsprechend groß die Notwendigkeit ist, sich auf dieser Ebene deutlich zu Wort zu melden.

**Michael Mansion, Wallerfangen**

„Im übrigen liegt das Verschwinden der Symbole einstiger Bolschewistenherrschaft, auch in Gestalt von Gebäuden im Rahmen des Vernichtungskampfes. Weder geschichtliche noch künstlerische Rücksichten spielen hierbei im Ostraum eine Rolle.“

Ist das nicht ein realistischer Kommentar zum Abriß des Palastes der Republik? Der Text stammt aus dem Befehl des Armeeoberkommandos 6 über das „Verhalten der Truppe im Ostraum“ vom 10. Oktober 1941. Gelesen habe ich ihn bei R. Kühnl „Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten“, Köln, 2. Auflage, 1977, dort Dokument 240.

**Dr. Wolf-Dieter Gudopp, Frankfurt a. M.**

Wenn aber das Volk sein Recht verloren hat weil die Republik keine Republik mehr ist wenn Ungleichheit herrscht im Land darf der Palast der Republik nicht mehr daran erinnern daß er einmal das Haus des Volkes war

**Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg**

Dadurch, daß ich einer von über fünf Millionen Erwerbslosen in diesem deutschen Ausbeuter- und Unrechtsstaat und dazu noch als Bezieher von Arbeitslosengeld II auch durchartz IV betroffen bin, beschäftige ich mich ziemlich viel mit diesem Übel und dessen Ursachen, auch auf gewerkschaftlicher Ebene. Dabei gerät die ver.di-Erwerbslosengruppe hier in Hannover oftmals in Streit mit den Gewerkschaftsfunktionären. Und das erst kürzlich wieder, indem wir an soziale und andere Einrichtungen Briefe mit der Aufforderung versandten, keine Erwerbslosen über Ein-Euro-Jobs zu beschäftigen, weil diese reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze vernichten, auch wenn sie nur als „Arbeitsmöglichkeiten“ bezeichnet werden. Da haben dann diese Funktionäre Entschuldigungsbriefe an jene Einrichtungen geschrieben und uns gewerkschaftsschädigende Tätigkeit vorgeworfen. Dagegen haben wir Erwerbslosen natürlich protestiert, und es wurde teilweise furchtbar laut im Saal, zumal auch Kollegen dort waren, die bereits zwangsweise Ein-Euro-Jobs annehmen mußten und sich dabei in eine völlig rechtlose Situation versetzt fühlten. Bei Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit wurden sie einfach als Faulenzer bezeichnet. Aber das schien diese Funktionäre, die als ver.di-Mitarbeiter gut verdienen, nicht sehr zu interessieren.

**Arthur Müller, Hannover**

Für den BRD-Bürger steht in der Regel das Eigentum weit an der Spitze seiner ideellen Werteskala. Diese gilt offenbar nicht für zweitklassig zu behandelnde „Neubundesbürger“ aus der DDR.

Nach der „Wende“ befreite man sie ohne jegliche Entschädigung von ihrem hart erarbeiteten Volkseigentum. Ihr Zig-Milliarden-Vermögen wurde durch die Treuhänder in eine Zig-Millionen-Schuldenhalde verwandelt, die jetzt von ihnen mit abzutragen ist. Ergänzend soll nunmehr auch auf solider Rechtsgrundlage geschaffenes privates Eigentum Abertausenden entzogen werden. Grundlage dafür bietet ein „Schuldrechtsanpassungsgesetz“, das nach längerer Übergangsfrist ab 2007 für ganz Deutschland gelten wird. Es ermöglicht die „Zusammenführung des Eigentums an Grund und Boden mit darauf errichteten Gebäuden“. Absolut negiert wird das zum Bauzeitpunkt in der DDR geltende Recht. Die Bürger konnten damals Nutzbauten als Privateigentum auf volkseigenem Grund und Boden errichten. Das Volkseigentum wurde inzwischen zerstört. Man überließ es den Städten und Gemeinden der sogenannten neuen Bundesländer, die Gesetzesverwirklichung nach ihrem Ermessen vorzunehmen. Wenn sie keine entsprechende Entschädigung zahlen und den Verkauf von Grund und Boden ablehnen, bleibt der Weg einer langfristigen Gesamtverpachtung der Flächen samt Bebauung. In der Stadt Riesa betrifft es z. B. 3794 Garageneigentümer. Ihnen wurde erklärt, der Gesetzgeber gehe davon aus, daß private Garagen nicht den gleichen Stellenwert wie Wohnhäuser haben könnten, was kein Verkaufsrecht begründe. Die Garagen besäßen nur noch einen geringen finanziellen Wert, und der Eigentumsverlust sei daher niedrig. Mit einer derartigen Einschätzung des Gebrauchswerts der zumeist gut gewarteten Garagen soll offenbar die Wegnahme des Privateigentums früherer DDR-Bürger bagatellisiert und gerechtfertigt werden.

**Arndt Näser, Riesa**

Lothar Bisky hielt es für opportun, sich am 21. 12. 2005 in der Wochenschrift „Die Zeit“ über seine Nichtwahl zum Vizepräsidenten des Bundestages auszuweinen. Ja, entschuldige, Lothar Bisky, wenn ich dafür keine andere Bezeichnung finde. Seit wann erwartet ein, sagen wir, Sozialist, „fair“ vom Bürgertum behandelt zu werden? Lothar Bisky empfindet seine Nichtwahl als persönlichen Tort, als Abstempelung, wie er sagt. Wie viele Kommunisten, Sozialisten und Antifaschisten waren stolz darauf, von der bürgerlichen Gesellschaft als solche bezeichnet zu werden! Sie empfanden es nicht als „Abstempelung“, sondern als Anerkennung ihres unbeugsamen

Willens, für die Rechte der Menschen und gegen den Krieg einzutreten.

Lothar Bisky ist mit dem „Makel des Ostens“ ausgestattet. So ein Pech, daß er in der DDR, im „Osten“, einen Lehrstuhl hatte, hier Mitglied der SED wurde und Anerkennung fand. Statt dessen ist es ihm wichtig, wenigstens ein kleiner „Widerständler“ gewesen zu sein. ... er habe ja auch Kritik in der DDR geübt. Na, so was aber auch! Das war doch wohl beinahe lebensgefährlich, oder doch nicht??? (...)

Entschuldige, Lothar Bisky, daß ich mich durch Deine Nichtwahl im Bundestag nicht so wie Du getroffen fühle. Ich hatte nämlich die Situation in Deutschland nicht falsch eingeschätzt, sondern war davon ausgegangen, daß man uns, den Funktionären und Verantwortlichen in der DDR, an welcher Stelle auch immer, nie verzeihen wird, daß wir unter schwierigsten Bedingungen versuchten, das Leben menschlicher zu machen, die wahren Schuldigen am Völkermord zu bestrafen, den Reichtum gleichmäßiger zu verteilen und vor allem die „Eigentümer“ der Fabriken und des Bodens 40 Jahre lang von ihrem Eigentum zu trennen und es denen zur Verfügung zu stellen, die es mit ihren Händen einst geschaffen hatten. Lothar Bisky fühlt sich getroffen durch die Nichtwahl. ... Ist das nicht ein wenig zu viel Eigenliebe?

Links habe ich nicht gewählt wegen Lothar Bisky. Nach dem Interview in der „Zeit“ neige ich zu sagen: trotz Lothar Bisky.

#### **Kurt Koopmann, Seddiner See**

Das Januar-Heft des RF gefällt mir ob der politischen Vielfalt und Aussage gut. Weniger angetan bin ich aber vom Artikel Wolfgang Schmidts über die Erstürmung der MfS-Zentrale. Er ist eine ziemlich flache Darstellung des Ereignisses und bringt nichts Neues. Nur Feststellungen, aber keine Begründungen, kein Hinweis auf die Stellen, die dieses oder jenes veranlaßt haben, wodurch das MfS in einen desolaten Zustand versetzt wurde. Der Artikel zeigt im besten Fall die Ohnmacht des MfS in der konkreten Situation. Mir fehlt eine selbstkritische Haltung dazu, daß der Konterrevolution fast „freiwillig“ Tausende und aber Tausende vertrauliche Akten, Dokumente, Materialien übergeben wurden, so daß dadurch viele treue DDR-Bürger in eine verhängnisvolle Lage gebracht wurden. Man fragt sich, wer die Schuld daran trägt, daß mit der notwendigen Vernichtung so lange gezögert wurde. Andere staatliche Stellen und Parteiorgane waren in dieser Situation pfißiger. Oder soll über das Versagen des „Schwertes der Revolution“ nicht geschrieben werden?

#### **Dr. Rudolf Dix, Zeuthen**

Im vergangenen Jahr war ich sehr froh, mit der UZ und dem „RotFuchs“ endlich wieder marxistische Publikationen zu finden. Seither habe ich sie mit Interesse und Gewinn verfolgt. Wie schon andere Leser konstatierten, wird auch ein etwas freierer Meinungsaustausch gepflegt, als das in der DDR der Fall war, wenn auch noch sehr vorsichtig. Ich habe mich gefreut, in Eurer Dezember-Ausgabe meinen Bericht über den Besuch einer Veranstaltung mit Prof. Wolfgang Leonhard zu finden. Daß Ihr kürzen müßt, um möglichst viele essentielle Gedanken auf einmal gegebenem Raum unterbringen zu können und Redundanz zu vermeiden, verstehe ich natürlich, obwohl letztere auch im „RotFuchs“ zu finden ist. Ist es aber ein Ausdruck der oben erwähnten Vorsicht, daß Ihr meine Zuschrift verändert habt? Ich hatte die Worte mit Bedacht gewählt. Statt arrivieren steht jetzt ankommen. Beides ist nach dem ursprünglichen Wortsinn zwar das gleiche, aber im praktischen Sprachgebrauch nicht mehr. Wir alle (DDR-Bürger) sollen in der BRD „ankommen“, d.h. uns mit ihr identifizieren. Wir können aber nicht alle, und das ist sicher auch nicht erwünscht, „arrivieren“, was meint, in die herrschende Schicht aufgenommen werden. Wer das in der BRD erreicht hat, ist mein Feind oder mindestens mein Gegner.

#### **Gerhard Wenzel, Berlin**

Ich bin ein „Wendekind“ (Baujahr 72) und ein begeisterter Leser Ihrer Zeitschrift. Sie geben oft Antwort auf die grundlegende Frage: Wem nützt es? Das zeichnet den „RotFuchs“ aus, macht ihn für mich unentbehrlich. Von den offiziellen Medien ist Aufklärung über Hintergründe und Ursachen politischer und wirtschaftlicher Ereignisse ja nicht zu erwarten, da diese mit der gezielten Verdummung der Menschen allzu offensichtlich beschäftigt sind. Meiner Ansicht nach sollten Sie Ihr Hauptaugenmerk auf aktuelle Vorgänge lenken. Ich finde, der RF hängt noch zu sehr der Vergangenheit nach! Die DDR war auch mein Vaterland, und ich habe sie geliebt. So, wie ich dieses System, in dem wir jetzt leben – die Diktatur des Kapitals –, hasse! Aber wir sollten uns damit abfinden, daß wir an der Vergangenheit nichts mehr ändern können, und uns statt dessen auf Gegenwart und Zukunft konzentrieren. Der „RotFuchs“ ist ein gutes Forum, rütteln Sie die Menschen wach! Decken Sie Hintergründe auf, und beantworten Sie noch mehr die Frage: Cui bono? Übrigens: Die Rolle des Vatikans wäre mal ein lohnendes Thema.

#### **René Grohmann, Leipzig**

Mit dem Dezember-Leitartikel haben Sie sicher nicht nur mir aus dem Herzen gesprochen. Wenn doch nur die politische Führung zu DDR-Zeiten eine ähnliche Konzeption im Umgang mit den Bürgern unseres Landes verfolgt hätte – ich bin mir sicher: Das Engagement des einzelnen für die Sache des Sozialismus hätte eine so schmachvolle Niederlage, wie wir sie 1989/90 hinnehmen mußten, nicht zugelassen.

Im Bericht von Frank Mühlfeldt zum Verlauf der Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins (Januar-Ausgabe) hat mich besonders ein Satz beschäftigt: „Mehr Wirksamkeit unter Jüngeren wurde von einigen Lesern gefordert.“

Unlängst hatte ich einen jungen Fliesenleger im Haus, der unser Bad renovierte. In seiner Frühstückspause kamen wir ein wenig ins Gespräch. Natürlich ging es um Gegenwartsthemen. Ich machte aus meiner linken Position kein Hehl und erzählte ihm, daß ich mich nach Rückkehr aus Krieg und Gefangenschaft noch 1945 der SPD angeschlossen hatte. Und da stellte er mir eine Frage, die mich doch recht nachdenklich machte: „Und was hat Ihnen das gebracht?“

Mir wurde einmal mehr bewußt, daß unsere Generation nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ganz anders motiviert war, etwas Neues aufzubauen, wozu eben gehörte, sich politisch zu engagieren. Die jungen Menschen dieser Zeit kriechen ja nicht aus Kellern und Gräben hervor. Sie hören nur, daß sich alles „rechnen“ muß.

Am Ende seines Arbeitstages gab ich dem jungen Handwerker zwei „RotFuchs“-Exemplare mit und bat ihn, mir am nächsten Tag seine Meinung zu sagen. Tags darauf sein Kommentar: „Ist ja sicher alles richtig, was da geschrieben wird. Aber für mich steht da nichts drin. Das ist wohl mehr für Leute ab 50.“

Womit ich wieder beim eingangs zitierten Satz wäre: „Mehr Wirksamkeit unter jüngeren Lesern...“

Die Enkel fechten's besser aus? Aber wie denn, wenn wir es nicht verstehen, ihnen unsere Erfahrungen motivierend zu vermitteln.

#### **Helmuth Hellge, Berlin**

Hallo, liebe Freunde, ich bin seit drei Monaten Internet-Leser des „RotFuchs“. Da ich aus Altersgründen gesundheitlich nicht mehr ganz fit bin, kann ich mich nur insofern an Eurem Kampf beteiligen, daß ich Bekannten die Zeitung weiterempfehle. Ich danke dafür, daß es Euch gibt. Mit fast allen Beiträgen stimme ich voll überein.

#### **Dieter Trietschel, E-Mail**

Ich möchte Ihnen danken, daß der „RotFuchs“ ins Leben gerufen wurde. Für mich sind die meisten Beiträge Orientierung, aber auch Hilfe zur Einschätzung der gegenwärtigen nationalen und internationalen Lage.

Meine besten Jahre habe ich in der DDR leben können. Heute bin ich besonders froh, daß ich

die Möglichkeit hatte, mich zu bilden und gleichberechtigt beruflich tätig zu sein. Wovon jetzt nur geredet wird, war in der DDR längst Wirklichkeit.

#### **Irmtraud Dynra, Leipzig**

Was den Schröder betrifft, so hat sich dieser um das Vaterland verdient gemacht, dadurch, daß er seine Arbeitsstelle, wie jetzt allgemein üblich, ins Ausland verlagerte, was bekanntlich Arbeitsplätze im Inland sichert und mehr Kaufkraft schafft. Und das keinesfalls zu polnischen, vom deutschen Steuerzahler subventionierten Dumpinglöhnen. Dieses Verhalten ist beispielhaft und nachahmenswert. Wenn es uns auch nur gelänge, eine Million Arbeitslose in vakante russische leichte Aufsichtsratsstätigkeiten zum Monatsgehalt von einer Million Dollar zu vermitteln, brauchten wir uns um den Aufschwung unseres Zarin-Katharina-Verschnitts nicht mehr zu sorgen. Es sollten alle Zuwiderhandelnden sich merken: Es kommt nicht auf brotlose Neid-Debatten im Bundestag an und damit aufs ewige Zehren am Sozialprodukt, sondern vielmehr darauf, maximale Löhne im Ausland zu erwirtschaften. Und es kommt darauf an, unsere Energieversorgung auch dann noch zu sichern, wenn durch den Raubzug der amerikanischen Freunde das Öl aus Arabien uns für immer versperrt bleibt. Jeder ist sich selbst der Nächste, und das amerikanische Öl ist schon so selten geworden wie unseres auf den Bohrstellen von Bentheim und Meldorf. Etwas mehr Fingerspitzengefühl für das Anliegen Schröders, Deutschland zu dienen, würde dem angeborenen Neid der zu kurz gekommenen Absahner des Hohen Hauses gut zu Gesicht stehen. **Manfred Lowey, Kamen**

Die Wahl ist gelaufen, wenn auch mit keinem Jubelergebnis für die sogenannten Volksparteien ... Pöstchen, Machtpositionen, Einflusssphären, Diäten, Altersbezüge u. v. m. sind gesichert. Aber wie die Wahl, so der wertlose Eid der Kanzlerin und ihrer Minister vor dem höchsten Gremium des Volkes. Sie sind für ihre Fehlleistungen nicht zur Verantwortung zu ziehen. „Der Spiegel“ Nr. 44 vom 30. 11. 2000 lieferte den Beweis. Für mich als „Ossi“ unbegreiflich, aber in diesem sogenannten Rechtsstaat ist es nun mal so.

Ein „Wessi“ glaubte tatsächlich, daß die Eidesformel „Nutzen mehren, Schaden wenden“ Folgen haben müßte für denjenigen, der offensichtlich einen oder mehrere Meineide leistete und dem Volk enormen Schaden zufügte. (Der große Teil der „Ossis“ hat mit dem Glauben so seine Probleme, was ihm von den Herrschenden negativ angelastet wird.) Also, dieser „Wessi“ sagte sich, daß nach Paragraph 154 des StGB mit nicht unter einem Jahr bestraft werde, „wer ... vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle falsch schwört“.

Herr St. mußte erfahren, daß das für den Amtseid eines Bundeskanzlers und seiner Minister nicht gilt, denn dieser sei „nur ein politisches Versprechen und kein Eid in einem gerichtlichen Verfahren“. So beschied ihn die Staatsanwaltschaft in Bonn. St. glaubte immer noch, das könne doch nicht sein. Immerhin sei der Bundestag das höchste Verfassungsorgan, und gerichtliche Urteile würden im Namen des Volkes und nicht der Justiz gesprochen. Es half alles nichts, auch als er sich über das Justizministerium Nordrhein-Westfalens an die Kölner Generalstaatsanwaltschaft wandte. Es blieb dabei: Diese Eide sind völlig belanglos.

#### **Dietrich Henning, Reimersgrün**

Mit Dank haben sicher alle „RotFuchs“-Leser den im Dezember beigefügten Kalender für 2006 erhalten. Die Freude darüber wird jedoch etwas getrübt, da man zwei m. E. unstrittig bedeutsame Jahrestage nicht aufgenommen hat: den 50. Jahrestag der Schaffung der NVA am 1. 3. 1956 und den 60. Jahrestag der Deutschen Grenzpolizei bzw. der Grenztruppen der DDR. Beide sollten auch im „RotFuchs“ dazu genutzt werden, zur objektiven Geschichtsschreibung über die Streitkräfte der DDR beizutragen. Die Tatsache sollte nicht vergessen werden, daß die

NVA-Angehörigen keinen Krieg führten, keine Aggression gegen andere Völker begingen und zumindest einen Beitrag leisteten, daß der kalte Krieg nicht in einen heißen umschlug.

**Heinz Behrendt, Plauen/Vogtland**

Es ist uns ein Bedürfnis, Euch Dank zu sagen für Eure unermüdliche Arbeit. Die politische Lage verdeutlicht immer mehr, wie dringend der „Rot-Fuchs“ gebraucht wird und daß er an Bedeutung zunimmt. Wir beiden haben bei ihm unseren politischen Halt gefunden und freuen uns, daß die Schar der Leser zunehmend wächst.

In Gesprächen mit Bekannten und immer häufiger auch mit Unbekannten treffen wir auf Enttäuschungen, Unsicherheiten, Ängste und manchmal auf Wut über die heutige Situation. Es verbreiten sich Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, weil kein Ausweg aus der Misere zu sehen ist. Manchmal ist man selbst geneigt, Wunschvorstellungen fernab jeder Realität für eine Veränderung dieser Welt zu entwickeln. Deshalb bleibt es immer richtig, Rat bei Marx, Engels und Lenin zu holen, um auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben, eine klassenmäßige Einschätzung der Lage vorzunehmen und entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen. Entscheidungen zu treffen oder solchen zuzustimmen, die nicht auf dieser Grundlage basieren, und mögen sie noch so links oder revolutionär drapiert sein, führen in die Irre, vergrößern das Unheil und fordern unermeßliche Opfer, ohne dem Ziel, diese Welt zu verändern, auch nur ein Stück nähergekommen zu sein.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung verweist auf viele Beispiele, wohin Opportunismus führen kann. Häufig schaut man nur auf den von rechts, aber genauso schädlich ist der von links, auch wenn die Losungen noch so revolutionär klingen und bei manchem leichter ins Ohr gehen als die von rechts, die offensichtlich durchschaubarer zu sein scheinen. Egal woher, beide dienen der Machterhaltung der Kapitalherrschaft, die mit ungeheurer Brutalität, gestützt auf diese Gehilfen, gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vorgeht. Die Weltlage ist kompliziert. Man findet sich darin nicht ohne Schwierigkeiten zurecht. Ihr habt uns dabei eine unentbehrliche Hilfe geleistet.

**Dr. Marianne und Günther Blankenhagen, Berlin**

Der Artikel im November-RF über Horst Sindermann bewirkte bei mir sogar eine „kleine Erleuchtung“. Die Art, wie H. S. mit dem jungen Mann über die „Frotzeleien“ gesprochen hat, wie er ihm dabei half, dessenungeachtet weiterzuarbeiten, fand ich, war einzigartig. Ich fühle mich wie Millionen anderer Menschen manchmal von diesem oder jenem Wort, durch Gestik und Mimik gekränkt. Was für ein Hirngespinn! Es muß die Sache im Mittelpunkt stehen, und die ist durch nichts besser als durch gelebte Solidarität zu vertreten. Ich glaube, dafür hat H. S. gestanden. Der Artikel im RF beweist es.

**Andreas Rösler, Las Negras, Almeria, Spanien**

Am 13. 12. 05 konnte man in der ARD, leider sehr spät, den Theologen und Psychoanalytiker Eugen Drewermann erleben, wie er mit leiser, präziser Diktion und fast flehentlich Stimme wie ein Apostel den Anwesenden marxistische Kategorien um die Ohren haute, daß ihn die Hofschranzen des Kapitals ständig nur abwürgen konnten, am meisten die Moderatorin. Drewermann hatte seinen Austritt aus der katholischen Kirche anlässlich seines 65. Geburtstages mitgeteilt und bekannte sich zu den Zielen der Linkspartei. Er baute ganz fabelhafte Argumentationsreihen zum System des Kapitals auf, auch wenn er ständig unterbrochen wurde.

Ein General mit Regierungsbeteiligung in Brandenburg erklärte hingegen ungerührt, er habe keine negativen Erkenntnisse über Käfighaltung von Menschen in Guantánamo, und im übrigen hätten Terroristen zu Recht keine Rechte. Es handelte sich um die Partisanen-Liquidierungs-Argumentation, wie sie die Nazi-Wehrmacht zu gebrauchen pflegte. Die Tante-Emma-Zeit-

schriften-Linke, sie betonte extra, daß sie links sei, klatschte immerzu die Hände über dem Kopf zusammen vor Freude, daß nun endlich eine Frau, gleich welcher Couleur, den Kanzlerthron bestiegen habe. Ein ZDF-Moderator mit himmelblauen Augen outete sich gegenüber dem Kirchen- und Gesellschaftskritiker Drewermann als erzkonservativer Katholik, und nur der Frontmann der „Toten Hosen“ war in dieser Runde noch leidlich zu ertragen. Sonst, politisch gesehen: alles tote Hose!

Eugen Drewermann erwies sich als Mann mit Gehirn gegen den Mainstream.

**Manfred Hocke, Berlin**

Erst kürzlich hörte ich im Deutschlandfunk ein Gespräch über die Verantwortung der Medien. Da hieß es, daß die Menschen nicht mehr an die vierte Macht im Staate glauben, weil diese sich als verlogen erwiesen. Zur Begründung wurde gesagt, die Journalisten seien eben keine über der Welt stehenden Engel, die das Gute wollten, sondern auch Menschen mit Bestrebungen materieller Art und als solche zu benutzen. Das ist eine Weisheit, über die wir schon lange verfügen. Wer nicht das sagt und schreibt, was von den Oberen angewiesen wird, verliert nach einer Abmahnung seinen Job. Wer die Interessen der ökonomisch Mächtigen bedient, wird auch gut leben. Die Ehrlichen, die Standhaften, die eine eigene Position vertreten, werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und ökonomisch zerstört, bis nur noch die etwas sagen dürfen, die offen den Herrschenden dienen. Das ist das Ende der vielgepriesenen Pressefreiheit, die als Element der bürgerlichen Demokratie zielstrebig beseitigt wird.

**Robert Leßig, Großhartmannsdorf**

Vor dem „Politischen Club“ der Evangelischen Akademie Tutzingen erklärte Dr. Gregor Gysi: „Die Gesellschaft braucht ein religiöses Fundament. Da die politische Linke im letzten Jahrhundert mit ihren Gesellschaftsentwürfen gescheitert ist, können heute nur die Kirchen verbindliche Moralregeln vermitteln.“ (...) Die Oberhirten der christlichen deutschen Kirchen befürworten die gegen die Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger gerichteten „Reformen“. Kardinal Lehmann und Bischof Huber gehen sie sogar nicht weit genug. Der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz und sein Mitbewerber von den reformierten Kirchen fordern eine „soziale Globalisierung“.

(...) Diese Gesellschaft besitzt in der Tat das von Dr. Gysi herbeigesehnte religiöse Fundament. Es ist der Profit der Eigentümer.

**Herbert Rubisch, Berlin**

Meine Zustimmung zum Artikel von Dr. Klaus Huhn „Auf sumpfigem Grund“ (Dezember-RF). Er drückt auch meine Empfindungen aus, daß man über die DDR nur geifert und hetzt, aber völlig unterschlägt, welche positiven Seiten sie hatte. Natürlich gab es auch Defizite und Mängel – aber heute ist der Osten Deutschlands nur noch eine Industrie-Brache mit vereinzelt „Leuchttürmen“. Und selbst die sind in Gefahr, dem Konkurrenzkampf des Kapitals zum Opfer zu fallen.

**Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln**

In der Zeit zwischen 1933 und 1945 habe ich – wie Millionen andere Deutsche – aus Mangel an fundiertem Wissen kaum Hugenbergs Presse verstanden, bin aber mit kindlicher Gläubigkeit voll auf die damals produzierten Filme wie „Jud Süß“ und zahlreiche harmloser erscheinende Streifen hereingefallen. Unter ihnen waren auch amerikanische Indianerfilme, die in ihrer Tendenz unseren rassistisch geprägten Wesensgleich waren. Anstelle der semitischen Untermenschen traten dort böse Wilde auf.

Nachdem ich von den Verbrechen Kenntnis erhalten hatte, fühlte ich mich mitschuldig und stehe seither auf der Seite der damaligen Opfer: humanistisch gesinnter Sozialisten, Christen und Kommunisten. (...)

Als Führer des faschistischen Deutschland suchte sich Hitler fremden Öls und fremder Kohle zu bemächtigen, um die Rüstungsindustrie versorgen zu können. Diese Schätze aber waren im Besitz der Sowjetunion. Nicht die Einnahme von Stalingrad war daher das eigentliche Ziel der 6. Armee. Sie drängte zu den Ölfeldern um Baku. Ich war an den Kämpfen nicht mit dem Gewehr beteiligt, saß „nur“ an der Taste eines Mittelwellensenders. In der Gefangenschaft erkannte ich die Schwere meiner Verantwortung, der so harmlos erscheinenden Mitwirkung bei drahtloser Telegraphie. Unsere Morsezeichen hatten kein sofortiges Tötungsergebnis, dienten aber zu seiner Vorbereitung und Umsetzung. Ihr Erfolg lag nicht so sehr im militärischen Bereich, mehr in ihrer Wirkung auf oppositionelle Kreise in der Sowjetunion. Wie wir heute wissen, trugen die Nazisender mit ihrer Diversion zum Aufbau der „Wlassow-Armee“ bei.

Die heutige Variante von Diversion hat Klaus Steiniger im Dezember-Leitartikel des RF beeindruckend aufgezeigt.

**Hans R. Müller, Hamburg**

Die Regierung der Bundesrepublik hat festgestellt, daß die Studierenden an Deutschlands Hochschulen keine Studiengebühren zu entrichten haben. Sie konstatierte zugleich, daß ein Werkstätiger irgendeines Metiers, der nach mehrjähriger Tätigkeit als Facharbeiter sein Wissen und Können durch Erwerb des Meistertitels beweisen will, dafür einen mehrfach vierstelligen Betrag auf den Tisch des Hauses legen muß, um überhaupt zur Prüfung – und vorgeschalteter Ausbildung – zugelassen zu werden.

Eine schreiende Ungerechtigkeit sondergleichen, meinen Merkel und die Ihren! Werden hier nicht zwei Kategorien lernen wollender Bürger ungleich behandelt, wo doch alle gleichgestellt sein sollten?! Wo kann es denn so etwas geben, daß bereits Verdienende zahlen müssen und aus eigenen Kräften finanziell noch leistungsunfähige Nichtkönner ohne jede Belastung Wissen erwerben dürfen? Ergo, die Studiosi müssen zahlen! (...)

Zu wessen Lasten gingen denn, würden welche – wie in Niedersachsen – eingeführt, künftige Studiengebühren? Natürlich zu Lasten der Eltern der Studenten! Und so erweist sich: Wer in diesem Deutschland lernen will, um danach anderen mehr zu nutzen, muß an den Fiskus zahlen, damit dieser das Geld für ganz andere Zwecke ausgeben kann. Kurzum: Wer nicht zu zahlen vermag, bleibt von Bildung ausgeschlossen. Nur wer Geld hat, darf daran teilnehmen. Hoch lebe der Grundsatz der Gleichheit!

**Kurt Eckardt, Chemnitz**

Der RF-Artikel „Was Großeltern ihren Enkelkindern vorlesen könnten ...“ hat es mir sehr angefallen. Er erzählt kein Märchen, sondern schildert die DDR-Wirklichkeit.

Wahrheit war, daß Söhne und Töchter von Arbeitern und Bauern schon ab 1946 die Möglichkeit erhielten, kostenlos die Lücken ihrer Schulbildung zu schließen. Danach standen ihnen die Türen für das Studium an den vielfältigen Bildungseinrichtungen kostenlos offen. Mit dem Gesetz über die Jugendförderung vom 11. Februar 1950 wurden Jugendliche von ihren Betrieben zum Studium delegiert, wobei sie der Delegierungsbetrieb nach der Ausbildung häufig „zurückforderte“. Den Absolventen bot man schon im letzten Studienjahr Vorverträge für ihren künftigen Arbeitsplatz an. Das klingt heute, im bundesdeutschen Alltag, wie ein Märchen!

Tatsache ist aber leider auch, daß viele Absoventen von westdeutschen Konzernen abgeworben wurden. Sie haben die Vorteile der DDR in Anspruch genommen und dieser mit dem Diplom in der Tasche den Rücken gekehrt. Damit sparte sich die BRD die hohen Ausbildungskosten.

**Armin Lufer, Berlin**



... ab in die Kolonien!

Grafik: Klaus Parche

Am **10. Februar** um **16.30 Uhr** spricht der Philosoph

**Dr. Dr. hc. Hans Heinz Holz**, emeritierter Professor der niederländischen Universität Groningen (Niederlande), in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203-205, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Berlin**

zum Thema **Marxismus heute**

Gäste sind herzlich willkommen.

Die **Regionalgruppe Neubrandenburg** lädt Mitglieder, Leser und Interessierte für Samstag, den **11. Februar, 10.00 Uhr**, in die 7. Etage des HKB herzlich ein.

**Dr. Klaus Blessing** spricht über das Thema

**Die Schulden des Westens**  
**Wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird**

Am **25. Februar** um **10.00 Uhr** findet in der Robotron-Gaststätte in Dresden, Zinzendorfstraße, eine Veranstaltung zum

**50. Jahrestag der Gründung der Nationalen Volksarmee**

mit Armeegeneral a. D.

**Heinz Kebler**

Verteidigungsminister der DDR, statt.

Einlader ist die **RF-Regionalgruppe Dresden**, die um rege Teilnahme bittet.

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

**Herausgeber:** „RotFuchs“-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

### Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki  
Rolf Berthold  
Dr. Manfred Böttcher  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Ralph Dobrawa  
Dieter Fechner  
Dr. Peter Fisch  
Bernd Fischer  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Manfred Hocke  
Hans Horn  
Dr. Klaus Huhn  
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Prof. Dr. Hans Lutter  
Wolfgang Mäder  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Wolfgang Metzger  
Prof. Dr. Harry Milke  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Dr. Norbert Pauligk  
Richard Georg Richter  
Prof. Dr. Werner Roß  
Gerhard Schmidt  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Fritz Teppich  
Dr.-Ing. Peter Tichauer  
Prof. Dr. Ingo Wagner  
Prof. Dr. Günter Wilms

### Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger  
Klaus Parche  
SHAHAR

**Internet-Präsentation des „RotFuchs“:**  
Sylvia Feldbinder

### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin ☎ 030/6545634  
arminneumann@web.de  
Marianne Ahrens,  
Sonja Brendel, Bruni Büdler,  
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

**Unser Konto:** „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400  
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)